

# Das Parlament

Berlin, 16. März 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Klarer Schwede

Ulf Kristersson Verteidigung für sein Land, aber nicht aus seinem Garten: Der Regierungschef des jüngsten Nato-Mitglieds Schweden hat direkt bei der Beitrittszeremonie klar gemacht, dass sein Land kein Interesse daran hat, US-Atomwaffen auf seinem Staatsgebiet zu stationieren. Man habe in Schweden volles Verständnis für die Notwendigkeiten

„aller Verteidigungsfähigkeiten der Nato“, einschließlich der Nuklearstrategie, sagte Kristersson in Brüssel. Man sehe aber keine Notwendigkeit, in Friedenszeiten Atomwaffen oder einen permanenten Nato-Stützpunkt zu beherbergen. Man werde das Bündnis aber mit „modernen und gut trainierten Streitkräften“ an Land, in der Luft und auf See stärken. emu

**ZAHL DER WOCHE**

32

Mitglieder hat die Nato nach dem Beitritt Schwedens. Das Land hatte die Mitgliedschaft im Mai 2022 gemeinsam mit Finnland nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beantragt. Finnland trat bereits im April 2023 bei; die Aufnahme Schwedens verzögerte sich durch die Blockade der Türkei und Ungarns.

**ZITAT DER WOCHE**

»Auch für mein Land gilt nun: Einer für alle, alle für einen.«

Schwedens Regierungschef Ulf Kristersson unterstreicht bei der Beitrittsfeier die Beistandsverpflichtung der Verteidigungsgemeinschaft.

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
Strafrecht Für Kinderpornographie-Delikte soll die Mindeststrafe sinken Seite 4

**INNENPOLITIK**  
Bundespolizei Erweiterte Befugnisse und mehr Transparenz geplant Seite 5

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Bürgerrat Bundestag debattiert Vorschläge zum Thema Ernährung Seite 7

**EUROPA UND DIE WELT**  
Russland Präsident Putin steht vor der sicheren Wiederwahl Seite 11

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Migration im Dauerstreit

**ZUWANDERUNG** Der Kanzler verteidigt die Asylpolitik der Ampel gegen heftige Oppositionskritik

Es war der AfD-Mann Gottfried Curio, der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei dessen Befragung durch den Bundestag am vergangenen Mittwoch die Gelegenheit gab, auf einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/10611) zu antworten, über den das Parlament erst am Freitag debattierte. Schon dessen Titel adressierte eine implizite Schuldzuweisung an den Kanzler: „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen“ lautete die Überschrift. Ihr folgten nicht nur umfangreiche Forderungen zur Migrationspolitik, sondern auch heftige Vorwürfe gegenüber Scholz und seiner Regierung: Vor dem Bundestag habe der Kanzler Ende Januar behauptet, dass alle migrationspolitischen Vereinbarungen seines mit dem Regierungschefs der 16 Bundesländer gefassten Beschlusses vom November 2023 umgesetzt seien, heißt es in der Unions-Vorlage. Dies sei jedoch unzutreffend: „Im Gegenteil haben die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien unmittelbar nach Abschluss dieser Vereinbarungen damit begonnen, die Beschlüsse mit den Ländern aktiv zu hintertreiben“.

**Überlastung beklagt** Als Beispiele dafür nennt der Antrag etwa „die Vereinbarung, dass der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten nicht ausgeweitet wird“. Nur fünf Tage später habe sich der SPD-Bundesparteitag darauf festgelegt, diesen Familiennachzug auszuweiten, kritisierte die Unions-Fraktion. Und die von der Regierung versprochenen Gesetzesanpassungen zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber seien erstmal von den Grünen blockiert worden. Curio gingen die Beschlüsse des Kanzlers mit der Ministerpräsidentenkonferenz ohnedies nicht weit genug. „Nach zwei Monaten dieses Jahres haben wir wieder fast 50.000 Asylbewerber; macht im Jahr 300.000“, sagte er am Mittwoch bei der Befragung des Kanzlers. Dabei sei Deutschland längst über der Belastungsgrenze, doch habe es auf der Ministerpräsidentenkonferenz wieder kein Umsteuern in der Migrationspolitik gegeben, fügte Curio hinzu und fragte Scholz: „Wieso tun Sie nichts gegen die Überlastung Deutschlands?“ Für den ging Curios Rede „ins Leere“. Auf seinen drei Zusammenkünften mit den Länder-Chefs habe man „weitreichende Vereinbarungen getroffen“, die vom Bundestag genauso wie von der Bundesregie-

trung fast alle schon auf den Weg gebracht und umgesetzt seien und bei denen auch die Länder ihre entsprechenden Pakete übernommen hätten, sagte er. Die Umsetzung dieser Maßnahmen solle dazu beitragen, dass man alles mache, was vernünftigerweise beim Management der irregulären Migration gemacht werden müsse. Dazu seien „die weitreichendsten Veränderungen seit 20, 25 Jahren“ auf den Weg gebracht worden. „Wir tun das, was richtig ist“, sagte der Kanzler, „aber wir erhalten gleichzeitig die Offenheit unserer Gesellschaft für die Zukunftsfähigkeit, die wir brauchen, damit unsere Wirtschaft wachsen kann, damit die Renten sicher sind und der Sozialstaat funktioniert“.

**Scharfe Kontroverse** Bei der Debatte über den CDU/CSU-Antrag kam es dann im Hohen Haus am Freitag im Dauerstreit um die deutsche Migrationspolitik zu der erwarteten scharfen Kontroverse. In der Vorlage, die mit den Stimmen der Koalition sowie



Schwierige Unterbringung: Ein Zeltlager als Behelfsunterkunft für Flüchtlinge im nordrhein-westfälischen Castrop-Rauxel

© picture-alliance/ZB/euroflutbild.de/Hans Blossy

der Gruppe Die Linke abgelehnt wurde, forderte die Union die Bundesregierung unter anderem auf, weitere Migrationsabkommen „auf höchster Ebene intensiv voranzutreiben, damit die Herkunftsländer bei der Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen besser kooperieren“. Alexander Throm (CDU) warf Scholz in der Aussprache vor, die Öffentlichkeit „mit großen Worten“ täuschen zu wollen. Die Aussage des Kanzlers vom 31. Januar, dass „alle Fragen mit den Ländern abgearbeitet“ seien, sei bis heute falsch. So werde etwa die Bundesregelung zur Bezahlkarte für Asylbewerber von den Grünen blockiert, und in der „Frage der sicheren Drittstaaten-Lösung“ habe die Koalition gar nichts geliefert. Helge Lindh (SPD) hielt der Union im Gegenzug eine „Politik der Scheinheiligkeit“ vor. So wende sie sich gegen das Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghanen, obwohl sie immer erklärt

»Ihre Rede geht ins Leere. Wir tun das, was richtig ist.«

Olaf Scholz (SPD), Bundeskanzler

ten-Lösung“ habe die Koalition gar nichts geliefert. Helge Lindh (SPD) hielt der Union im Gegenzug eine „Politik der Scheinheiligkeit“ vor. So wende sie sich gegen das Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghanen, obwohl sie immer erklärt

habe, besonders schutzbedürftige Menschen stünden im Zentrum ihres Fokus. Mittlerweile sei die Migrationspolitik der Union „ganz weit weg“ vom „Wir schaffen das“ der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aus dem Jahr 2015. Christian Wirth (AfD) sagte, die Einhaltung der Bund-Länder-Beschlüsse sollte selbstverständlich sein, scheitere aber etwa bei der Bezahlkarte wieder an den Grünen. Der Antrag der Union sei allerdings eine „Dokumentation ihres Scheiterns seit 2015“. Notwendig sei, die Migration „auf Null“ zurückzuführen. Marcel Emmerich (Grüne) entgegnete, die Koalition habe mit einem „ganzen Bündel von Maßnahmen auf die Migrationslage reagiert“. Dabei seien die Beschlüsse von Scholz und der Ministerpräsidentenkonferenz „fast vollständig“ umgesetzt. Für Teile seiner Partei bedeute der Maßnahmenkatalog eine Zumutung, doch trage sie den dahinter stehenden Kompromiss „in Verantwortung für unser Land“ mit. Ann-Veruschka Jurisch (FDP) wertete den CDU/CSU-Antrag als „heiße Luft“. Mit solchen „blutleeren, abgelutschten Forderungen“ funktioniere Migrationspolitik nicht, fügte sie hinzu. Helmut Stoltenberg

**EDITORIAL**

## Feld selbst bestellen

VON CHRISTIAN ZENTNER

Im Mai wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Es ist die Klammer unseres Gemeinwesens. Sie umfasst das demokratische Spektrum, innerhalb dessen alles zur Disposition stehen darf. Was außerhalb liegt, ist nicht verhandelbar und kann erstmal keine Frage der politischen Entscheidung sein. Verliert sich eine Debatte zunehmend in der Polarisierung, kann die Versicherung hilfreich sein, dass man auf der richtigen Seite der Klammer steht. Das gilt zum Beispiel in der Debatte, wie viele Menschen auf der Flucht dieses Land aufnehmen kann. 330.000 Menschen suchten im vergangenen Jahr Schutz in Deutschland, der höchste Stand seit den Jahren 2015/16. Zusätzlich bot Deutschland bislang 1,1 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine Schutz. Dass Städte, Kreise und Gemeinden unter dieser Herausforderung immer lauter ächzen, wird von kaum jemanden mehr überhört. Es ist deshalb richtig, wenn nun die Debatte darüber in fast jeder Woche auf der Tagesordnung des Bundestages steht. Es muss über die hohen Zahlen geredet werden. Das Plenum ist hierfür ein mindestens so gut geeigneter Ort wie die Talkshows im Fernsehen oder die Sozialen Medien. Es ist gut, dass der Bundestag diesen Arenen nicht das politische Feld überlässt. Um das Feld selbst zu bestellen, muss aber die Bandbreite der Positionen deutlich werden. Dieselbe Bandbreite gibt es auch in der Gesellschaft. Die Beobachter dürfen beispielsweise nicht rätseln bei der Frage zurückbleiben, wieso die Bezahlkarte für Geflüchtete den Bundestag noch nicht erreicht hat, obwohl die Bundesregierung sich schon auf einen Entwurf geeinigt hat. Das kann kaum an offenen Details liegen, die werden bei jedem Gesetz in der Ausschussarbeit geklärt. Auch die immer wieder aufkommende Diskussion um Obergrenzen bräuchte mal einen konkreten Textentwurf für die Debatte. Die zunehmende Verschärfung der Regelungen für Flüchtlinge, in Deutschland als auch auf EU-Ebene, kann aus einem humanitären Blickwinkel ernüchternd erscheinen. Das Schicksal dieser Menschen vor Augen, können solche Debatten eisig wirken und auch das befördert die Polarisierung und Emotionalisierung. Zu leicht leitet sich daraus ein politischer Vorwurf ab. Solche Vorwürfe lassen die Kommunen am Ende alleine zurück. Unserer Verfassung wäre in der Debatte nur eines wichtig: Eine Lösung muss innerhalb ihrer Klammer liegen.

## Klare Mehrheit gegen Taurus-Lieferung

**UKRAINE** Union scheidet erneut mit Antrag, bekommt aber auch Zustimmung aus den Reihen der Koalition

Die Unionsfraktion ist erneut mit ihrer Forderung zur Lieferung des Marschflugkörpers Taurus an die Ukraine gescheitert. In namentlicher Abstimmung wandten sich am Donnerstag 494 Abgeordnete gegen ihren Antrag (20/9143), 188 Abgeordnete stimmten dafür, es gab fünf Enthaltungen. Bereits am Mittwoch hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in der Befragung der Bundesregierung sein Nein zur Taurus-Lieferung bekräftigt und dies mit den Sicherheitsinteressen Deutschlands begründet. Johann David Wadehul (CDU) argumentierte, dass es insbesondere Deutschland gewesen sei, dass nach der Krim-Annexion im Gespräch mit Russland geblieben sei. Es sei überfällig, zur Kenntnis zu nehmen, dass der russische Präsident darauf nicht positiv reagiert habe. „Ihre vermeintliche Besonnenheit hat Putin in seiner Aggression gegen die Ukrainern immer wieder nur befeuert“, sagte Wadehul und verwies auf die monatelangen Diskussionen um die Lieferung schwerer Waffen und nun auf das monatelange „Zögern und Nichtklären“ des Bundeskanzlers beim Taurus. Es brauche Entschlossenheit und Klarheit in der Unterstützung der Ukraine.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich (SPD) kritisierte die Verengung der Debatte auf ein einzelnes Waffensystem. Deutschland sei nach den USA der größte Unterstützer der Ukraine, mit Waffen, aber auch humanitär, beim Wiederaufbau, bei der Hilfe für Flüchtlinge. Mützenich verteidigte das Nein des Bundeskanzlers nicht nur gegen die An-



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bleibt beim Nein zur Taurus-Lieferung.

tragssteller, sondern auch gegen Kritiker innerhalb der Koalition. „Zeitenwenden sind nichts für politische Spielermaturen. Gebraucht wird Verstand, Besonnenheit und Klarheit. Und das tut der Bundeskanzler in der Abwägung, die er als Regierungschef hat.“

»Zögern und Zaudern« Agnieszka Brugger (Grüne) kündigte an, dass ihre Fraktion dem Antrag der Union nicht zustimmen werde. Zugleich befürwortete sie deren Hauptforderung. „Die drängendste Frage ist in der Tat die der Munition, aber auch die weitreichender Waffen wie Taurus.“ Es brauche beides, sagte die Grünen-Politikerin und warnte: „Auch Zögern und Zaudern kann am Ende zur Eskalation beitragen.“ Auch Alexander Müller (FDP) machte deutlich, dass seine Fraktion eine Taurus-Abgabe an die Ukraine unterstütze, dem Unionsantrag aber nicht zustimmen werde. „Gegen Vladimir Putin hilft nur Einigkeit, hilft nur klare Kante.“ Im Übrigen habe der Bundestag vor drei Wochen bereits beschlossen, „dass wir dieses System liefern“, sagte Müller mit Blick auf einen Koalitionsantrag, in dem von der Lieferung „weitreichender Waf-

fensysteme“ die Rede ist. „Es ist überhaupt keine Frage, dass das den Taurus betrifft.“ Tino Chrupalla (AfD) wandte sich gegen die Taurus-Abgabe an die Ukraine: Das würde die Verlängerung des Krieges und einen Schaden auch für Deutschland bedeuten. Es müsse verhindert werden, dass Deutschland Kriegspartei werde. Bundeskanzler Scholz müsse mit seinem Nein konsequent bleiben und dürfe sich nicht von den „Kriegstreibern“ in der CDU, in der FDP und von den Grünen erpressen“ lassen. Auch Janine Wissler (Gruppe Die Linke) stellte sich hinter die Entscheidung des Kanzlers: Es gehe um nichts weniger als die Gefahr eines neuen Weltkriegs. Sahra Wagenknecht (Gruppe BSW) warnte vor einem „fahrlässigen Spiel“. Die Ukraine könne diesen Krieg nicht gewinnen, daran würde auch Taurus nichts ändern. (Siehe auch Seite 19). Alexander Heinrich

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

HELFFEN MIGRATIONSABKOMMEN BEI ABSCHIEBUNG?

Ein guter Ansatz

PRO



Eva Quadbeck, »Redaktionsnetzwerk Deutschland«

Vor dem Hintergrund, dass es in der Migrationspolitik nicht die eine Maßnahme gibt, durch die Deutschland die Zuwanderung regeln kann, braucht es eine Reihe verschiedener Ansätze. Migrationsabkommen sind dabei vielversprechend. Sie werden nicht im Handumdrehen die Zahl der Ausreisepflichtigen halbieren, können aber helfen, die oft zitierte und gewünschte „Ordnung“ zu befördern. Migrationsabkommen verpflichten nicht nur die Herkunftsstaaten, ihre illegal eingereisten Bürger wieder aufzunehmen. Sie eröffnen der Bevölkerung in den Herkunftsstaaten auch die Chance, legal als Arbeitskräfte nach Deutschland zu kommen. Für die alternde deutsche Gesellschaft ist Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zwingend erforderlich, insbesondere im Gesundheitssektor, im Transportwesen oder in der Gastronomie. Bislang hat der deutsche Wunsch nach solchen Abkommen den Herkunftsändern ein Erpressungspotenzial geboten: Was bekommen wir, wenn wir unsere Leute zurücknehmen? Mit einer wachsenden Zahl an Abkommen steigt der Druck auf andere Herkunftsänder, sich auf einen solchen Deal einzulassen. Zumal es bei den Abkommen um mehr geht als Migration: Visa-Erleichterungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technologietransfer. In einer multipolaren Welt sollte Deutschland ohnehin jede Chance für gute bilaterale Beziehungen nutzen. Wo stabile Demokratien keine Präsenz zeigen, kümmern sich China oder Russland. Aus der Perspektive der Menschenrechte sind die Abkommen zudem zu begrüßen. Sie sorgen mit ihren festgelegten Standards dafür, dass die Migranten bei der Abschiebung nicht Behördenwillkür ausgesetzt sind.

Frau Jurisch, vergangenes Jahr wurden in Deutschland fast 330.000 Asylersuchen gestellt, der höchste Stand seit 2015/16 – zusätzlich zu rund 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Brauchen wir eine neue „Obergrenze“ für Flüchtlinge, wie sie Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer jüngst gefordert hat?

Ich halte das Thema Obergrenze nicht für zielführend. Man muss sehen, dass die Union 2021 einen migrationspolitischen Scherbenhaufen hinterlassen hat und wir uns mit Sieben-Meilen-Stiefeln daran gemacht haben, da Stück für Stück aufzuräumen. Dazu muss man Maßnahmen wählen, die effektiv sind und auch etwas bringen. Natürlich gibt es nicht den einen Hebel, sondern wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen. Die Illusion, eine Obergrenze einzuführen, kann man als politische Forderung stellen, aber ich halte das nicht für gangbar.

2023 gab es mehr als 16.000 Abschiebungen, eine Steigerung um 27 Prozent im Vergleich zu 2022. Zugleich konnten aber gut 31.000 Abschiebungen nicht vollzogen werden....

Ja, Abschiebungen sind hartes Brot. Das ist die Ultima ratio, die der Rechtsstaat mit aller Konsequenz machen muss. Aber wir wissen alle aus der Praxis, dass es schwierig ist. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir jetzt das Rückführungsverbesserungsgesetz verabschiedet haben. Es vereinfacht es den Polizeibeamten in der Praxis, Rückführungen überhaupt zu ermöglichen. Dabei sind für die Rückführung die Bundesländer verantwortlich. Da ist auch wichtig, dass genügend Ausreisegewahrsams- und Abschiebehaftplätze geschaffen werden. Es muss einfach das Zusammenspiel zwischen Bund und Land gut funktionieren, damit es klappt. Aber wie gesagt: Abschiebungen stehen sozusagen ganz am Ende der Kette.

In der Begründung des Rückführungsverbesserungsgesetzes, das etwa erweiterte Durchsuchungsmöglichkeiten und eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams enthält, wird angenommen, dass es durch die Verschärfung der Ausreisepflicht rund 600 Abschiebungen mehr pro Jahr geben wird. Besonders viel scheint das im Verhältnis nicht zu sein.

Das Rückführungsverbesserungsgesetz hat den Zweck, die Arbeit der Polizeibeamten zu vereinfachen, damit es überhaupt funktioniert. Bei der einzelnen Abschiebung sind das kleine Verbesserungen, die dazu führen. Da kommt wahrscheinlich die Zahl 600 in der Aggregation her. Aber wenn es einfacher läuft und eben auch die Länder ihre Hausaufgaben machen, wird es in der Summe sicherlich sehr viel mehr werden.

Nicht selten fehlt es bei Abschiebungen an der Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer. Hier will die Koalition mit Migrationsabkommen neben dem Fachkräfteaustausch auch die Rücknahme regeln. Auch wenn dafür sogar ein Sonderbeauftragter, Joachim Stamp, eingesetzt ist, gibt es bislang erst drei solcher Vereinbarungen: mit Indien, Georgien und Marokko.

Das ist immerhin dreimal so viel, wie der frühere Innenminister Seehofer in seiner Zeit zustande gebracht hat – der hat eines mit Guinea verhandelt. Ich finde das jetzt schon eine ganz gute Bilanz, und ich weiß, dass Joachim Stamp auch an vielen anderen Abkommen im Hintergrund arbeitet. Da ist erstmal sehr viel Vertrauensaufbau zu leisten, weil auch viel brach gelegen ist. Und ja, Migrationsabkommen sind sehr wichtig, weil Abschiebungen sehr stark auch daran scheitern, dass es oft keine aufnahmebereiten Herkunftsländer gibt.

»Wir räumen da auf«

ANN-VERUSCHKA JURISCH

Die FDP-Abgeordnete über die Schwierigkeit von Abschiebungen, die Bedeutung von Rücknahmeabkommen und die Migrationspolitik der »Ampel«



© Laurence Chaperon

Als ein Weg zu schnelleren Abschiebungen wird die Einstufung eines Landes als asylrechtlich sicherer Herkunftsstaat gesehen. Zuletzt wurden Georgien und Moldau entsprechend eingestuft. Wenn es nach ihrer Fraktion geht, würden weitere Länder folgen, aber bei den Grünen wird dieses Instrument sehr kritisch gesehen – oder sehen Sie da Bewegung?

Die Einstufung als sicheres Herkunftsland bringt allein erstmal keinen sehr großen Mehrwert, weil man die Leute dann ja auch zurück in ihr Heimatland bekommen muss. Deswegen muss diese Einstufung im-

mer Hand in Hand gehen mit entsprechenden Migrationsabkommen. Wenn hier die Verhandlungen mit weiteren Staaten weiter gedeihen, kann mir sehr gut vorstellen, dass auch auf politischer Ebene ersichtlich wird, die Einstufung guten Gewissens machen zu können.

In der Koalition gab es zuletzt Gerangel um eine Bundesregelung zur Einführung digitaler Bezahlkarten, die Asylbewerber statt Bargeld erhalten sollen. Diese Regelung soll jetzt kommen. Befürchtungen, dass mit solchen Karten die Inte-

gration der Betroffenen erschwert wird, teilen Sie nicht?

Das ist ja wie eine Kreditkarte, und heute kann man im Alltag bei fast allem mit so einer Karte bezahlen. Ich sehe da nicht das große Problem. Bei mir im Landkreis Konstanz ist die Ausländerbehörde sehr dankbar, wenn die Bezahlkarte eingeführt wird. Das spart Verwaltungsaufwand und Geld, und es gibt ja auch ein Sicherheitsrisiko, wenn mit viel Bargeld hantiert wird.

Derzeit wird diskutiert, Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Was halten Sie davon?

Ich halte das für wenig sinnvoll. Zum einen wäre es mit sehr viel Verwaltungsaufwand verbunden; man muss dabei auch bei vielem stark anleiten und kontrollieren. Zudem können die Leute schon nach jetziger Gesetzeslage zu kleineren Arbeiten herangezogen werden. Viel wichtiger wäre, Arbeitsverträge pauschaler zu erteilen. Derzeit wird eine Arbeitsverträge nur für eine bestimmte Stelle erteilt, und das oft erst nach Wochen und Monaten – dann ist die Stelle meist schon weg. Ich verstehe nicht, warum die Arbeitsverträge nicht auch pauschal für eine Branche erteilt werden kann, etwa für die Gastronomie. Dadurch würde es bürokratieärmer und schneller gehen und die Leute könnten auch schneller arbeiten.

Kritiker sehen in der Bezahlkarte oder einer Arbeitspflicht vor allem Maßnahmen, Migranten von einem Aufenthalt in Deutschland abzuschrecken. Bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts hat die Koalition den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich erleichtert. Ist das kein Pull-Faktor?

Hier muss ich Ihre Aussage korrigieren, dass es erleichtert worden sei. Tatsächlich sind die Voraussetzungen erschwert worden: Um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, muss man seinen Lebensunterhalt selbst voll sichern können und darf auch nicht rassistisch, antisemitisch unterwegs sein. Im Kern ist es also schwieriger geworden; nur kann es jetzt schneller gehen als vorher. Und das Thema Staatsangehörigkeit zielt vor allem auf Erwerbseinkommen ab: Wir wollen Menschen, die bei uns einwandern, um zu arbeiten, eine klare und attraktive Perspektive bieten, dass sie sich auf Dauer bei uns niederlassen.

Stichwort Arbeitsmigration: Laut Bundesregierung waren im Juni 2023 in Deutschland gut 24.000 linder mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ein Jahr zuvor. Wirkt das schon das Ende 2022 geschlossene Migrationsabkommen mit Indien?

Das weiß ich nicht, das hoffe ich. Es zeigt aber vor allem, dass das neue Fachkräfte einwanderungsgesetz schon greift. Da gibt es auch Grund, darauf stolz zu sein.

Ist Deutschland damit nun auf einem guten Weg in diesem Bereich?

Als Abgeordnete, die Berichterstatterin für das Thema ist, ist es mir persönlich wichtig, dass das auch in der Umsetzung, in der Praxis gut ankommt. Ich erkundige mich jetzt sehr viel bei Unternehmen, ob das funktioniert, und sammele Schwachstellen in den Verfahren, um die dann zurückzumelden. Es ist wirklich wichtig, dass die Fachkräfteeinwanderung nicht an zu langsame oder zu umständlichen Verfahren scheitert. Da sind wir auch als Abgeordnete gefordert, die Exekutive auf Trab zu halten.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Ann-Veruschka Jurisch (52) ist seit 2021 Mitglied des Bundestages. Die FDP-Abgeordnete gehört unter anderem dem Ausschuss für Inneres und Heimat sowie dem EU-Ausschuss an.

Nur ein Puzzleteil

CONTRA



Hagen Strauß, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Schon für Angela Merkel waren Rückführungsabkommen für Menschen ohne Aussicht auf Asyl ein wichtiger Bestandteil ihrer Migrationspolitik – und auch ein beängstigendes Argument im Streit mit der CSU über den richtigen Kurs. Die Bilanz der Ex-Kanzlerin: mager. Auch die Ampel setzt nun verstärkt auf diese Abkommen; selbst einen Beauftragten gibt es. Die Bilanz der Koalition: durchwachsen. Oder anders: Der große Wurf ist noch ausgeblieben. Denn bisher ist es nur gelungen, Vereinbarungen mit Ländern zu treffen, deren Bürger für die Statistik nicht bedeutsam sind oder die ohnehin eine extrem geringe Anerkennungsquote haben. Bei den Staaten, die zur Reduzierung der Zahlen wichtig wären, tut sich nichts. Kein Wunder. Wer hier erfolgreich sein will, benötigt international Verbündete, muss politischen Druck ausüben können und braucht vor allem Geld, viel Geld. Doch daran mangelt es erst recht seit dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ohne das Herkunftsland ist es aber unmöglich, gegen illegale Zuwanderung vorzugehen und die gewollte Einwanderung von Arbeitskräften zu ermöglichen. So einfach ist die Gleichung. Ohnehin können Rückführungsabkommen nur ein Puzzleteil bei der Bewältigung der Migrationsprobleme sein, weil durch sie die strukturellen Verwerfungen des Asylsystems nicht gelöst werden. Die sind gravierend: Überforderte Behörden, zu lange Verfahren, Stellenkürzungen beim zuständigen Bundesamt, um nur wenige zu nennen. Bund und Länder haben erhebliche Defizite angehäuft. Dazu die Uneinigkeit auf europäischer Ebene. Ein realistischerer Blick auf Rückführungsabkommen ist daher dringend erforderlich. Sowie viele Maßnahmen mehr.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Aktivistische: Clara Bünger

Einen Hauch Müdigkeit hört man aus ihrer Stimme, aber das lässt sich kaum vermeiden, ist Clara Bünger doch eine Abgeordnete, die vieles selber macht – gerade hatte sie ins Handy noch rasch ein Zitat an eine Nachrichtenagentur getippt, dann hält sie das Telefon wieder ans Ohr. Und warum so viel allein? „Weil es viel zu tun gibt“, sagt sie. „Ich könnte noch zehn weitere Personen einstellen, aber unsere Ressourcen sind eben begrenzt.“ Bünger, 37, Linken-Politikerin aus dem Wahlkreis Erzgebirgskreis I, will nach dem Auszug von Abgeordneten hin zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) für die dezimierte Gruppe viel übernehmen. Die Juristin sitzt in den Ausschüssen für Recht und für Innen, bis Dezember 2023, vor Auflösung ihrer Fraktion, ferner im Untersuchungsausschuss zu Afghanistan, „da sind schon mal 14 Stunden an top dazugekommen“, sagt sie und lächelt. Einmal habe sie ihre Bildschirmzeit zählen lassen, Bünger kam in der Woche auf durchschnittliche 16 Stunden am Tag. Ihr Fußballtraining bei Türkiyemspor Berlin fällt aus, seit sie im Januar 2022 für Katja Kipping nachrückte, die in Berlin Senatorin wurde. Seitdem heißt es: Bünger auf vielen Kanälen. Ist sie doch flucht- und rechtspolitische Sprecherin, und dieses Thema ist gefragt. So ist Bünger seit ihrer eigentlich noch kurzen Amtszeit schon jetzt auf Platz 7 jener Abgeordneten, welche die meisten Reden halten. Allein in dieser Woche hat sie es mit Tagesordnungspunkten im Bundestag wie „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen“ zu tun, den die Unionsfraktion

einbrachte. „Die CDU kratzt häufig an der Oberfläche“, sagt sie, „schaut aber nicht, wie die Lage tatsächlich in den Kommunen ist“. Sie sehe ja, dass viele Kommunen überlastet seien, „aber nicht alle, da gibt es kein Schwarz und Weiß“. Bünger hatte sie angeschrieben – und Antworten erhalten. „Natürlich braucht Migrationspolitik viel Unterstützung, aber die Pro-Kopf-Pauschale für untergebrachte Geflüchtete ist für die Kommunen niedriger, als es zu Zeiten Horst Seehofer als Bundesinnenminister war.“



»Eine Abschiebung bringt keinen Kita-Platz, sie zahlt nicht auf die Rente ein und sorgt auch nicht für mehr Zahnärzte.«

Und die CDU, die häufig in den Ländern regiert, sei mitverantwortlich, dass Kommunen kaputtgespart seien. „Eine Abschiebung bringt keinen Kita-Platz, sie zahlt nicht auf die Rente ein und sorgt auch nicht für mehr Zahnärzte.“ Die Realität, schiebt sie einen Moment später nach, werde oft nicht gesehen. Bünger ist vom Fach. 2016 zog sie für ein Jahr auf die griechische Insel Chios, wo sie die Rechtsberatung für Geflüchtete übernahm.

„Die Leute stecken dort fest, sie konnten nicht das Rechtsverfahren.“ Damals gab es keine Vertreter der EU oder der UN auf der Insel. Sie wachte nachts auf, wenn Boote anlandeten, und sah ihnen tagsüber zu, wie sie mit den Wellen kämpften. Das politische Engagement für Menschenrechte aber begann schon früher. Als Bünger zehn war, zog ihre Familie von Oldenburg ins sächsische Freiberg. Ihr Elternhaus war „sehr politisch“, das farbte ab. Als Jugendliche gründete sie mit anderen die Initiative Buntes Leben, stritt gegen rechtsextreme Strukturen, erfuhr selber Gewalt. Das prägte. Vor ihrem Rechtsreferendariat arbeitete sie in einer Kanzlei in Israel zu den Themen Holocaustentschädigung und Ghettorenten; von 2018 bis 2022 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Linken-Abgeordneten Göky Akbulut. In all den Jahren geblieben sind ihre Kontakte in viele Organisationen, Flüchtlingsräte und Kirchen hinein, welche sich für Geflüchtete einsetzen. Bünger sieht den politischen Betrieb in der Pflicht, Antworten auf Probleme zu finden. In der Migrationspolitik stellt sie fest: „Die Zahlen sind heute nicht so hoch wie 2016.“ Stattdessen wird über die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber diskutiert, „ein Instrument der Entrechtung. Warum sollte jemandem verwehrt werden, zum Beispiel Gebrauchtwaren günstig privat einzukaufen?“ Bünger schlägt hingegen ein Konto für alle vor. „Die AfD verbessert die Lage keines einzigen Menschen“, bilanziert sie. „Aber es ist der leichtere Weg, nach unten zu treten.“

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah)

Redaktion Dr. Stephan Balling (bal) Lisa Brüßler (lbr) Carolin Hasse (cha) (Volontärin) Claudia Heine (che) Nina Jeglinski (njk) Claus Peter Kosfeld (pk) Johanna Metz (joh) Elena Müller (emu) Sören Christian Reimer (scr) Cvd Sandra Schmidt (sas) Michael Schmidt (ms) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 15. März 2024

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Wir vermeiden CO2 durch den Versand mit der Deutschen Post



Migranten nach ihrer Ankunft im September 2023 auf der süditalienischen Insel Lampedusa. Vergangenes Jahr verzeichnete die Europäische Union die höchsten Asylbewerberzahlen seit 2016.

© picture alliance/Zumapress.com/Elio Desiderio

# Fluchtziel Europa

**FLÜCHTLINGE** Mehr als eine Million Asylanträge hat die EU 2023 registriert. Auf Deutschland entfiel davon fast ein Drittel

Die anhaltend hohen Flüchtlingszahlen setzen Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Neuankommlinge weiter unter Druck; längst wird in der Politik wieder von einer „Migrationskrise“ gesprochen, und auch der Ruf nach einer „Obergrenze“ macht erneut die Runde. Geht es nach Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU), sollte sie in den nächsten Jahren bei höchstens 60.000 Menschen jährlich liegen. Das wäre maximal ein Drittel der 2018 von CDU, CSU und SPD in ihrem damaligen Koalitionsvertrag als Zuwanderungszahlen anvisierten Spanne von 180.000 bis 220.000 pro Jahr. Auch die wackelte 2022 gewaltig und wurde im vergangenen Jahr klar übertroffen, selbst wenn man von den ukrainischen Kriegsflüchtlingsen absieht, die auch ohne Asylantrag in der EU vorübergehenden Schutz erhalten. Dabei ist Deutschland längst nicht das einzige Land in Europa, das vom Migrationsgeschehen vor große Herausforderungen gestellt wird (und Europa nicht der einzige Zielraum der globalen Flüchtlingsströme). Ein Blick auf die aktuellen Flüchtlingszahlen von 2024 und 2023 in Deutschland und Europa: In der Bundesrepublik stellten allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gut 47.000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl, wobei rund 2.800 Anträge hierzulande geborene Kinder unter einem Jahr betrafen. Im Vergleich zum Januar und Februar des Vorjahres bedeutet dies ein Rückgang um 13,3 Prozent, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mitteilte. Damals wurden in beiden Monaten zusammen mehr als 54.000 Erstanträge registriert. Ab April 2023 stiegen die Zahlen kontinuierlich an bis auf 35.300 im November; seitdem liegen sie wieder deutlich darunter.

**Höchststand** Im gesamten Jahr 2023 summierte sich die Zahl der Asylanträge laut Bamf auf gut 329.000 – der höchste Stand seit der „Flüchtlingskrise“ von 2015 und 2016 mit mehr als 440.000 beziehungsweise 722.000 Erstanträgen. Damals ging ihre Zahl danach kontinuierlich zurück bis auf knapp 103.000 im Corona-Jahr 2020. Seitdem weisen die Jahreswerte wieder nach oben; 2022 waren es fast 218.000 Erstanträge. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Asylantragszahlen auf europäischer Ebene wider, wenngleich die nationalen und europäischen Asylstatistiken Unterschiede aufweisen und nur bedingt vergleichbar sind: Rund 1,3 Millionen Erst- und Folgeanträge verzeichneten die 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen und die Schweiz („EU+“) nach Angaben der EU-Asylagentur EUAA insgesamt im Jahr 2015 und etwa 1,2 Millionen im Folgejahr; dem folgte ein Rückgang bis auf gut 460.000 Anträge im Jahr 2020. Danach gab es wieder einen kräftigen Anstieg auf zuletzt 1,1

Millionen Asylanträge, die 2023 von den Staaten der EU+ registriert wurden. Im Vergleich zum Vorjahr war das nochmal ein Anstieg um 18 Prozent, wie die EU-Asylagentur jüngst berichtete. Danach blieb Deutschland auch im vergangenen Jahr für Asylbewerber das wichtigste Zielland in der Europäischen Union mit 29 Prozent aller in der EU+ gestellten Anträgen, gefolgt von Frankreich mit 15 Prozent, Spanien mit 14 Prozent und Italien mit zwölf Prozent. Auf diese vier Länder entfielen damit im vergangenen Jahr mehr als zwei Drittel aller in der EU+ gestellten Anträge. Während die Bundesrepublik also von allen EU-Staaten in absoluten Zahlen mit Abstand am meisten Asylbewerber aufnimmt, sieht das anders aus, wenn deren Zahl in Relation zur Bevölkerungszahl der einzelnen Länder betrachtet wird. So wurden dem EUAA-Bericht zufolge in Zypern mit seinen rund 921.000 Einwohnern im vergangenen Jahr 12.000 Asylanträge gestellt, was einer Rate von 13.000 Anträgen pro einer Million Einwohnern entspricht beziehungsweise einem Antrag pro 78 Einwohnern. Im Vergleich dazu weist Deutschland mit seinen gut 84 Millionen

Einwohnern eine deutlich niedrigere Quote auf, wie die EU-Asylagentur vorrechnet: Danach kommen hierzulande 4.000 Anträge auf eine Million Einwohner beziehungsweise ein Antrag auf 252 Einwohner. Eine stark unterschiedliche Zahl an Asylanträgen verzeichneten den Angaben zufolge 2023 beispielsweise auch Belgien mit 35.000 und Estland mit 4.000. Pro Kopf gesehen standen sie damit jedoch vor einer ähnlich großen Herausforderung mit jeweils etwa 3.000 Anträgen pro Million Einwohnern. Für die 29 Staaten der EU+ ergibt sich mit einer Bevölkerung von 463 Millionen und 1,1 Millionen Asylanträgen im Jahr 2023 eine Quote von 2.500 Anträge pro eine Million Einwohner, also etwa ein Antrag pro 400 Personen. Eine besondere Position unter den Staaten der EU+ bescheinigt der EUAA-Bericht Ungarn, auf das im vergangenen Jahr trotz einer Bevölkerungszahl von mehr als 9,5 Millionen Menschen nur 30 Asylanträge entfallen seien. Für die EU-Asylagentur ist das wahrscheinlich darauf zurückzuführen, „dass Antragsteller seit 2020 eine Absichtserklärung bei einer ungarischen Botschaft in einem Nicht-EU-Land abgeben müssen,

bevor sie in das Land einreisen und internationalen Schutz beantragen können“. Insgesamt liegen dem Bericht zufolge zwölf der 29 betrachteten Staaten bei der Zahl der 2023 gestellten Asylanträge pro Kopf der jeweiligen Bevölkerung über dem Durchschnitt der EU+. Dabei rangiert Deutschland hinter Zypern, Österreich und Griechenland auf Platz vier, gefolgt von Luxemburg, Bulgarien und der Schweiz. Unter dem Durchschnitt liegen 17 Staaten, darunter – knapp – Frankreich, Italien und die Niederlande sowie schließlich am unteren Ende Portugal, Tschechien und die Slowakei vor Schlusslicht Ungarn. Dieses Bild muss freilich ergänzt werden um die Aufnahme von laut EUAA etwa 4,4 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine, die in der EU einen vorübergehenden Schutz erhalten, ohne einen Asylantrag stellen zu müssen. Dabei befand sich Ende 2023 die Hälfte aller vorübergehend Schutzberechtigten entweder in Deutschland (1,2 Millionen) oder Polen (eine Million), wie die Asylagentur in dem Bericht schreibt. Danach liegt im Verhältnis zur jeweiligen Einwohnerzahl Tschechien unter den Staat-

ten der EU+ mit etwa 34.000 dieser Schutzberechtigten pro einer Million Einwohnern – oder einem pro 29 Einwohnern – an der Spitze. Es folgen Bulgarien, Estland, Litauen und Polen, bei denen jeweils rund 26.000 vorübergehend Schutzberechtigte auf eine Million Einwohner kommen oder einer auf 38 beziehungsweise 39 Einwohner. Deutschland kommt dabei unter den 29 Staaten der EU+ auf den zehnten Platz, noch hinter Lettland, der Slowakei, Zypern und Irland, liegt aber über den Gesamtdurchschnitt. Am Ende dieser Skala steht Frankreich hinter Griechenland, Italien und Ungarn. Bei den Hauptstaatsangehörigkeiten der Asylantragsteller standen bei den Ländern der EU+ dem EUAA etwa 181.000 Anträgen, was einem Anstieg von 38 Prozent im Vergleich zu 2022 bedeutet. Wie seit vielen Jahren bildeten Afghanen erneut die zweitgrößte Gruppe, stellten indes mit 114.000 laut Asylagentur elf Prozent weniger Anträge als im Jahr 2022. Bei den nationalen Zahlen des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration spiegelt sich das nur teilweise nieder. So stieg auch

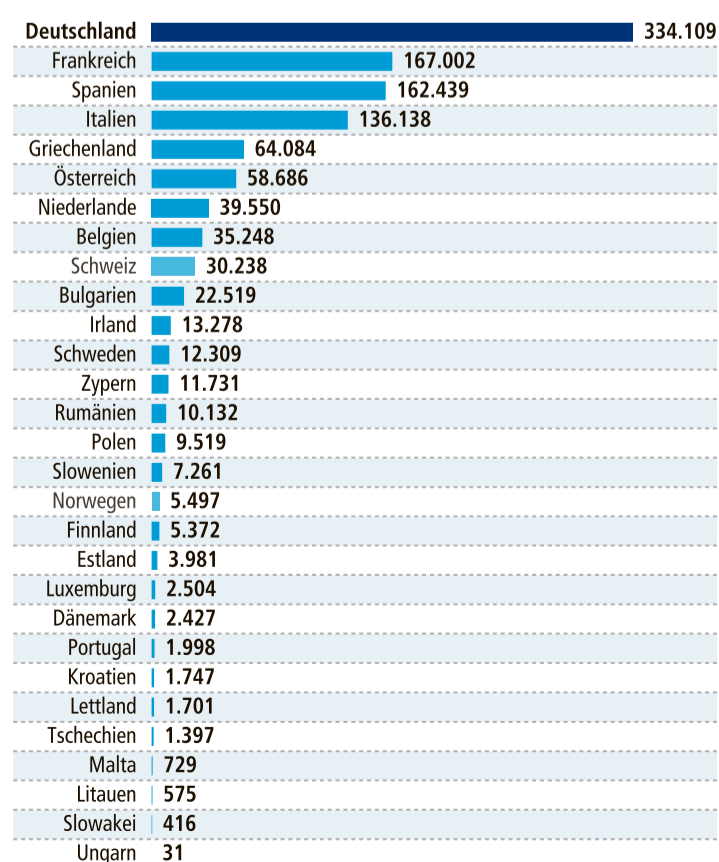
bei den in Deutschland gestellten Asylanträgen die Zahl syrischer Antragsteller als der mit weitem Abstand größten Gruppe laut Bamf 2023 deutlich an, nämlich von rund 71.000 im Jahr 2022 auf etwa 103.000 im vergangenen Jahr. Zugleich erhöhte sich die Zahl der hierzulande gestellten Erstanträge afghanischer Staatsangehörigen von mehr als 36.000 im Jahr 2022 auf gut 51.000 im Jahr darauf. Gleichwohl fielen Afghanen 2023 bei den Hauptstaatsangehörigkeiten der Erstantragsteller vom jahrelang eingenommenen zweiten auf den dritten Platz hinter Asylbewerber türkischer Staatsangehörigkeit zurück, die nach knapp 24.000 Erstanträgen in 2022 mehr als 61.000 im vergangenen Jahr stellten. Damit hatte wie im Vorjahr auch 2023 fast jeder dritte Erstantragsteller in Deutschland eine syrische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Afghanen an der Zahl aller hiesigen Erstantragsteller sank dagegen von 16,7 Prozent auf 15,6 Prozent, während der türkischer Staatsangehöriger von 11,0 Prozent auf 18,6 Prozent emporstiege. Nach Angaben der Bundesregierung (20/10297) stieg dabei die Zahl der Erstanträge türkischer Asylbewerber mit kurdischer Volkszugehörigkeit von 19.500 im Jahr 2022 auf mehr als 51.000 im vergangenen Jahr, während sie bei den Antragstellern mit türkischer Volkszugehörigkeit im Jahr 2023 bei gut 8.000 lag nach knapp 4.000 im Vorjahr. Helmut Stoltenberg

**Seit dem Corona-Jahr 2020 ist die Zahl der Asylanträge wieder angestiegen.**

**Syrer stellten auch 2023 die mit Abstand größte Gruppe der Antragsteller.**

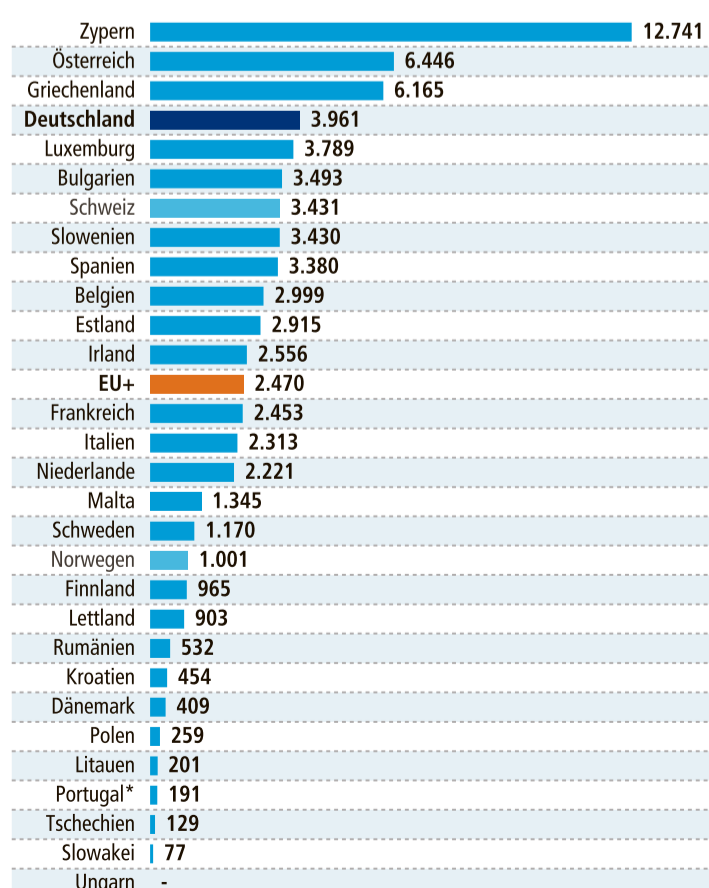
## Anzahl Asylanträge in Ländern der EU+ 2023

Insgesamt 1.142.618 Asylanträge in der EU+ (EU mit Schweiz und Norwegen)



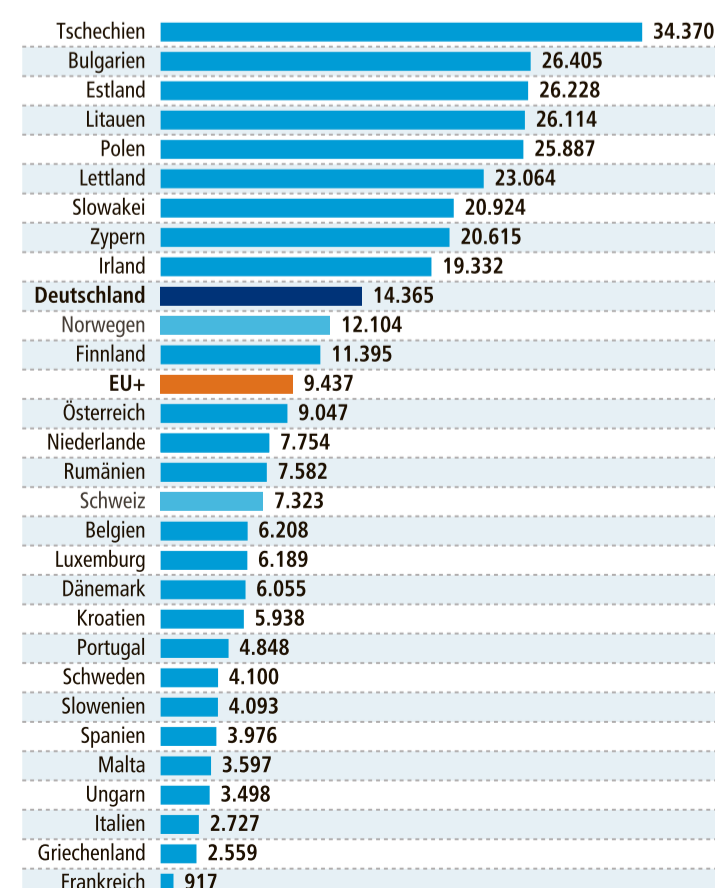
## Asylanträge in der EU+ nach Einwohnern

Anträge je 1 Millionen Einwohner in 2023



## Schutzsuchende aus der Ukraine in der EU+

Schutzsuchende je 1 Millionen Einwohner in 2023



Quelle: EUAA (Europäische Union - Agency for Asylum) Grafiken: Stephan Roters

Saufen im Breisgau, Lügde, Bergisch Gladbach – Ende der 2010er Jahre machten diese drei Orte traurige Schlagzeilen. Sie standen jeweils im Mittelpunkt großer Missbrauchskomplexe, schwerster sexualisierter Gewalt gegen Kinder sowie der Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie. Die Fälle beschäftigten Polizei und Staatsanwaltschaft, etliche Täter wurden zu langen Haftstrafen verurteilt, viele Kinder befreit. Teilweise wurden Untersuchungsausschüsse eingesetzt, um mögliches Fehlverhalten von Behörden und Strafverfolgern aufzudecken. Auch die Bundespolitik wurde aktiv: Im März 2021 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, das die Große Koalition von CDU/CSU und SPD vorgelegt hatte. Das Gesetz führte unter anderem zu einer deutlichen Erhöhung des Straffrahmens für Missbrauchs-Delikte auf bis zu 15 Jahre und für Kinderpornographie-Delikte auf bis zu zehn Jahre Freiheitsstrafe. Auch die Mindeststrafen wurden jeweils auf ein Jahr Freiheitsstrafe angehoben. Damit galten diese Delikte nunmehr als Verbrechen und nicht mehr als Vergehen – das wiederum hat erhebliche Konsequenzen für Strafverfahren. Denn als Verbrechen eingestufte Delikte können von Staatsanwaltschaften nicht eingestellt oder mit Strafbefehl erledigt werden, sondern müssen öffentlich angeklagt werden. Mit Blick auf die Kinderpornographie-Delikte in Paragraf 184b Strafgesetzbuch ist der Gesetzgeber mit dieser Reform „über das Ziel hinausgeschossen“, wie Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am Donnerstag im Bundestag sagte. Buschmann stellte einen Gesetzentwurf der Regierung (20/10540) vor, der das korrigieren soll. Vorgesehen ist, dass Verbreitung und Besitz kinderpornographischer Inhalte nicht mehr mit einer Mindeststrafe von einem Jahr, sondern mit sechs Monaten (Verbreitung) beziehungsweise drei Monaten (Besitz) Freiheitsstrafe bestraft werden. Damit würden beide Delikte wieder zu Vergehen herabgestuft, Verfahren könnten eingestellt werden, die Staatsanwaltschaften hätten mehr Flexibilität.

**Bestimmte Fälle im Blick** Die Bundesregierung beruft sich zur Begründung auf die einhellige Rückmeldung von Strafverfolgern und Gerichten sowie einer Aufforderung der Justizministerkonferenz. Sie hat dabei bestimmte Fallkonstellationen im Blick: Beispielsweise Lehrpersonen oder Eltern, die kinderpornographisches Material auf dem Handy von Heranwachsenden finden und dieses sichern oder verschicken, um andere zu warnen. Ebenso geht es um Fälle, in denen Personen ungewollt in den Besitz von kinderpornographischen Inhalten kommen, etwa durch den automatisierten Download in Chatgruppen. Ein solcher Fall liegt aktuell beim Bundesverfassungsgericht. Das zuständige Amtsgericht sieht in der Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr in diesem Fall ein Verstoß gegen das grundgesetzliche Übermaßgebot, heißt: Die Strafe ist unverhältnismäßig. Mit der Herabsetzung zum Vergehen will die Bundesregierung daher in solchen Fällen eine „tat- und schuldangemessene“ Bestrafung ermöglichen – die sich vor allem in der Möglichkeit zeigt, Verfahren, auch gegen Auflagen, einzustellen. Buschmann stellte in der Debatte dar, dass es genau um solche Fälle „am unteren Straffrahmen“ gehe. Der Minister hob – wie auch andere Rednerinnen und Redner – hervor, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern „eines der schlimmsten Verbrechen“ sei. Das Leid der Opfer vergrößere sich noch dazu durch das Bewusstsein dafür, „dass sich andere Lust verschaffen an der Darstellung des eigenen Leides“. Das sei einer der „schlimmsten Persönlichkeitsrechtsverletzungen, die man sich vorstellen kann“, sagte der Minister. An den harten Strafen für Missbrauchs- sowie Kinderpornographie-Delikte



# Das rechte Maß

**KINDERPORNOGRAPHIE** Die Strafrechtsverschärfung von 2021 macht aus Sicht der Praktiker eine tat- und schuldangemessene Bestrafung unmöglich. Die Bundesregierung will die Mindeststrafen nun reduzieren

**Tatort Campingplatz: Der Missbrauchskomplex von Lügde sowie weitere erschütternde Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder führten 2021 zu einer Strafrechtsverschärfung. Nun soll diese teilweise rückgängig gemacht werden.** © picture-alliance/dpa/Guido Kirchner

dürfe, solle und werde sich nichts ändern, so Buschmann. Gänzlich überraschend ist die Entwicklung nicht. Schon im parlamentarischen Verfahren zum Gesetz hatten Sachverständige auf die sich abzeichnenden Probleme für die Strafverfolgung hingewiesen. Das betonte in der Debatte für die Grünen-Fraktion auch Canan Bayram. „Dass genau so etwas passieren würde, war schon klar, als wir das Gesetz vor drei Jahren hier erlassen haben, aber die Union hat damals – und das gehört zur Wahrheit auch dazu – die Augen davor verschlossen.“ Durch die aktuelle Rechtslage würden Kapazitäten gebunden, „die bei der Aufdeckung von echten Kinderpornographie-Ringen dringend gebraucht werden“. Bayram wies zudem darauf hin, dass die aktuelle Mindeststrafe auch für jugendliche Täter einschneidend sei. Durch den Eintrag ins Zentralregister werde deren berufliche und persönliche Zukunft beschnitten, so die Grünen-Abgeordnete. Im Entwurf führt die Bundesregierung auch die große Zahl jugendlicher Täter als Begründung für die Herabsetzung der Mindeststrafe an.

Auch hier sollen Strafverfolger und Gerichte mehr Flexibilität erhalten. Unterstützung kam auch von der SPD-Fraktion. Die von den Sozialdemokraten 2021 mitgetragene Regelung bezeichnete Johannes Fechner als „Fehler“. Gleichzeitig hob Fechner hervor, dass seinerzeit viel für den strafrechtlichen Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt erreicht worden sei, etwa erweiterte und verschärfte Strafvorschriften für Cybergrooming, die gezielte Anbahnung sexueller Kontakte mit Minderjährigen im Netz, und das Inverkehrbringen von Kindersexpuppen. Die Unionsfraktion zeigte sich für die Änderung grundsätzlich offen. Die Erhöhung der Mindeststrafe habe in bestimmten Fallkonstellationen zu Ergebnissen geführt, die der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers zu widersprächen seien, sagte der CDU-Abgeordnete Axel Müller. Damit sei eine „Problemlage für Polizei und Justiz“ geschaffen worden.

**Union schlägt andere Lösung vor** Müller regte an, im weiteren Verfahren zu prüfen, ob nicht durch den Ausschluss bestimmter Fall-

gruppen im Paragrafen eine andere Lösung gefunden werden könnte. Zudem forderte er Buschmann auf, seinen Widerstand gegen die Speicherung von IP-Adressen aufzugeben, um in diesem Bereich eine bessere Strafverfolgung zu ermöglichen. Für die AfD-Fraktion lehnte Fabian Jacobi den Entwurf in der vorliegenden Form ab. Jacobi folgte zwar der Argumentation, dass aus Sicht der Praxis Änderungsbedarf bestehe. „Auch durch die staatliche Gleichsetzung solcher allenfalls minimal strafwürdiger Sachverhalte mit tatsächlichen Kindesmisshandlungen können Leben zerstört werden“, sagte der Abgeordnete mit Verweis auf den Fall einer jungen Frau, die ungewollt in Besitz von einschlägigem Material gekommen war. Die von der Koalition vorgeschlagene Lösung schieße aber ebenfalls über das Ziel hinaus. Seine Fraktion wolle dazu einen eigenen Antrag einbringen. Federführend wird der an die Ausschüsse überwiesene Entwurf im Rechtsausschuss beraten. Dort ist für Mittwoch, 10. April 2024, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf angesetzt. *Sören Christian Reimer* ■

## Verschärfung gelobt

**RECHT** Anhörung zur »unzulässigen Interessenwahrnehmung«

Bundestagsabgeordnete, die ihr Mandat versilbern, um für Dritte Einfluss auf etwa Ministerien zu nehmen, sollen künftig mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden können. Bislang – das hat die juristische Aufarbeitung der sogenannten Maskenaffäre gezeigt – ist das nicht strafbar. Mit einem Gesetzentwurf (20/10376) will die Koalition die „Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung“ als Paragraf 108f in das Strafgesetzbuch aufnehmen. Strafbar soll sich auch derjenige machen, der einem Mandatsträger einen „ungerechtfertigten Vermögensvorteil“ anbietet.

**Detailänderungen vorgeschlagen** Dieses Ansuchen stieß am Mittwoch in einer Anhörung im Rechtsausschuss bei den Sachverständigen auf ausdrückliche Zustimmung. Im Detail schlugen die Expertinnen und Experten diverse Anpassungen vor. Einige Sachverständige zweifelten daran, ob mit dem vorgeschlagenen Normtext tatsächlich das Ziel erreicht werden könnte, also eine Wiederauflage der Maskenaffäre zu verhindern. Denn laut Entwurf ist eine

unzulässige Interessenvertretung nur dann strafbar, „wenn eine solche entgeltliche Interessenwahrnehmung die für die Rechtsstellung des Mandatsträgers maßgeblichen Vorschriften verletzen würde“. Für Bundestagsabgeordnete ist die missbräuchliche Einflussnahme bereits verboten – eine Regelung zur „entgeltlichen Interessenvertretung“ ist 2021 nach der Maskenaffäre ins Abgeordnetengesetz geschrieben worden. Aber laut dem Rechtswissenschaftler Till Zimmermann von der Heinrich Heine Universität Düsseldorf fehlen solche Regelungen in 14 von 16 Ländern, im Europaparlament sowie der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Damit drohe diese Regelung ins Leere zu laufen. Zimmermann plädierte dafür, diese Anforderung zu streichen.

Andere Anmerkungen der Sachverständigen bezogen sich etwa auf den Täterkreis. Vorgeschlagen wurde, auch Kandidaten aufzunehmen und bestimmte kommunale Mandatsträger. Die Regelung soll laut Entwurf für Abgeordnete in Bund und Ländern, im Europaparlament sowie auch in der parlamentarischen Versammlung des Europarates greifen. *scr* ■

## Forschung zu Long-Covid

**CORONA** Ursache von ME/CFS wird noch nicht verstanden

Mit dem Ende der Corona-Pandemie ist für viele Menschen mit Langzeitfolgen die persönliche Gesundheitsnotlage noch keineswegs ausgestanden. Wer an Long-Covid leidet, hofft auf Erfolge in der Forschung und Therapie. Die Forschung befasst sich inzwischen auch vermehrt mit dem Krankheitsbild der Myalgischen Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS). Patienten mit dieser Diagnose sind oft schwer beeinträchtigt, pflegebedürftig und berufsunfähig.

Am Freitag (nach Redaktionsschluss) berieten die Abgeordneten über die Antwort (20/10544) der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Unionsfraktion (20/8846) zu dem Thema. Die Bundesregierung sieht im Long-/Post-Covid-Syndrom demnach eine große gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung. Post-infektiöse Krankheitsbilder seien im Zusammenhang mit anderen Erregern schon länger bekannt, Ursachen und Entstehung seien jedoch noch unzureichend verstanden, heißt es in der Antwort.

Die Symptome von Long-/Post-Covid seien he-

terogen, die individuellen Ausprägungen des Krankheitsbildes unterschiedlich und teils gravierend. Dies gelte besonders dann, wenn sich bei Patienten eine ME/CFS ausbilde. Um die Erkrankungen besser zu verstehen, soll die Forschung intensiviert werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördere die Forschung zum Themenbereich Long-/Post-Covid und ME/CFS durch Projekte. Inhaltlich umfasse die Förderung eine große Bandbreite: von der Erforschung der Krankheitsmechanismen über die Diagnostik und Therapieentwicklung bis hin zur Versorgungsforschung. Im BMBF sowie im Etat des Bundesgesundheitsministeriums sind den Angaben zufolge Forschungsgelder in Millionenhöhe für den Zweck ausgewiesen.

Nach Angaben der Bundesregierung liegen zur Prävalenz von ME/CFS keine eigenen Datengrundlagen vor. Die Zahl der Patienten mit ME/CFS werde für die Zeit vor der Pandemie auf 140.000 bis 310.000 geschätzt. Da ein Teil der Post-Covid-Patientinnen die ME/CFS-Diagnoseerfüllung erhalte, sei davon auszugehen, dass die Zahl seither gestiegen ist. *pk* ■

## Eklat im Ausschuss

**GESUNDHEIT** AfD-Fraktion fordert Ausschussvorsitz

Eine Woche vor einer mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht hat die AfD-Fraktion ihren Anspruch auf Ausschussvorsitz im Bundestag mit einer gezielten Provokation untermauert. In der 100. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit kam es am Mittwoch zum Eklat. Eigentlich hätte die Sitzung unter der Leitung der amtierenden Vorsitzenden Kirsten Kappert-Gonthor (Grüne) wie üblich um 9.30 Uhr beginnen sollen. Auf dem Platz der Vorsitzenden saß jedoch zunächst nicht die Grünen-Abgeordnete, sondern zur Überraschung der meisten Teilnehmer der Abgeordnete Kay-Uwe Ziegler, AfD-Obmann im Ausschuss, vor sich ein Schild mit der Aufschrift „Ausschussvorsitzender“. Die Übernahme des Vorsitzes durch die AfD-Fraktion war allerdings nach wenigen Minuten schon wieder beendet, Ziegler räumte den Platz freiwillig, und Kappert-Gonthor

konnte die Sitzung mit einer Viertelstunde Verspätung eröffnen. Mit der „Sitzplatzbesetzung“ wollte die AfD darauf hinweisen, dass ihr laut Geschäftsordnung der Vorsitz im Ausschuss zusteht. Die Aktion ist der vorläufige Höhepunkt in einem seit Beginn der Legislatur dauernden Streit. Während die AfD darauf beharrt, ihren Vorsitzenden „bestimmen“ zu können, setzen die Mehrheitsfraktionen jedes Mal eine geheime Wahl durch, bei der bisher jeder AfD-Kandidat durchgefallen ist. Die AfD sieht darin einen Rechtsbruch und klagt dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht (2 BvE 1/20, 2 BvE 10/21). Am Donnerstag kündigte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas an, gegen Ziegler ein Ordnungsgeldverfahren „wegen einer nicht nur geringfügigen Verletzung der Hausordnung des Bundestages“ einzuleiten. Dem Abgeordneten droht eine Strafe von 1000 Euro. *pk* ■

## Erfolgreiche Kommunikation

**FORSCHUNG** Der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft soll besser werden.

In Krisenzeiten ist der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wichtiger denn je. Das betonten am Mittwochmittag während der Plenardebatte zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation nahezu alle Rednerinnen und Redner. Wissenschaftskommunikation mache Erkenntnisse aus der Forschung nachvollziehbar und wirke Fake News entgegen, lautete der Tenor. Einzig ein Vertreter der AfD-Fraktion argumentierte dagegen und warnte vor einer „ideologischen Experten-herrschaft“.

Grundlage der Aussprache war ein Antrag der Koalitionsfraktionen (20/10606), mit dem diese Wissenschaftskommunikation „systematisch und umfassend“ stärken will. Deren Aufgabe sieht Stephan Seiter (FDP) darin, Ergebnisse so zu vermitteln, dass auch Laien sie verstehen könnten. Allerdings zeigten die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie: Beim Dialog mit der Gesellschaft gebe es in der Wissenschaft durchaus Optimierungsbedarf. Mit ihrem Antrag wolle die Ampelkoalition dies angehen.

»Wer in die Forschung geht, muss lernen, Ergebnisse zu kommunizieren.«

Kai Gehring (Grüne)

**Für mehr Schutz** Wissenschaftskommunikation müsse als „Kernkompetenz“ gefördert werden, warb Kai Gehring (Grüne): „Wer in die Forschung geht, muss auch lernen, seine Ergebnisse verständlich zu kommunizieren.“ Zugleich brauche es mehr Schutzmaßnahmen für bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mahnte er. Es dürfe nicht zugelas-

sen werden, dass sich Forscherinnen und Forscher wegen Anfeindungen aus der Öffentlichkeit zurückzögen.

**Gegen Fake News** Das bekräftigte auch Lina Seitzl (SPD). Ihrem Vorgesetzten von der AfD, Marc Jongen, der vor einem Missbrauch der Wissenschaft als „Propagandaabteilung der Politik“ gewarnt und die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung als „Jahrhundertskandal“ bezeichnet hatte, entgegnete Seitzl: „Sie haben diejenigen lächerlich gemacht, die mit ihrer Forschung Menschenleben gerettet haben!“ Gegen derartige Verschwörungstheorien, so die Abgeordnete, sei Wissenschaftskommunikation ein wirksames Mittel. „Wir brauchen Aufklärung als Instrument gegen Fake News und Fehlinformation“, betonte auch Alexander Föhr (CDU). Erfolgreiche Wissenschaftskommunikation sei dafür zentral, unterstrich Katrin Staffler (CSU) und verwies darauf, dass es die Union gewesen sei, die diese zur Priorität gemacht habe. Vieles, so Staffler, sei bereits in der vergangenen Wahlperiode auf den Weg gebracht worden.

Nach der Aussprache überwiegen die Abgeordneten den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung und Forschung. *Irina Steinhauer* ■

## Keine Mehrheit für Unionsantrag

**BÜROKRATIEABBAU** Koalition setzt auf eigenes Gesetz, die Opposition bleibt skeptisch

Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss zum Bürokratienteilungsgesetz IV (BEG IV) hat der Bundestag mit der Koalitionsmehrheit einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/8856) zum Abbau von Bürokratie abgelehnt. Abgeordnete von SPD, FDP und Grünen betonten in der Debatte am Donnerstag, mit dem geplanten Gesetz solle ein erster Schritt zu mehr Effizienz gemacht werden. Gleichzeitig baten sie die Opposition, sich konstruktiv am parlamentarischen Verfahren zu beteiligen.

**»Bürokratiewende«** Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Michael Kellner (Grüne) erklärte, das BEG IV, dessen Beratung im Parlament jetzt anstehe, sehe ein Entlastungsvolumen von knapp einer Milliarde Euro vor. Dieses und weitere Vorhaben seien erforderlich, um bei Investitionen in die Volkswirtschaft schneller werden zu können. Thorsten Lieb (FDP) sprach in Anlehnung an die „Wirtschaftswende“ von einer „Bürokratiewende“. Der Antrag der Union zeige, dass dies auch in der Opposition so gesehen werde. Esra Limbacher (SPD) sagte, wenn man heute über Bürokratienteilung spreche, müsse man auch in die Vergangenheit schauen. Die Politik der vergangenen Jahr-

zehnte könne man sich nicht mehr leisten. In der Ampelregierung spielten Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung zum ersten Mal seit langer Zeit eine echte Rolle. Stefan Brandner (AfD) hielt dem entgegen, unter den Regierungen von Angela Merkel hätten Gesetze und Verordnungen explosionsartig zugenommen. Der Bürokratieapparat sei aufgeblüht und die Belastung der Bürger noch höher geworden. Nun Sorge die Ampel für „Bürokratieabbaubürokratie“.

Für die Unionsfraktion sprach Günter Krings (CDU) von einem „mageren“ Entlastungsvolumen von gut 900 Millionen Euro durch das neue Gesetz. Das seien weniger als 1,5 Prozent der gesamten Bürokratiekosten in Deutschland. In den 16 Jahren der CDU-geführten Bundesregierungen seien mit neuen Instrumenten und Methoden Maßstäbe für weniger Bürokratie gesetzt worden. Erstmals sei mit 25 Prozent ein klares Abbauziel vorgegeben worden, das auch eingehalten worden sei. Von einer selbsternannten Fortschrittskoalition hätte man erwarten können, so Krings, dass sie zumindest eine methodische Innovationsquote zustande bringe. Dafür erfinde sie in einem „erschreckenden Rekordtempo“ immer mehr Bürokratie – als Beispiel nannte Krings das Heizungsgesetz –, gebe auch in

Europa bei diesem Thema mächtig Gas und wolle Dinge in Gesetze gießen, die jeder Bürger im Rahmen seiner Vertragsfreiheit für sich selbst regeln könne. Die tiefere Ursache dafür sei, dass die Regierung kein Vertrauen in die Menschen habe. Nach zweieinhalb Ampeljahren werde jetzt eine 180-Grad-Wende beim Thema Bürokratie gebraucht. Dazu mache die Union in ihrem Antrag sehr konkrete Vorschläge.

**Der Antrag** Unter der Überschrift „Innovation ermöglichen, Investitionen erleichtern – Agenda für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ heißt es in dem Antrag: „Überbordende Bürokratie, Regelungssucht und mangelnde Flexibilität gefährden nicht nur den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates“. Allgemein schlug die Union unter anderem eine „selbstbeschränkende Bürokratiebremse“ vor, „die eine sofortige Rücknahme neuer gesetzlicher oder untergesetzlicher Bürokratiebelastungen bewirkt, wenn eine bestimmte Bürokratiequote überschritten wird“. Zudem fordere die Fraktion, die „One in, one out“-Regelung zu einer „One in, two out“-Regelung zu modifizieren. *Michael Wojtek* ■



Der Bundespolizei sollen nach dem Willen der Regierungskoalition weitere Befugnisse zugewiesen werden. Zugleich soll sie einer individuellen Kennzeichnungspflicht unterliegen.

© picture-alliance/SvenSimon/MalteOssowski

## Ein Nein bei erster Einreise

**INNERES I** Die CDU/CSU-Fraktion will mit einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für gefährliche Ausländer auch bei deren erstmaliger Einreise ermöglichen. Dies geht aus einem Gesetzentwurf der Fraktion (20/10398) hervor, der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand.

In der Vorlage schreibt die Fraktion, dass Deutschland gefährlichen Personen aus dem Ausland – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Einreise und den Aufenthalt nicht verbieten könne. Nach einer neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sei ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nämlich nur dann möglich, wenn der Ausländer zu einem früheren Zeitpunkt bereits in Deutschland war und hier ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben wurde, führt die Fraktion unter Verweis auf ein Urteil vom 25. Mai 2023 (1 C 6/22) aus. Gegen einen gefährlichen Ausländer, der zum ersten Mal nach Deutschland will, dürfe kein Einreise- und Aufenthaltsverbot verhängt werden. Das geltende Aufenthaltsrecht sei lückenhaft, da es für die erstmalig beabsichtigte Einreise keine Möglichkeit einer Ausweisung und damit eines Einreise- und Aufenthaltsverbotes vorsehe, konstatiert die Fraktion in der Begründung des Gesetzentwurfes. Sie will daher mit der Vorlage eine Änderung des Paragraphen 53 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erreichen, mit der eine Ausweisung auch vor der erstmaligen Einreise ermöglicht werden soll. **sto II**

# Freiheit und Sicherheit

**INNERES** Die Bundespolizei soll mehr Befugnisse erhalten und Kontrollquittungen ausstellen

Der Bundespolizei stehen gravierende Änderungen ins Haus. Ein Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium billigt der Behörde neue Befugnisse zu. „Wir wollen den technischen Fortschritt nutzen, um Kriminalität noch effektiver zu bekämpfen“, sagte Innenministerin Nancy Faeser bei der Einbringung des Gesetzentwurfes (20/10406) in den Bundestag am Donnerstag. Die Sicherheitsbehörden dürften schließlich nicht schlechter aufgestellt sein, „als ihr kriminelles Gegenüber“, so die Ministerin. Konkret sieht die Neuregelung des 30 Jahre alten Bundespolizeigesetzes vor, dass die Bundespolizei künftig Drohnen zur Bild- und Tonaufzeichnung einsetzen kann. Sie soll zudem Aufenthaltsverbote und Meldeauflagen verhängen und „Gewahrsamsräume“ per Bild und Ton überwachen dürfen. Die Möglichkeit, Telekommunikation zu überwachen und Verkehrs- und Nutzungsdaten zu erheben, soll erweitert werden.

**Handy-Überwachung** Die neuen Befugnisse reichen Union und AfD jedoch nicht aus. Die AfD fordert in einem eigenen Antrag (20/10616) unter anderem Dash-Cams in Fahrzeugen der Bundespolizei und eine Ausweitung ihres Einsatzbereiches über 30 Kilometer von der Landesgrenze hinaus.

Die Union will, dass die Bundespolizei zur Abwehr lebensgefährdender Schleusungen auf Messengerdienste zuzugreifen kann und eine Handy-Überwachung von Kriminellen schon an der Quelle ermöglicht wird. Noch mehr stören sich Union und AfD aber an den geplanten Maßnahmen „zur Steigerung von Transparenz und Bürgernähe“, wie es die Bundesregierung formuliert. Gemeint ist die Einführung der individuellen Kennzeichnungspflicht sowie der Pflicht zur Ausstellung sogenannter Kontrollquittungen nach einer Befragung durch die Bundespolizisten. Dies zeigt aus Sicht von Andrea Lindholz (CSU) ein tiefes Misstrauen der Bundesregierung gegenüber der Bundespolizei und behindere deren Arbeit. Begründet werde dies „scheinheilig“ mit Bürgernähe und Transparenz. „Tatsächlich sehen sie aber in jedem Bundespolizisten einen potenziellen Anwender rechtswidriger Gewalt“, sagte Lindholz. Wenn zudem künftig jeder Bundespolizist bei jeder Personenkontrolle verpflichtet werde, auf Wunsch eine Kontrollquittung auszustellen, werde

das die Arbeit der Bundespolizei im Alltag massiv beeinträchtigen, prognostizierte sie. Folge dessen werde sein, dass insgesamt weniger kontrolliert werden könne. Mit der Kontrollquittung gebe die Innenministerin die Polizei gänzlich der Lächerlichkeit preis, befand Steffen Janich (AfD). Er stört sich auch daran, dass sich im Gesetz die Vorgabe finde, dass die Polizei respektvoll und diskriminierungsfrei handeln solle. „Das deutsche Volk will eine Polizei, die nach Recht und Gesetz arbeitet“, sagte er. Nicht Polizeibeamte müssten Respekt vor Straftätern lernen, „sondern Straftäter müssen endlich wieder den Respekt vor unserer Polizei lernen“. An der Ampelkoalition prallt die Kritik jedoch ab. Eine anonymisierbare Kennzeichnung gebe es bereits in vielen Bundesländern, sagte Irene Mihalic (Grüne). „Damit gehen wir einen wichtigen Schritt, um polizeiliches Handeln transparenter und nachvollziehbarer zu machen“, betonte sie. Das sei nicht nur ein wichtiger bürgerrechtlicher Erfolg, „sondern im Kern auch eine positive Entwicklung für Polizistinnen und Polizisten“. Fehler im Einsatz würden sich so nicht auf

unbeteiligte Kollegen auswirken, sondern könnten individuell zugeordnet werden. Von einem Misstrauensvotum oder einem Generalverdacht gegen die Polizei könne also nicht die Rede sein. Die Kontrollquittung, so Mihalic, sei im Übrigen „keine neue verrückte Erfindung der Ampel“. Sie sei vielmehr eine praxistaugliche Lösung, die anderenorts längst Alltags sei.

**Paradigmenwechsel** Ähnlich sah das Manuel Höferlin (FDP). Um unmissverständlich Klarheit für ein Verbot von Racial Profiling zu schaffen, werde die Personenkontrolle mit den Kontrollquittungen für alle Seiten rechtssicher ausgestaltet. Bei der Polizei in Bremen werde das schon seit geraumer Zeit so praktiziert. „Die Polizisten dort können damit bestens umgehen“, sagte Höferlin. Er sprach von einem Paradigmenwechsel. Freiheit und Sicherheit würden nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam gestärkt. Mit dem Gesetzentwurf, so Dorothee Martin (SPD), werde den aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen. Die Bundespolizei erhalte die notwendigen Befugnisse, um den Bedrohungen unserer Zeit tatsächlich begegnen zu können. Um sicher sein zu können, dass jede Person im Dienst „mit beiden Beinen ganz fest auf dem Boden unserer Verfassung steht“, sei es richtig, dass

all jene, die dauerhaft für die Bundespolizei tätig werden, eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen müssen, sagte Martin. Aus Sicht von Martina Renner (Linke) wird das Grundprobleme nicht gelöst. „Immer noch ist die Bundespolizei im Kern eine Grenzschutzpolizei“, sagte sie. Damit bleibe sie „ein Instrument der Politik, die meint, man müsse Flucht und Geflohenen zuerst mit Kontrolle und Abschreckung begegnen“. **Götz Hausding II**

**»Von einem Misstrauensvotum gegen die Polizei kann nicht die Rede sein.«**

Irene Mihalic (Grüne)

### STICHWORT

#### Bundespolizeigesetz

- > **Drohnen** sollen künftig zur Bild und Tonaufzeichnung eingesetzt werden können – beispielsweise zur Erstellung eines Lagebildes.
- > **Verfassungstreue** soll gesichert werden, indem alle Bundespolizeibewerber einer einfachen Sicherheitskontrolle unterzogen werden.
- > **Kontrollquittungen** müssen Bundespolizisten künftig auf Nachfrage im Anschluss an eine lageabhängige Befragung erstellen.

## AfD: Fokus auf Linksextreme

**INNERES II** Die AfD-Fraktion will „linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen“ und „Unterwanderungen von Organisationen verhindern“. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion (20/10612) überwiegt der Bundestag am Freitag nach einer ersten Debatte zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, zuzunehmen einen personell großzügig ausgestatteten Personalkörper zur effektiven Bekämpfung des Linksextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz und im Bundeskriminalamt einzurichten. Damit sollen nach den Vorstellungen der Fraktion „insbesondere bundesländerübergreifende linksextreme Netzwerkstrukturen, die nicht zuletzt auch ein gezieltes Untertauen von gesuchten Linksextremisten ermöglichen“, aufgedeckt und mögliche Unterwanderungen von Behörden in Bund und Ländern sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen durch Linksextremisten überprüft werden. Auch soll sich die Bundesregierung dem Antrag zufolge im Rahmen der Innenministerkonferenz sowie der Justizministerkonferenz für ein „nachhaltiges, gemeinsames und bundesweit einheitliches Vorgehen gegen die gewaltbereite linksextremistische Szene“ einsetzen. Zudem dringt die Fraktion unter anderem darauf, gegen ausländische Serverbetreiber linksextremistischer Plattformen im Internet vorzugehen mit dem Ziel der Verbesserung strafrechtlicher Ermittlungen, um weitere Radikalisierungen zu unterbinden. **sto II**

## FÜNF FRAGEN ZUR: WAHL DES POLIZEIBEAUFTRAGTEN



Uli Grötsch (SPD) ist der erste Polizeibeauftragte des Bundes.

**Herr Grötsch, Sie sind vom Bundestag zum ersten Polizeibeauftragten des Bundes gewählt worden. Was fühlen Sie gerade?**  
Es ist mir eine große Ehre. In diesem Amt kann ich meine berufliche Erfahrung mit meiner politischen Arbeit verbinden. Ja, und ich brenne für die neue Aufgabe. Ich war 21 Jahre bayerischer Polizeibeamter und bin seit zehn Jahren Bundestagsabgeordneter. Ich kenne beide Seiten, sowohl die Sichtweisen der Polizei als auch die der Zivilgesellschaft, der Forschung in diesem Bereich und auch der Bürgerinnen und Bürger. Und deshalb glaube ich, kann ich dieser Aufgabe gut gerecht werden.

**Und warum braucht es nun eine Anlaufstelle außerhalb der behördlichen Strukturen?**  
Weil wir heute in Zeiten befinden, in denen die Feinde der Demokratie gezielt Botschaften in die Polizeien hineinsteuern, um diese zu destabilisieren. Weiterhin haben mehr als die Hälfte der Bundesländer auch schon vergleichbare Institutionen

geschaffen, und auch im europäischen und internationalen Vergleich hat sich gezeigt, dass eine unabhängige Struktur außerhalb der Polizeibehörden noch eine höhere Akzeptanz genießt, als das bei den in den Behörden vorhandenen Strukturen der Fall ist. Zudem soll ich als Polizeibeauftragter Beschäftigten selbst eine Möglichkeit geben, sich vor möglicherweise ungerechtfertigten Anschuldigungen zu schützen. Das ist doch ein guter Ansatz für alle – letztendlich für unsere Demokratie.

**Warum reicht denn die Arbeit der Landespolizeibeauftragten da nicht aus?**  
Weil der Bund über eigene Polizeibehörden verfügt. Das ist die Bundespolizei als eine der größten Behörden, die wir in Deutschland haben, und das Bundeskriminalamt und die Polizei beim Deutschen Bundestag. Das sind auf Bundesebene eigenständige Polizeibehörden, für die ich dann zuständig sein werde.

**Wer sind denn die Feinde**

**der Demokratie, wie Sie gerade sagten?**

Das sind vor allem die Rechts-extremisten, die sich, wie wir erst in dieser Woche wieder gelesen haben, in sehr, sehr großer Zahl in der AfD versammeln. Da gilt es eben, genau hinzuschauen. Freiheit und die Demokratie müssen auch wehrhaft sein.

**Was entgegnet Sie dem Vorwurf, da würde ein Generalverdacht gegen Beamte erhoben?**

Ich sehe wirklich überhaupt keinen Generalverdacht. Ich glaube, dass dieser Vorwurf nur von denen geführt wird, die sich mit dem Thema noch nicht richtig auseinandergesetzt haben. Für mich wird es in den ersten Jahren meiner Amtszeit sehr stark auch darum gehen, Vertrauen zu gewinnen. Vertrauen bei den Polizeibeschäftigten und in der Zivilgesellschaft. Da zeigt sich die Sinnhaftigkeit dieses Amtes schon von allein.

**Das Gespräch führte Jan Rübel.**

## Bundeswehr an der Belastungsgrenze

**WEHRBERICHT 2023** Anhaltende Probleme bei Personal, Material und Infrastruktur

Überaltert, zu klein, zu schlecht ausgerüstet, aber trotzdem top-motiviert und einsatzbereit: Dieses Bild der Bundeswehr zeichnet die Wehrbeauftragte Eva Högl in ihrem Jahresbericht 2023 (20/10500), den sie am Dienstag an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas übergeben hat. Auch im zweiten Jahr der „Zeitenwende“ ließen bei der Bundeswehr substanzielle Verbesserungen bei Personal, Material und Infrastruktur auf sich warten, heißt es darin. „Die Truppe altert und schrumpft immer weiter“, schreibt Högl. Etliche Verbände hätten große Personalvakanz. Es mangle an Material, „vom Großgerät bis hin zu Ersatzteilen“. Durch die Abgaben an die Ukraine sei der Mangel noch größer geworden. Die Infrastruktur sei vielerorts desaströs.

**Weichen gestellt** Hervorzuheben sei aber auch, so die Wehrbeauftragte, dass in vielen Bereichen wichtige Weichen gestellt und Vorhaben auf den Weg gebracht worden seien, „selbst wenn es noch Zeit brauchen wird, bis die Truppe die Ergebnisse hiervon spürt“. Was indes schon spürbar sei, sind Verbesserungen bei der persönlichen Ausrüstung. „Ich höre bei meinen Truppenbesuchen nun nicht mehr, dass Helme und Schutzwesten fehlen, sondern Spinde“, schreibt Högl. Die neue persönliche Ausrüstung sei so umfassend, dass Lagermöglichkeiten nicht reichten. Sorgen macht sich die Wehrbeauftragte angesichts der enormen Belastung der Trup-

pen. Die Vielzahl und Vielfalt der Aufträge sowie ihre Gleichzeitigkeit brächten die Bundeswehr an die Belastungsgrenze. Nicht selten hätten ihr Soldatinnen und Soldaten von Überstunden im dreistelligen Bereich, mehrmonatigen Abwesenheiten von ihren Familien und fehlenden Phasen der Regeneration berichtet, schreibt Högl. „Wenn es zu wenig Personal gibt, müssen immer dieselben ran“, heißt es im Bericht. Belastung und Effektivität des Personaleinsatzes stünden bei der Bundeswehr in keinem angemessenen Verhältnis. Umso bemerkenswerter sei: „Kein Auftrag wird abgelehnt, keine Übung abgesagt.“ Die Truppe melde nicht rot. Sie frage nicht nach Zuständigkeit und sage nicht, was alles nicht geht oder gegen einen Auftrag spricht. „Die Truppe macht’s einfach immer möglich“, konstatiert Högl. Im Berichtsjaahr haben laut Wehrbericht 181.514 Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr gedient. Das sind 1.537 weniger als im Vorjahr, womit sich die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt. Die Bundeswehr sei in den vergangenen Jahren bemüht gewesen, die Nachwuchsgewinnung zu verbessern, schreibt die Wehrbeauftragte. Es seien zahlreiche Maßnah-

men getroffen worden, um den Prozess der Rekrutierung zu optimieren und offensiver zu gestalten. „Leider ist der erhoffte Erfolg bisher nicht eingetreten“, stellt sie fest. Ein Baustein wäre aus ihrer Sicht, das Augenmerk noch intensiver auf die Gewinnung von Frauen zu legen, „da deren Potenzial in den Streitkräften noch lange nicht ausgeschöpft ist“. Die Wiedereinführung der seit 2011 ausgesetzten Wehrpflicht befürwortet die Wehrbeauftragte ausdrücklich nicht. Darauf sei die Bundeswehr nicht vorbereitet. Es fehlten Unterkünfte, Ausrüstung sowie Ausbilderinnen und Ausbilder, schreibt Högl. Sie begrüßt stattdessen die Debatte über die Einführung eines Gesellschaftsjahres. „Es tut allen gut, sich eine Zeit für die Gemeinschaft zu engagieren, und es stärkt den sozialen Zusammenhalt.“

**»Wenn es zu wenig Personal gibt, müssen immer dieselben ran.«**

Wehrbeauftragte Eva Högl

Thematisiert wird auch die militärische Unterstützung der Ukraine, für die die Bundeswehr einen beachtlichen Beitrag leistet. Högl betont, dass die Ukraine letztlich die europäische Freiheit verteidige. Der Ukraine bereitgestelltes Material müsse aber schnellstmöglich nachbeschafft werden, um die eigene Auftragsbefreiung sicherzustellen, fordert sie. **hau II**

# »Wir wollen an die Macht«

**IM GESPRÄCH** Die frauenpolitischen Sprecherinnen Leni Breymaier (SPD) und Mechthild Heil (CDU) über den Sinn von Quoten und den Kampf gegen Gewalt an Frauen



Nicht nur Uhrzeiten, auch der politische Umgang in den Gremien schrecken viele Frauen ab, so die beiden Politikerinnen.

© picture-alliance/photothek/FlorianGaertner

**Frau Heil, Frau Breymaier, sprechen wir zuerst über eines Ihrer Spezialgebiete: Frauen im Parlament. Deutschland liegt mit einem Frauenanteil im Parlament von 35,1 Prozent im Moment weltweit auf Platz 45. Was machen Ruanda (61,3 Prozent), Kuba (55,7 Prozent) und Nicaragua (51,7 Prozent) besser?**

Leni Breymaier: Ruanda hat tatsächlich einen hohen Frauenanteil. Ich denke, da hat sich nach dem Völkermord in den 1990er Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Gesellschaft umso friedlicher und gerechter ist, je mehr Frauen an den politischen Entscheidungsfindungen und in der Zivilgesellschaft beteiligt sind. Aber ich glaube, wir müssen genau hinschauen, welche Rechte und welche Macht die Parlamente in diesen Ländern tatsächlich haben: In denen, die oft genannt werden, ist es oft so, dass das Parlament relativ wenig zu sagen hat.

**Also taugen diese Länder nicht als Vorbild. Was würde hier helfen?**

Leni Breymaier: Als Mitglied der Wahlrechtskommission habe ich versucht, die Parität für Deutschland mit einzubringen. Und das war schwer: Parteien mit Quotenregelungen sind in der Lage, Frauen ins Parlament zu bringen. Und die Parteien, die keine großen Regelungen haben, bringen dann eben auch keine Frauen in den Bundestag. Deshalb glaube ich, geht es am Ende um verbindliche gesetzliche quotierte Regelungen. Ohne wird es nicht gehen.

**Frau Breymaier hat gerade schon angesprochen, dass die Quote im Zweifel dazu führt, dass die Frauen dann auch dort ankommen, wo sie sein sollen, sei es jetzt im Parlament oder in den Vorständen. Frau Heil, ich sehe Sie die Stirn runzeln. Sehen Sie das anders?**

Mechthild Heil: Nein, nein, ich bin als CDU-Frau ein Fan der Quote. Ich bin Kreisvorsitzende, war lange Stadtverbandsvorsitzende. Ich habe eine lange Leidensgeschichte, Frauen in die Partei zu bringen und dann auch zur gleichberechtigten Mitarbeit zu fördern. Ich bin froh, dass wir die Quote haben. Aber natürlich ist es so, dass dann die Männer einen Teil ihrer Macht abgeben müssen, und das tun die nicht freiwillig.

Leni Breymaier: Wir haben es immer mal wieder geschafft, durch Zusammenarbeit etwas zu erreichen. Bei der Debatte zu „Nein

heißt Nein“ und vor 30 Jahren bei der Ergänzung des Artikels 3 Absatz 2 Grundgesetz, haben sich Frauen im Parlament parteiübergreifend zusammengeschlossen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir es in dieser Legislatur schaffen, das Paritätsgesetz für den Bundestag zu verabschieden, gültig ab der übernächsten Wahlperiode. Aber die Union ist nicht mit dem neuen Wahlrecht einverstanden und beklagt es beim Bundesverfassungsgericht. Deshalb wird man über Parität mit den Kolleginnen der Union wohl erst ernsthaft reden können, wenn Karlsruhe zum Wahlrecht im Allgemeinen entschieden hat.

Mechthild Heil: Ich bin ja auch voll dabei. Es wäre super, wenn wir das hinbekämen. Nicht nur wir Frauen, sondern das Parlament insgesamt. Aber es liegt eben noch nichts auf dem Tisch. Wir bräuchten einen Vorschlag, der dann nicht an unserem Grundgesetz scheitert.

Leni Breymaier: Aber das Grundgesetz sagt doch ganz klar, Artikel 3, Absatz 2: „Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Ich bin mir sicher: Eine Paritätsregelung ist verfassungsfest.

**Ein großes Hindernis für die politische Arbeit ist für viele Frauen sicher die schwierige Vereinbarkeit von Familie und politischem Amt. Was muss sich da ändern? Müsste es zum Beispiel Elternzeit für Abgeordnete geben?**

Mechthild Heil: In der CDU haben wir eine politische Elternzeit und auch beschlossen, dass in den Gremiensitzungen nach einer bestimmten Uhrzeit keine Beschlüsse mehr gefasst werden. Mich ärgert aber, dass wir das Frauenthema nur im Blick auf junge Frauen und Rollenzuschreibungen in der Familie diskutieren. Ein Hinderungsgrund, sich politisch zu engagieren, kann die Familie sein. Es können aber auch viele andere Dinge sein. Es geht auch darum, wie wir in den Gremien

## ZUR PERSON

**Leni Breymaier ist seit 2017 für die SPD Mitglied des Bundestages. Sie ist Obfrau ihrer Fraktion im Familienausschuss und engagiert sich auch außerhalb in frauen- und sozialpolitischen Organisationen. Mechthild Heil ist seit 2009 für die CDU Mitglied des Bundestages und war unter anderem lange Verbraucher-schutzbeauftragte ihrer Fraktion. Heil ist Vorsitzende der katholischen Frauen Deutschlands (kfd). Beide Politikerinnen sind die frauenpolitischen Sprecherinnen ihrer Fraktionen.**

miteinander umgehen. Die sind meist von Männern dominiert und viele Frauen sagen, ob jung oder alt, mit oder ohne Kinder, dass sie sich das nicht antun wollen. Die Art, wie man dort miteinander spricht, wie man sich durchsetzen, wie man auftreten muss. Das macht nicht jede Frau mit. Da müssen wir was machen als Parteien, aber auch als Gesellschaft. Die Männer dürfen nicht die Norm für unser Zusammenleben und auch für die politische Zusammenarbeit vorgeben.

Leni Breymaier: Das stimmt – die Regeln und die Rituale im politischen Geschäft werden von der Mehrheit gemacht und die Mehrheit sind Männer. Wobei diese Spielregeln auch nicht für alle Männer schlaun sind. Wenn Donnerstagabend um 2 Uhr noch ein Hamelnsprung stattfindet, ist das insgesamt nicht besonders menschenfreundlich. Um das zu ändern, müssen Frauen, die die Sorge für Kinder oder Angehörige haben, in die Gremien rein: Wenn genügend Frauen dort drin sind, dann findet die Sitzung so spät auch nicht statt. Es heißt immer, es muss ein Drittel eines Gremiums von Frauen vertreten sein, damit sich tatsächlich etwas ändert.

**Zum Frauentag gibt es nicht nur Zahlen zum Gender Pay Gap, also der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, sondern auch zu den vielen Stunden Care Arbeit, die Frauen immer noch unentgeltlich mehr leisten. Von 117 Milliarden unbezahlter Stunden entfallen in Deutschland 71 Milliarden Stunden auf Frauen.**

Leni Breymaier: Also das eine ist natürlich der sehr private Aushandlungsprozess. Aber, und da gilt auch hier: Das Private ist politisch. Wir in der SPD und auch in der Ampel wollen die Familienstartzeit einführen; eine zweiwöchige bezahlte Freistellung für den Partner direkt nach der Geburt. Alle Studien, die es dazu gibt, sagen, je früher sich Männer um die Babys kümmern, desto größer ist ihr Einsatz auch später. Dann ist natürlich die Kinderbetreuung das A und O: Wenn es keine Kinderbetreuung gibt, wie sollen Männer und Frauen dann erwerbstätig sein? Zudem haben wir im Koalitionsvertrag verabredet, dass pflegende Angehörige eine größere Flexibilität in der Zeiteinteilung haben sollen und deshalb wollen wir auch die Pflegezeit und die Familienpflegezeit weiterentwickeln.

Mechthild Heil: Wir haben besonders während der Corona-Pandemie gesehen, dass Frauen wieder stärker in die alten Rollenmuster zurückgeworfen werden. Ich bin auch dafür, dass man Care Arbeit gerecht entlohnt. Aber jeder, der Care Arbeit macht, wird sagen, dass es nicht nur am Geld liegt. Es ist einfach auch eine andere Art von Belastung, die man mit Geld nicht aufwiegen kann. Es ist nicht überall eine starke Familie da, die hilft, pflegebedürftige Angehörige zu betreu-

en. Bei dem Thema müssen wir als Gesellschaft stärker werden.

**Ein weiteres großes Thema sind die Gewalt gegen Frauen und Femizide. In Deutschland stirbt fast jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres (Ex-)Partners. Dennoch ist der Femizid in der deutschen Rechtsprechung noch kein eigener Straftatbestand. Warum?**

Mechthild Heil: Für mich ist Mord Mord und Totschlag Totschlag. Es darf nicht sein, dass ein Partner seine Partnerin tötet und dafür so viel weniger bestraft wird als ein Fremder. Ich glaube zudem, das ist wichtig ist, dass man die Frauen schon vorher besser schützt; es geht also gar nicht mal nur um die Bestrafung der Täter. Sondern auch darum, den Schutz der Frauen vor den Ausbrüchen ihrer gewalttätigen Männer zu verbessern.

Leni Breymaier: Femizide sind die drastischste Form geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Es ist falsch, dass Taten, die durch die patriarchalen Besitzansprüche der Männer geschehen, immer noch mit Begriffen wie Familiendrama oder Ehrenmord verharmlost werden. Wir haben vergangenes Jahr das Strafrecht konkretisiert und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste der menschenverachtenden Tatmotive aufgenommen. Wo wir noch sehr viel stärker hinschauen müssen, ist das sogenannte Berufsrisiko von Frauen in der Prostitution.

Mechthild Heil: Oh ja, auf jeden Fall!

Leni Breymaier: Seit der Liberalisierung der deutschen Prostitutionsgesetzgebung gab es weit über 100 tote Prostituierte. Wir brauchen aber nicht bloß härtere Strafen, wir brauchen auch mehr Frauenhausplätze. Aktuelle Zahlen sagen, wir bräuchten viermal mehr, als wir im Moment haben.

**»Die Männer dürfen nicht die Norm für die politische Zusammenarbeit vorgeben.« Mechthild Heil (CDU)**

ment haben. Aber selbst dann: Das Ziel ist ja nicht, massenweise Frauenhäuser zu bauen, sondern die Gewalt an Frauen zu bekämpfen. Was machen wir präventiv gegen Gewalt, deren Spitze der Mord ist? Und Prostitution ist die bezahlte Gewalt, bezahlte Vergewaltigung. Die unfassbare Gewalt, die Frauen aus der Prostitution erleiden müssen, nehmen wir immer nur dann zur Kenntnis, wenn mal wieder eine ermordete Prostituierte aus der Weser gezogen wird. Das ist doch irre!

Mechthild Heil: Und auch deshalb ist der Internationale Frauentag so wichtig: Damit wir von den Themen gleiche Bezahlung über Care Arbeit bis hin zum verbesserten Schutz von Frauen vor Gewalt auf so vieles aufmerksam machen können.

Das Gespräch führte Elena Müller

## Für die Demokratie

**DEBATTE ZUM FRAUENTAG** Opposition vermisst Taten

Idealerweise finden Debatten, die sich auf einen Jahrestag beziehen, vor diesem Tag statt. So sollte es eigentlich auch mit der Aussprache zum Weltfrauentag sein, die bereits vor drei Wochen auf der Tagesordnung des Bundestages stand, aber dann anderen Abstimmungen weichen musste. Darüber hat sich Dorothee Bär (CSU) offensichtlich besonders geärgert. „Es gab ja Wichtigeres, wir mussten Cannabis legalisieren“, schimpfte sie, als sich am Freitagmorgen vor allem Frauenpolitikerinnen unter der Kuppel versammelt hatten, um über Frauenrechte zu reden.

**Zu viele Strategiepapier** Doch dabei blieb es nicht, denn sowohl Bär als auch andere Unionsabgeordnete stellten der Frauenpolitik der Ampel ein vernichtendes Zeugnis aus: „Machen Sie endlich mal ein Projekt richtig, wir brauchen die Umsetzung von Dingen und nicht immer nur Verweise auf Strategien“, forderte Bär. So müsse der Bund nicht nur international die feministische Außenpolitik mit Leben füllen, sondern auch in Deutschland zum Beispiel die Plätze in den Frauenhäusern massiv ausbauen. „Es fehlen 14.000 Plätze. Diese Zahlen können Sie doch nicht zu friedienstellen.“ Der Bund müsse sich endlich am Ausbau der Hilfsangebote beteiligen anstatt auf die Länder zu verweisen, sagte die CSU-Abgeordnete. Auf einen neuen Höchststand bei Partnerschaftsgewalt, von der fast ausschließlich Frauen betroffen sind, verwies auch Ekin Deligöz (Grüne), die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium: „Damit dürfen wir uns keinesfalls abfinden!“ Und weiter: „Der Bund hat die Länder unterstützt, um mehr als 349 neue Frauenhausplätze in den letzten Jahren zu schaffen, aber wir wollen noch mehr. Wir wollen ein Bundesgesetz, um Frauenhäuser

besser abzusichern.“ Außerdem forderte Deligöz eine Steuerreform, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu unterstützen. Eine Hausaufgabe sei auch, die Richtlinie zur Entgelttransparenz umzusetzen.

Josephine Ortleb (SPD) betonte, wie auch die Grünen Co-Chefin Richard Lang, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, also „kein nice-to-have, sondern ein must-have“, wie Ortleb sagte. Heftige Kritik übten beide an der AfD, die Frauen zurück am Herd sehen wolle. „Aber wir verteidigen das Erreichte gegen rechts bis zum Schluss“, so die Sozialdemokratin kämpferisch. Das Entgelttransparenzgesetz müsse jetzt kommen, ergänzte sie, denn es könne nicht sein, „dass wir jedes Jahr wieder über die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen reden“. Richarda Lang betonte: „Die autoritären Herrscher hassen Frauenrechte, und deshalb sind diese Rechte für uns der Gradmesser für die Demokratie, und als solche verteidigen wir sie auch.“ Das Argument der AfD, wonach sich immer mehr Frauen in Deutschland wegen der Migranten unsicher fühlten, drehte sie um: „Ja, viele Frauen fühlen sich unsicher, weil Sie die Uhr zurückdrehen wollen!“

Zuvor hatte Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD) die Situation von Frauen vor allem angesichts der Migrationspolitik beschrieben. So habe deshalb fast die Hälfte der Frauen in Deutschland Angst vor einer Vergewaltigung. Für Meinungsdelikte komme man in den Knast, für Gruppenvergewaltigungen nicht, empörte sie sich.

Nicole Bauer (FDP) setzte den Fokus ganz woanders, nämlich auf die Bedeutung von Frauen für die Innovationskraft der Wirtschaft. „Frauenpolitik ist Wirtschaftspolitik. Es kann nicht sein, dass Frauen an einer Selbstständigkeit gehindert werden, weil es für sie dann keinen Mutterschutz gibt“, betonte Bauer.

Claudia Heine

## Bürgergeld nicht für alle

**SOZIALES** AfD fordert Umbau der Mindestsicherung

Die AfD-Fraktion hat mit ihrem Antrag für einen Umbau des Bürgergeldes und der Sozialhilfe Widerspruch bei den anderen Fraktionen und Gruppen im Bundestag ausgelöst. Über den Antrag (20/10609) debattierte das Plenum am Donnerstag und überwies ihn anschließend zur Beratung an die Ausschüsse.

Konkret fordert die AfD-Fraktion eine stärkere Fokussierung des Bürgergeldes und damit der Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit auf die Arbeitsvermittlung. Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, sollen dagegen in das System der Sozialhilfe wechseln. Bürgergeld sollen nur noch jene beziehen, die kurzfristig, innerhalb von zwei Wochen, zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Lage sind. Die bisherige Sozialhilfe (SGB XII) soll bei gleichbleibenden Regelsätzen zu einer „Sozialhilfe-Neu“ umgebaut werden, mit dem Ziel, künftig auch Gruppen nur bedingt erwerbsfähiger SGB II-Leistungsberechtigter zu versorgen. Dazu gehören nach den Vorstellungen der AfD unter anderem Bürgergeldbeziehende, die gesundheitlich so stark eingeschränkt sind, dass sie seit mindestens sechs Monaten gar nicht oder weniger als drei Stunden täglich erwerbsfähig sind. Aber auch Menschen, die wegen Kinderbetreuung oder Pflege nicht mindestens drei Stunden täglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Außerdem verlangt die Fraktion umfangreiche Sanktionen und die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs.

Gerrit Huy (AfD) sagte, die BA könne nicht gleichzeitig Sozialamt spielen und sich auf die Vermittlung der Arbeitssuchenden konzentrieren. Ein großer Teil der Menschen, der von der BA als arbeitsfähig geführt werde, sei es gar nicht und belaste das System der BA, kritisierte Huy. „Das meiste, was Sie hier fordern, ist geltendes Recht. Sie betreiben mal wieder ordentlich Schattenboxen“, erwiderte Annika Klose für die SPD-Fraktion. Die AfD wolle Menschen verschieben. Ansatz der SPD sei es aber, dass auch Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen Anspruch auf Arbeitsvermittlung und Förderung haben.

**»Abwertendes Menschenbild«** Kai Whitaker (CDU) warf der AfD vor: „Sie teilen Menschen in nützlich und unnützlich ein.“ Die Unionsfraktion aber glaube an die Potenziale der Menschen. Im Übrigen sei es schon jetzt geltende Rechtslage, dass Menschen, die weniger als drei Stunden täglich arbeiten können, in den Sozialhilfebezug wechseln.

Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) erkannte „das abwertende Menschenbild in jeder Zeile des Antrags“. Wer nicht sofort arbeitsfähig sei, solle aussortiert werden. Es sei bei der AfD immer noch nicht angekommen, dass auch Menschen in schwierigen Situationen am Arbeitsleben teilhaben wollen.

Jens Teutrine (FDP) attestierte dem Sozialstaat „erheblichen Reformbedarf“, denn er müsse auch gerecht gegenüber jenen sein, die ihn finanzieren. Heidi Reichinnek (Die Linke) betonte: „Das Bundesverfassungsgericht hat klar geurteilt: Die Menschenwürde muss nicht erarbeitet werden. Und Menschen hungern zu lassen, verstößt gegen die Menschenwürde.“

che

## Flexible Job-Zeiten

**ARBEIT** Die Union will das Arbeitszeitgesetz ändern

Die Kritik war einhellig: Als der Bundestag am Donnerstagabend erstmals einen Antrag (20/10387) der Unionsfraktion für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit diskutierte, durfte sie nicht viel Lob erwarten und bekam es auch nicht. Selbst die FDP, die in der Vergangenheit ähnliche Anträge gestellt hatte, wollte da keine Ausnahme machen.

Die CDU/CSU-Fraktion schreibt in dem Antrag: „Eine individuelle Einteilung der Arbeitszeiten trägt erheblich zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei und hilft gerade Familien mit kleinen Kindern und zu pflegenden Angehörigen bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Das deutsche Arbeitszeitgesetz mit seiner Festlegung auf einen regelmäßigen Acht-Stunden-Tag stehe den Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität jedoch entgegen. Die Abgeordneten verlangen deshalb von der Bundesregierung einen Gesetzesentwurf, der eine wöchentliche statt der täglichen Höchstarbeitszeit einführt und diese im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie ausgestaltet.

Axel Knoerig (CDU) begründete die Initiative damit, dass die Menschen endlich mehr Selbstbestimmung bräuchten, was ihre Arbeitszeiten angeht. Doch diese Motivation wollte bei den anderen Fraktionen nicht so recht verfangen. So erwiderte Jan Dieren von der SPD: „Ich musste an die Sage vom Trojanischen Pferd denken. Jahrelang wollten Sie die Arbeitszeit verlängern und jetzt geht es Ihnen um mehr Freiheit?“ Norbert Kleinwächter (AfD) warf der Union vor: „Mit windigen zwei Seiten wollen Sie das deutsche Arbeitszeitgesetz in Ruinen schießen und das auch noch als familienfreundlich verkaufen!“

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) sagte: „Die Union will nicht mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, der Schein trägt. Oder fordern Beschäftigte wirklich, zehn oder zwölf Stunden am Tag arbeiten zu können?“ Pascal Kober (FDP) fügte hinzu, der Antrag sei viel zu unkonkret. „Das ist doch albern.“ Janine Wissler (Die Linke) betonte: „Die Union will ran ans Arbeitszeitgesetz. Dem fehlt es aber nicht an Flexibilität, sondern an Stabilität.“

che

# Volkes Wille

**BÜRGERRAT** Der Bundestag hat die Vorschläge des Bürgerrates Ernährung erstmals diskutiert. Die Debatte verdeutlichte die Herausforderungen bei der Umsetzung der Empfehlungen



Empfehlung Nr. 1 des Bürgerrates ist ein kostenfreies, gesundes Mittagessen für Kinder in Kitas und in Schulen.

© picture-alliance/dpa/ZB/Martin Schütt

**K**ostenloses gesundes Mittagessen für Kinder in Schulen und Kitas, mehr Nachhaltigkeit beim Verbrauch von Lebensmitteln und eine Tierwohlabgabe: Der Bundestag hat am Donnerstag über die Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ erstmals beraten. Die Debatte offenbarte vor allem die Uneinigkeit bei der Bewertung der Arbeit von Bürgerräten sowie bei den Zuständigkeiten für die Umsetzung der Empfehlungen.

Zusammen mit Wissenschaftlern, Ernährungsexperten und Fachpolitikern haben 160 ausgeloste Teilnehmer über eine Verbesserung der Ernährungspolitik beraten. Vergangenen Monat hatte das Gremium Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ein Gutachten (20/10300) mit neun Empfehlungen überreicht. An erster Stelle empfiehlt der Bürgerrat die Einführung „eines kostenfreien und gesunden Mittagessens für alle Kinder in Schulen und Kitas“. Der Bund sollte dies gemeinsam mit den Ländern finanzieren. Außerdem schlägt das Gremium ein verpflichtendes staatliches Label vor, das ein bewusstes Einkaufen gesunder Lebensmittel erleichtern soll. Darüber hinaus sollen Supermärkte ab einer Größe von 400 Quadratmetern Verkaufsfläche verpflichtet werden, noch genießbare Lebensmittel zum Beispiel an Tafeln oder andere gemeinnützige Organisationen weiterzugeben. An vierter Stelle steht die Verbesserung der Lebensbedingungen von Tieren und die Finanzierung des Stallumbaus.

Vorgeschlagen wird auch eine gesunde, ausgewogene und angepasste Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern, Reha-, Senioren- und sonstigen Pflegeeinrichtungen, eine Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls und eine Altersgrenze für Energydrinks. Zudem hat sich der Bürgerrat in seiner Empfehlung darauf geeinigt, dass es mehr Personal für Lebensmittelkontrollen braucht. Dafür soll die Berufsordnung für Lebensmittelkontrolleure novelliert werden.

**Beteiligung der Bürger** Für Leon Eckert (Grüne) stellt die Einsetzung von Bürgerräten nicht nur eine „Weiterentwicklung der Demokratie“ dar, sondern ermöglicht eine direkte Beteiligung von Bürgern bei gesellschaftspolitisch relevanten Fragen. „Eine

selbstbewusste repräsentative Demokratie muss sich vor den Meinungen der Bürger nicht verstecken“, sagte Eckert. Renate Künast, ernährungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, erinnerte an das Grundgesetz. „Dort heißt es in Artikel 20 Absatz 2: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch die Legislative, die Exekutive und die Judikative ausgeübt“, sagte Künast. Die Berufung und die Einsetzung von Bürgerräten würden sich „nicht für juristische Spiele und Ideologiedebatten eignen“. Die Empfehlungen seien deutlich und würden auch soziale Aspekte beim Thema Ernährung in den Vordergrund stellen. „Die Bürgerinnen und Bürger haben uns gezeigt, wo sie der Schuh drückt“, sagte Künast.

Dafür erntete Bündnis 90/Die Grünen heftige Kritik von Philipp Amthor (CDU). Der Unionspolitiker machte grundsätzliche Kritik am Vorgehen der Ampel-Koalition zur Einsetzung des Bürgerrates deutlich. Er warnte vor einer Auslagerung von Verantwortung an Kommissionen und „herbeiquotierte Räte“ zulasten des Parlaments. Das sei eine gefährliche Tendenz, da das parlamentarische Regierungssystem aktuell „unter starkem Druck“ stehe. Anstatt Verantwortung und die Lösung von wichtigen Fragen an Bürgerräte zu delegieren, sei es die Aufgabe der Ausschüsse und des Plenums, Entscheidungen zu treffen.

**Keine einfachen Lösungen** Gero Hocker (FDP) schloss sich dem an. Die Einrichtung Bürgerrate suggeriere, dass es im politischen Bereich einfache und schnelle Lösungen für komplizierte Sachverhalte geben könnte. Hocker rief dazu auf, die Vorzüge einer repräsentativen Demokratie herauszustellen. Die Arbeit der Parlamente sei oftmals zeitintensiv, aber sie sei grundlegend und durch die Hinzuziehung von Fachleuten gekennzeichnet. „Lassen Sie uns das als selbstbewusste Demokratie herausstellen.“

Die Ernährungsministerin der Union zeigten sich hingegen offen für die Empfehlungen des Bürgerrates. Hermann Färber (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, machte deutlich, er wolle die Ergebnisse nicht nur diskutieren, sondern auch nach Möglichkeiten suchen, eine Umsetzung zu finden. „Wir dür-

fen dem Bürgerrat jetzt nicht sagen, warum nicht geht“, erklärte Färber. Demokratie müsse „gelebt und ausgestaltet“ werden, machte Artur Auernhammer (CSU) deutlich. Das Engagement der Bürger im Bürgerrat habe gezeigt, dass die Menschen Eigenverantwortung wollten. Das Gutachten solle „genau gelesen werden“, dort sei nachzulesen, dass sich die Menschen gesünder, regionaler und saisonaler ernähren wollen. Das sei nun ein Auftrag an die Politik.

Auch von der SPD-Fraktion erhielten die Einsetzung des Bürgerrates und die erarbeiteten Empfehlungen viel Zuspruch. Peggy Schierenbeck forderte eine zügige Umsetzung der Vorschläge. Vor allem das kostenfreie Mittagessen in Kitas und Schulen sollten Bund und Länder angehen. Es sei richtig, dass die Zuständigkeit dafür bei den Ländern liege, jedoch sollte es gelingen, bei dieser Frage eine gemeinsame Lösung zu finden. Marianne Schieder (SPD) forderte das Plenum auf, „die Arbeit der Bürger im Bürgerrat ernst zu nehmen und umzusetzen“. Die Empfehlungen seien „Abschluss und Auftrag zugleich“, das Instrument der Bürgerbeteiligung habe sich als erfolgreich erwiesen, das zeige das „gute und gelungene Bürgergutachten“, das der Politik nun vorliegt.

Für Peter Felser (AfD) ist der Bürgerrat nicht das richtige Instrument zu mehr Bürgerbeteiligung, er plädierte für mehr direkte Beteiligungsformate. Zudem könnte der Eindruck entstehen, mit der Einsetzung des Bürgerrates würden die Empfehlungen

auch alle umgesetzt. Dabei seien etliche im Bürgerrat diskutierten Fragen „längst Gegenstand jahrelanger Debatten“. Ein kostenfreies Mittagessen an Schulen sei zwar „eine gute Sache“, aber der Bundestag sei nicht verantwortlich. Zudem stelle sich die Frage: „Wer bezahlt das, und ist das gerecht?“ Die Verbrauchsabgabe für mehr Tierwohl wiederum würde Fleisch weiter verteuern. „Wollen wir wirklich, dass Fleisch zum Luxusgut wird?“, so Felser.

**Anträge abgelehnt** Amira Mohamed Ali (Gruppe BSW) hält die Vorschläge des Bürgerrates für „sehr vernünftig“, vor allem das kostenfreie Mittagessen in Schulen. Sie habe jedoch Zweifel, ob es zur Umsetzung der Empfehlungen komme. „Es ist Fakt, dass Menschen mit wenig Geld sich eine gesunde und ausgewogene Ernährung nicht leisten können“, sagte sie. Zehn Millionen Menschen in Deutschland könnten sich derzeit „bestenfalls jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten“. Nach Ansicht Mohamed Alis verteuere die Politik der Ampelregierung die Lebensmittel weiter, „das ist in diesen Zeiten ein Skandal“, sagte sie.

Ina Latendorf (Gruppe Die Linke) erinnerte daran, dass etliche Fragen, die im Bürgerrat diskutiert wurden, „seit Jahren Gegenstand linker Politik sind“. Bereits 2012 habe es den ersten Antrag für die Einführung eines kostenfreien Mittagessens an Schulen gegeben, „dieser und alle weiteren Anträge dazu wurden abgelehnt“, sagte Latendorf. *Nina Jeglinski*

## STICHWORT

### Bürgerrat »Ernährung im Wandel«

> **Koalitionsvertrag** In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, neue Formen des Bürgerdialogs zu nutzen, zum Beispiel Bürgerräte.

> **Beschluss** Der Bundestag hatte die Einsetzung des Bürgerrates im Mai 2024 beschlossen. Die 160 Teilnehmer wurden ausgelost, um die gesamte Gesellschaft abzubilden.

> **Empfehlungen** Der Bürgerrat hat von September bis Januar gearbeitet. Die Empfehlungen sind in einem Bürgergutachten zusammengefasst.



© Deutscher Bundestag/Robert Bollen

## »Wir hätten uns einen stärkeren Fokus auf die Ökologie gewünscht«

**INTERVIEW** Ein Wissenschaftlicher Beirat hat die Empfehlungen des Bürgerrates begleitet. Melanie Speck verrät, in welchen Punkten sie das größte Potenzial zur Umsetzung sieht

*Der Wissenschaftliche Beirat mit seinen elf Mitgliedern hat die Ergebnisse des Bürgerrates geprüft und aus wissenschaftlicher Perspektive eingeordnet. Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?*

Die neun Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger sind sehr ernsthaft formuliert und auch im Detail gut ausgearbeitet. Das hat uns begeistert. An vielen Stellen spiegeln die Empfehlungen das wider, was auch wir als Wissenschaftlicher Beirat auf Basis der aktuellen Forschungsstände empfehlen würden. Gleichzeitig sind die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger etwas pragmatischer: Wir als Wissenschaftler hätten einige Maßnahmen, für die der Bürgerrat am Ende gestimmt hat, sicher zeredet.

*Haben Sie dafür ein Beispiel?*

Die Empfehlung zum beitragsfreien Mittagessen! Auch wenn wohl niemand sagen wird, dass Kinder und Jugendliche nichts zu essen haben sollen, geht die Maßnahme doch mit gewissen Strukturformen einher. Die Umsetzung liegt vorrangig bei den Bundesländern. Wir als Wissenschaftlicher Beirat hätten die Empfehlung daher viel-

leicht direkt anders formuliert – unter stärkerer Berücksichtigung der Gegebenheiten. Es war der explizite Wunsch der Bürgerinnen und Bürger an die Regierung, Verantwortung zu übernehmen und zu regulieren, ohne zu überregulieren.

*Haben Sie die Empfehlungen des Bürgerrates überrascht?*

Die Empfehlungen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger progressiver sind, als gedacht. Viele sind bereit, Veränderungen zu akzeptieren. So fordert der Bürgerrat beispielsweise, dass die Mehrwertsteuer für unverarbeitetes Obst und Gemüse bei null Prozent liegen soll, während Fleisch der Tierhaltungsformen eins und zwei mit 19 Prozent besteuert werden soll. Das zeigt, dass viele Menschen zu Veränderungen bereit sind, solange sie das Gefühl haben, dass die Politik eine Strategie hat, die über die Legislaturperiode hinausgeht.

*Gibt es Punkte, bei denen Sie Verbesserungspotenzial sehen?*

Wir haben zwei Punkte adressiert, wo wir aus wissenschaftlicher Sicht sagen würden,

da muss mehr getan werden. Das ist zum einen die Ernährungsarmut. Denn viele Menschen können sich gesundheitsförderliches Essen nicht immer leisten. Der Bürgerrat fordert zwar das beitragsfreie Mittagessen an Schulen und Kitas und dass in Senioreneinrichtungen besser und gesünder gekocht wird – aber das reicht noch nicht. Mehrere Millionen Privathaushalte werden mit dieser Maßnahme nicht adressiert.

*Und der zweite Punkt?*

Wir hätten uns einen stärkeren Fokus auf die Ökologie gewünscht. Denn wir wissen, dass das Handlungsfeld Ernährung neben der Mobilität und der Energie- und Wärmeversorgung einen enormen Beitrag zu den Emissionen in Deutschland leistet. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten müsste hier noch mehr unternommen werden. So sollte beispielsweise auch eine Klimasteuer auf Lebensmittel intensiver diskutiert werden.

*In welcher Empfehlung sehen Sie das größte Potenzial?*

Ich glaube, dass viele Maßnahmen eine große Wirkung haben können, jede einzelne birgt Potenzial. Systemisch gesehen ist es die Außer-Haus-Verpflegung, denn fast jede und jeder Deutsche ist mehrfach in der Woche mit Gemeinschaftsverpflegung konfrontiert. Seien es die Kinder in Kita



Die Sozioökonomin Melanie Speck gehörte dem Wissenschaftlichen Beirat an, der die Arbeit des Bürgerrates Ernährung begleitete. © Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

und Schule, Erwachsene in der Betriebskantine oder Studierende in der Mensa. Daher sind die Empfehlungen, die die Verbesserung der Qualität fordern, besonders bedeutsam.

Umsetzbar sind meiner Meinung nach alle Empfehlungen, auch wenn einige eine größere Kraftanstrengung benötigen als andere. Beispielsweise kann ein Mindestalter zum Kauf von Energydrinks recht einfach

eingeführt werden, während die Einführung eines umgänglichen staatlichen Labels auf Lebensmitteln eher eine größere Herausforderung ist.

*Welche Herausforderungen stehen aus Ihrer Sicht der Umsetzung der Maßnahmen im Weg?*

Das Ernährungssystem birgt, wie der Name schon sagt, viele systemische Probleme mit

sich. Der Einzelhandel hat eine sehr starke Machtposition in der Wertschöpfungskette, Lobbyinteressen spielen eine große Rolle. Wenn wir eine flächige Transformation in der Ernährung wollen, müssen bestimmte Dinge mit Subventionen unterstützt und gefördert werden, um den Markt in Richtung Veränderung anzustoßen.

*Ernährung findet größtenteils im Privaten statt. Wie sollten Politik und Staat mit den Empfehlungen umgehen?*

Wir appellieren in unserer Stellungnahme an die Verantwortung für die Daseinsvorsorge und die gesundheitspräventive Idee, die der Staat in einer Demokratie verfolgen sollte. Wir sehen, dass die Gesundheitskosten in Deutschland momentan fast nicht mehr zu handeln sind. Die Ernährung kann einen großen Teil zur Gesundheitsvorsorge beitragen. So zeigen beispielsweise Studien aus den USA, dass ein Dollar, der in die Schulverpflegung investiert wird, fünf Dollar in der Gesundheitsversorgung einspart.

*Das Gespräch führte Carolin Hasse.*

*Melanie Speck ist Professorin für Sozioökonomie in Haushalt und Betrieb an der Hochschule Osnabrück und Senior Researcher am Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie.*

Wer nicht unmittelbar betroffen ist, hat wahrscheinlich längst den Überblick verloren: Wann streikt wer

wo, welche Verkehrsmittel sind wie lange betroffen? All jene, die in den vergangenen Wochen auf die Bahn, den Bus, die S-Bahn oder das Flugzeug angewiesen waren, dürften leider jedoch sehr genau wissen, wo was noch ging – oder eben nicht.

Wie die Nachrichtenseite ntv.de ausgerechnet hat, waren von den bisherigen 74 Tagen des Jahres 2024 insgesamt 30 Tage Streiktage von ÖPNV, Bahn und/oder Flugverkehr (Stand 14. März 2024). Doch nicht nur Berufspendlerinnen und -pendler, Schulkinder und Reisende bleiben aufgrund der Arbeitsniederlegungen von Lokführern, Busfahrerinnen und Kabinen- und Sicherheitspersonal stecken: Auch der Güterverkehr ist von den Streiks betroffen; Wirtschaftsfachleute warnen vor den hohen Kosten für die deutsche Wirtschaft.

Nach Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kann sich der Schaden für die deutsche Wirtschaft bei einem eintägigen bundesweiten Bahnstreik auf bis zu 100 Millionen Euro am Tag an Wirtschaftsleistung belaufen, sofern die Produktion und die Geschäftstätigkeit der Unternehmen branchenübergreifend gestört werden.

«Können uns das nicht leisten» Das geht jetzt auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) zu weit, er kritisierte die immer häufigeren Streiks: „Jedenfalls wird ein bisschen im Moment zu viel für immer weniger Arbeit gestreikt beziehungsweise geworben“, sagte Habeck am vergangenen Mittwoch in Berlin. „Und das können wir uns in der Tat im Moment nicht leisten.“

Damit meint Habeck unter anderem die Forderungen der Lokführer-Gewerkschaft GdL nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden – bei gleichbleibendem Lohn.

Aufgrund der sich immer weiter zuspitzenden Lage in den vergangenen Wochen wurden die Rufe nach einer Beschränkung des Streikrechts immer lauter. So auch in der vergangenen Woche im Bundestag, als Kanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Regierungsbefragung vom Abgeordneten Reinhard Houben (FDP) auf die Konsequenzen aus den Streiks angesprochen wurde: Ob verbindliche Regeln zu Streiks, wie es sie in anderen Ländern der Europäischen Union gebe, nicht auch in Deutschland angebracht wären, gerade in Bereichen der kritischen Infrastruktur, will der Liberale vom Kanzler wissen.

„Aus meiner Sicht nein – um es sehr klar zu sagen“, antwortete Scholz. Es gebe ein Gebot im Grundgesetz, so der Kanzler weiter. Dazu zähle die Koalitionsfreiheit und damit auch das Streikrecht. „Das ist als demokratisches Recht von Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erkämpft worden.“

**Entscheidung zur Privatisierung** Man habe in der Vergangenheit Entscheidungen getroffen, die bestimmte Bereiche der öffentlichen Infrastruktur, die im Hoheitsbereich des Staates waren und von Beamten verwaltet wurden, privatisiert oder in privatrechtliche Strukturen in öffentlichem Eigentum überführt haben, sagte Scholz weiter: „Damit haben wir aber auch die Entscheidung getroffen, dass Streik gewissermaßen auch dort möglich ist.“ Der Abge-



Immer wieder Stillstand: An vielen deutschen Bahnhöfen ging in den vergangenen Wochen nichts mehr. © picture alliance/Anadolu/Sagirkaya

# Streik als Grundrecht

**VERKEHR** Kanzler Olaf Scholz verteidigt im Bundestag das Recht der Beschäftigten auf Arbeitskampf und erteilt der Forderung nach schärferen Regeln eine Absage

ordnete Houben hakte nach, ob es nicht zumindest wichtig sei, eine Notversorgung der Menschen in Deutschland, etwa in Krankenhäusern, gesetzlich sicherzustellen. Man könnte auf das Prinzip der Sozialpartnerschaft setzen, entgegnete Scholz darauf: „Und dazu gehören solche Regelungen, wie Sie sie angesprochen haben: dass eine Gewerkschaft natürlich niemals ein Krankenhaus bestreikt und die Kranken gefährdet.“ Es gehe bei Tarifauseinandersetzungen immer dazu, dass Land und Menschen nicht gefährdet werden. „Ich glaube, wir können uns auf die Gewerkschaften in Deutschland in dieser Hinsicht verlassen“, schloss der Kanzler. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sieht das indes anders. Deren Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter for-

derte in dieser Woche deshalb ein „klares Arbeitskampfrecht, ganz besonders für die Bahn und vergleichbare Bereiche“.

**Wissing will »Osterfrieden«** Bislang ist unklar, wie es in den teils festgefahrenen Tarifverhandlungen weitergeht. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) rief die Gewerkschaften deshalb zu einem „Osterfrieden“ auf. Über Ostern seien zahlreiche soziale Begegnungen geplant, die nicht stattfinden könnten, wenn die Bahn nicht fahre und Flugzeuge am Boden blieben, so Wissing. Zudem bekräftigte der Minister seine Überzeugung, dass die Prüfung einer Anpassung des Streikrechts notwendig sei. Das solle aber erst geschehen, wenn die aktuellen Tarifkonflikte beigelegt seien. *Elena Müller* ||

## Eine Perspektive für die Kommunen

**GEMEINDEFINANZEN** Koalition hat neue Maßnahmen im Blick. Lage dramatisch

Die Lage der Städte und Gemeinden in Deutschland ist dramatisch. Der Investitionsrückstand summiert sich inzwischen auf 166 Milliarden Euro. „Die Infrastruktur bröckelt“, warnt der Städte und Gemeindebund. Die anstehenden Investitionen von einer Billion Euro in den kommenden Jahren könnten Städte und Gemeinden „nicht einmal im Ansatz bewältigen“. Aber es gibt Hoffnung auf Besserung. Der Bundestag beschloss am Donnerstag mit den Stimmen aller Fraktionen das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes (20/9872, 20/10630). Die Gruppe Die Linke stimmte dagegen.

**Werte angepasst** Zwar sind die beschlossenen Änderungen eher technischer Natur, indem die Höchstgrenzen bei der Verteilung von Mitteln aus der Einkommensteuer auf die Kommunen von 35.000 Euro für einzeln veranlagte Steuerpflichtige und 70.000 Euro für zusammenveranlagte Steuerpflichtige auf 40.000 und 80.000 Euro angehoben werden. Damit werden die seit zwölf Jahren unveränderten Werte der Lohnentwicklung angepasst. Insgesamt mehr Geld für Städte und Gemeinden gibt es dadurch nicht; es verändert sich nur der Verteilungsschlüssel für die Steuermittel. Doch stimmte der Bundestag außerdem einer Erklärung der Ampelfraktionen im Finanzausschuss zu, in der sie die Notwendigkeit unterstreichen, „die angespannte finanzielle Situation vieler deutscher Kommunen in den Blick zu nehmen und sich mit der strukturellen Verbesserung der

Kommunalfinanzierung auseinanderzusetzen“. Angesichts der zunehmenden Belastungen durch Altschulden, Soziallasten und den Herausforderungen der Digitalisierung soll das Bundesfinanzministerium eine Fachkonferenz organisieren, um „Maßnahmen für eine faire, transparente und nachhaltige Finanzierung für die kommunale Ebene zu diskutieren“. Das ist auch dringend notwendig, denn die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich zusehends: Erzielten sie 2022 noch einen Überschuss von 2,2 Milliarden Euro, so entstand im vergangenen Jahr ein Fehlbetrag von 6,4 Milliarden, der in diesem Jahr auf 9,6 Milliarden steigen soll.

Die Bedeutung einer ausreichenden Finanzausstattung für die Arbeit der Kommunen spielte auch in der Debatte des Gesetzentwurfs im Bundestag eine große Rolle. „Sie managen die Müllabfuhr, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser. Sie sind zuständig für den Bau von Kindergärten und Schulen, aber auch für die Bereitstellung von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz und vielem mehr“, sagte Markus Herbrand (FDP). Die Erklärung der Koalitionsfraktionen mache deutlich, dass der Prozess nicht mit der Anpassung von Steuerbeiträgen ende. Auf kommunaler Ebene müsse es weiter Impulse für mehr Wachstum und Transformation geben.

Bernhard Daldrup (SPD) sagte, mit der Anpassung der Steuerbeiträge in dem Gesetz entstehe ein Stück mehr Steuergerechtigkeit zwischen großen und kleinen Gemeinden. Die Grundfinanzierung der Kommu-

nen gehöre aber auf den Prüfstand. Es müsse auch über die Verteilung anderer Steuern geredet werden. Dass dies bald geschehen solle, ist für Stefan Schmidt (Grüne) das Signal, „dass wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen“. Die Kommunen müssten immer mehr Aufgaben erfüllen: zum Beispiel bei der Integration schutzsuchender Menschen, der Anpassung an den Klimawandel und der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Er sei sicher, dass die Weichen in Richtung einer fairen und nachhaltigen Kommunalfinanzierung gestellt werden könnten.

**Wichtige Aufgaben** Angesichts der wichtigen Aufgaben gebe es ein „elementares Interesse, dass unsere Kommunen bestmöglich ausgestattet sind“, sagte Sebastian Brehm (CSU). Allerdings würden sich die finanziellen Perspektiven der Kommunen dramatisch eintrüben. Das liege auch an der Politik der Bundesregierung – angefangen von den Belastungen durch Vorgaben zum Ausbau von Energieverteilernetzen bis zur Herausforderung durch Zuwanderung. Die Kommunen seien mindestens seit 2015 strukturell überfordert, stellte Albrecht Glaser (AfD) fest, weil sie einen Teil der Kosten der „millionenfachen Masseneinwanderung“ zu tragen hätten. Die Probleme der Kommunen könnten nicht durch Entschuldung gelöst werden, sondern nur auf der Ausgabenseite. Christian Görke (Linke) lehnte das Gesetz ab, weil die Unterschiede zwischen starken und schwachen Kommunen vergrößert würden. *Hans-Jürgen Leersch* ||

### > STICHWORT

**Vom Staatskonzern zur Privatfirma**

**> Fusion aus Ost und West** Aus der Bundesbahn im Westen und der Reichsbahn im Osten Deutschlands wurde zum Stichtag 1. Januar 1994 die privatrechtlich organisierte Deutsche Bahn AG. Die Zuständigkeit im Nahverkehr ging bei der Bahn vom Bund auf die Länder über.

**> Mehr Wettbewerb** Mit der Bahnreform entstand ein Wirtschaftsunternehmen, das mit privaten Eisenbahnunternehmen auf dem Markt in den Wettbewerb treten sollte. Der Bund blieb jedoch alleiniger Eigentümer.

## Die Fahrerlaubnis wird zum Luxusgut

**VERKEHR** Union beklagt hohe Kosten für den Führerschein

Schlechte Nachrichten für angehende Autofahrer: Die Kosten für den Erwerb eines Führerscheins sind deutlich gestiegen, auf Fahrprüfungen muss teils monatelang gewartet werden. Die Union hat das Problem aufgegriffen und warnt in einem Antrag (20/10610) davor, dass der Führerschein für viele junge Menschen immer mehr zum Luxus werde und die Mobilität akut gefährdet sei, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmten.

Florian Müller (CDU) sagte während der Debatte am Donnerstag, die Kosten wüchsen den jungen Menschen über den Kopf. Zwei Millionen junge Menschen in Deutschland würden sich für einen Führerschein entscheiden. Für sie sei das Auto das Verkehrsmittel Nummer eins. „Für sie ist der Führerschein der Schlüssel zur Freiheit und zur Unabhängigkeit.“ Die von Müller aufgezählten Forderungen nach stärkerer Nutzung von Fahrsimulatoren, einer Modifizierung der Fahrerheurausbildung und der Auflösung des Quasi-Monopols bei den Fahrprüfungen stießen bei Verkehrsstaatssekretär Oliver Lüksic (FDP) sogar größtenteils auf Zustimmung. Hinsichtlich der Aufhebung des Monopols bei den Fahrerlaubnisprüfungen kündigte Lüksic für dieses Jahr immerhin einen Regelungsentwurf an.

Die Koalitionspartner der FDP konnten indes dem Unionsantrag nicht allzu viel ab-

gewinnen. Für Mathias Stein (SPD) haben die gestiegenen Kosten und die langen Wartezeiten auch mit der hohen Durchfallquote von 49 Prozent bei der theoretischen Prüfung zur Klasse B zu tun. „Da müssen sich die jungen Menschen anstrengen, die nicht so viel bezahlen wollen“, sagte er. Sie müssten einfach mehr lernen. Das seien unbequeme Wahrheiten, die man aber aussprechen müsse, befand Stein.

**Geringer Anspruch** Swantje Michaelsen (Grüne) nannte es problematisch, wenn die Union suggeriere, der Führerschein sei die Garantie dafür, dass alle Menschen mobil sein können. „Das Auto war nie inklusiv und ist es auch heute nicht“, sagte sie. Selbst wenn es Menschen mit wenig Geld gelinge, einen Führerschein zu erwerben, so zeigten doch Statistiken eindeutig, „dass mit dem Einkommen auch der Autobesitz sinkt“. Es sei traurig und ein sehr geringer Anspruch an ein inklusives Mobilitätssystem, wenn der Führerscheinwerb in Zukunft die einzige Hoffnung sein solle, sagte die Grünenabgeordnete.

Der Führerschein dürfe nicht zum Luxusgut werden, weil Mobilität zur Daseinsvorsorge gehöre, sagte Mike Moncsek (AfD). Er forderte staatliche Unterstützung für den Führerscheinwerb, statt Radwege in Peru zu bauen. *Götz Hausding* ||

## USB-C-Ladekabel werden Ende 2024 Standard

**EU-REGELUNG** Hersteller zu Einheitlichkeit verpflichtet

Schluss mit dem Kabelsalat: Mit der Änderung des Funkanlagengesetzes (20/9873), die der Bundestag am Donnerstag abschließend beraten und angenommen hat, wird deutsches Recht an eine neue EU-Vorgabe angepasst: Die Industrie soll Verbrauchern und Verbrauchern künftig einheitliche Ladekabel für Mobiltelefone, Tablets, Notebooks, Digitalkameras, eBook Reader und Kopfhörer anbieten und die Schnittstellen harmonisieren.

Mit der Vereinheitlichung sollen die Verbraucherfreundlichkeit erhöht, Ressourcen gespart und Elektronikabfälle verringert werden. Die neuen Vorschriften gelten für die meisten Geräte ab dem 28. Dezember 2024, für alle Geräte ab dem 28. April 2028. Für das Gesetz stimmten alle Fraktionen, einzig die Abgeordneten der Gruppe Die Linke enthielten sich bei der Abstimmung.

**Ein Hersteller wehrte sich** In der Debatte vor der Abstimmung sprach die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner an, dass sich insbesondere ein Hersteller gegen die Vereinheitlichung der Ladeschnittstellen gewehrt habe. „Das Argument, eine Standardisierung würde Innovation behindern, ist überhaupt nicht nachvollziehbar“, so Rößner. USB-C sei anderen Lösungen technisch überlegen, nicht nur beim Laden,

sondern auch bei der Datenübertragung. Und auch das kabellose Laden sei zukünftig möglich.

Für die CDU/CSU-Fraktion sagte Jan Metzler (CDU), dass es wünschenswert sei, wenn sich das Parlament fortlaufend mit der weiteren Standardsetzung auseinandersetze. Es sei wichtig, auch im Auge zu behalten, ob sich das induktionsgetriebene Laden in Zukunft als neuer Standard herausstellt, den es dann einzuhalten gelte.

Dass die Umsetzung der EU-Verordnung auch Geld sparen werde, darauf verwies Lena Werner (SPD): „Zukünftig werden die Hersteller verpflichtet, jedes neue mobile Endgerät auch ohne zusätzliche Ladekabel anzubieten.“ Insgesamt sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher so um 250 Millionen Euro jährlich entlastet werden. Für die AfD-Fraktion kritisierte Uwe Schulz, dass die Ampelfraktionen das neue Gesetz für einen „problematischen Missbrauch des Gesetzgebungsverfahrens“, genutzt hätten, um per Omnibusverfahren eine Änderung am Sozialgesetzbuch vorzunehmen.

Nicole Bauer (FDP) forderte, dass die EU ein Monitoring der technischen Entwicklungen einführt, damit notwendige Anpassungen künftig schneller auf den Weg gebracht werden können, „damit Innovationen nicht gebremst werden.“ *emu* ||

## Droht die Energiewende zu scheitern?

**AKTUELLE STUNDE** Bundestag debattiert über einen Bericht des Bundesrechnungshofs

Am Donnerstag vergangener Woche stellte der Bundesrechnungshof in einem Bericht fest, die Energie-Versorgungssicherheit sei gefährdet, der Strom teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt könne die Bundesregierung nicht umfassend bewerten. „Dies birgt erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung“, so das Fazit des Berichts. Die Unionsfraktion zeigte sich alarmiert. Auf ihr Verlangen wurde am Donnerstag eine Aktuelle Stunde aufgerufen mit dem Titel „Verschärfte Risiken der Energiepolitik der Bundesregierung nun durch den Bundesrechnungshof amtlich – Jetzt mit Maßnahmen für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung gegensteuern“.

**Zwei Kritikpunkte** Im Kern gehe es um zwei Punkte, sagte Jens Spahn (CDU) zum Auftakt der einstündigen Debatte. „Im Bericht heißt es, Ihre Annahmen zur Versorgungssicherheit sind, wortwörtlich, wirklichkeitsfremd, weil sie nur Wunsch-dirwas-Szenarien zugrundelegen.“ Was die Union der Regierung vorwerfe sei nicht, dass die Zahlen seien wie sie seien, sondern dass man die Perspektiven des Industrielandes Deutschland auf diesen Schönwetterannahmen aufbaue. Der zweite Kritikpunkt seien die Strompreise – sie seien die höchsten in Europa. Spahn forderte die Regierung deshalb auf: „Senken Sie die Stromsteuer und die Netzentgelte.“ Nina Scheer (SPD) widersprach nicht nur Spahn, sondern auch dem Bundesrech-

nungshof. Dessen energiewirtschaftliche Feststellungen würden von der Wissenschaft nicht bestätigt, sondern „landauf landab kritisiert“. Fakt sei, dass der Netzausbau derzeit „so schnell wie noch nie“ erfolge und die Gesetze der Ampel die Befähigung zur Beschleunigung der Energiewende geschaffen habe, die in den folgenden Jahren beschleunigt umgesetzt werden könne. Das lasse der Rechnungshof außer Acht, der auch deshalb zurecht in der Kritik stehe, weil er für diesen – energiewirtschaftlichen – Teil gar kein Mandat habe. Michael Kruse vom Koalitionspartner FDP machte daraufhin keinen Hehl daraus, dass ihm die eine oder andere Reaktion auf

den Bericht wundere. „Ich glaube, wir tun alle gut daran, einen solchen Bericht ernst zu nehmen, und ihn auch mit dem der gegenüber der Institution nötigen Respekt entgegenzunehmen“, sagte Kruse. Der Rechnungshof habe Recht: „Wir müssen eine ganze Menge machen, wir machen auch schon eine ganze Menge – und jetzt wird es weitergehen.“

**»Sabotagepolitik«** Steffen Kotré (AfD) gab an, er und seine Partei fühlten sich „völlumfänglich bestätigt“ durch den Bericht. Aufgabe der Politik sei es, für sichere, bezahlbare und die Umwelt schonende Energie zu sorgen. Auf allen drei Feldern versage die Regierungskoalition, was zeige, „dass diese Politik eine Sabotagepolitik“ an der Energieversorgung sei.

Lisa Badum (Grüne) trat der Kritik an der Regierungspolitik entgegen: Dass der Netzausbau zu langsam erfolge, liege vielleicht daran, dass die bayrische Staatsregierung unter der Führung von Markus Söder (CSU) in verzögere. Der Strompreis belaste die Verbraucher? Deshalb habe die Ampel die EEG-Umlage abgeschafft und die Abgaben auf Strom für die Industrie auf das rechtlich mögliche Minimum gesenkt. Ralph Lenkert (Gruppe Die Linke) sagte, die Kritik des Rechnungshofs entspreche seiner Kritik – vor allem mit Blick auf die Sorgen und Ängste der Menschen, was Bezahlbarkeit und Energiesicherheit angehe. Klaus Ernst (Gruppe BSW) forderte die Regierung auf, die „Ohrfeige“ des Rechnungshofs zur Umkehr zu nutzen, statt nach Ausreden zu suchen. *mis* ||



Kein Wind, keine Sonne - und dann?





Der Fernsehjournalist Lothar Loewe berichtete für die ARD aus Ost-Berlin, bis er im Dezember 1976 ausgewiesen wurde.

© picture-alliance/United Archives/Roba Archiv

# Aus der DDR in die DDR

**HISTORIE** Vor 50 Jahren wurden die ersten West-Korrespondenten in Ost-Berlin akkreditiert. Einer von ihnen blickt zurück

**D**er 10. Januar 1974, ein Donnerstag, war für mich ein besonderes Datum. An diesem Tag vor 50 Jahren reiste ich von München, meinem damaligen Wohnort, nach Ost-Berlin. Im DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde ich erwartet. Ein Mitarbeiter der Presseabteilung überreichte mir meinen mit einem Lichtbild versehenen Ausweis als akkreditierter Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ). In dem Dokument war auch meine neue Wohnadresse im Ost-Berliner Bezirk Lichtenberg verzeichnet: Weißenseer Weg 2. Das Visum zur „mehrmaligen“ Ein- und Ausreise sowie die Aufenthaltsgenehmigung „für das gesamte Gebiet der DDR“ wurden in meinen bundesdeutschen Pass gestempelt. Fast ein Jahr lang hatte ich auf diesen Tag gewartet. 1972 hatte sich die DDR in Folge des Grundlagenvertrages mit Bonn verpflichtet, bundesdeutsche Journalisten als ständige Korrespondenten ins Land zu lassen. Die Zusage hatte ich seit Frühjahr 1973. Aber bis ich am 1. März 1974, knapp vier Monate vor Eröffnung der Ständigen Bonner Vertretung, offiziell meine Arbeit beginnen konnte, verging noch ein Jahr. Nun konnte ich endlich tun, was ich angestrebt und wozu mich meine Redaktion nach Ost-Berlin geschickt hatte: das Leben der Menschen im sozialistischen deutschen Staat beschreiben. Ihren Alltag in Beruf und Freizeit. Ihre Sorgen und ihre Freuden. Und wie sich eingerichtet hatten in der SED-Diktatur.

**Für die Stasi-Spitzen waren die westlichen Journalisten »Agenten des Klassenfeindes«.**

**Mit Frau und Kindern** Ich war nicht der erste westdeutsche Journalist, den die DDR akkreditierte. Ein paar Kollegen hatten vor mir ihren Ausweis bekommen. Da für ständige Korrespondenten Residenzpflicht herrschte, hatten auch sie in der DDR-Hauptstadt eine Wohn- und Büroadresse. Ihren Hauptwohnsitz behielten sie jedoch in West-Berlin und damit auch ihren privaten Lebensmittelpunkt. Ich dagegen war der erste, der freiwillig seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik aufgab und mit komplettem Hausstand nach Ost-Berlin verlegte. Mit Ehefrau und zwei kleinen Kindern. In unserer Vier-Zimmer-Wohnung in einem frisch errichteten Plattenbau hatte ich mir einen kleinen Arbeitsraum eingerichtet. Ein separates Büro im Zentrum Ost-Berlins bekam ich erst etliche Monate später. Auch ein Telefon fehlte in der Anfangsphase. Es hätte auch nicht viel genutzt,

denn ein Gespräch nach München hätte über das Fernamt mit nicht kalkulierbarer Dauer angemeldet werden müssen. Mir blieb nur die Möglichkeit, nach West-Berlin zu fahren, in das SZ-Redaktionsbüro oder zu einem Postamt gleich hinter dem Grenzübergang. Von dort aus sprach ich meinen auf der Schreibmaschine getippten Artikel der Nachrichtenaufnahme der Zeitung auf ein Band. Eine Sekretärin schrieb den Text dann ab. Ein umständliches und zeitraubendes Verfahren, das sich heute kaum noch jemand vorstellen kann. In der SED war der Entschluss, West-Medien auf Dauer Informationsmöglichkeiten vor Ort einzuräumen, von Anfang an umstritten. Neben Befürwortern, die sich von einer unmittelbaren und kontinuierlichen Berichterstattung ein besseres DDR-Image im Westen erhofften, gab es viele Kritiker, die den West-Journalisten die Bereitschaft zu sachlicher und fairer Information absprachen. Vor allem die Spitzen der Staatssicherheit hielten die Vertreter der West-Medien grundsätzlich für „Agenten des Klassenfeindes“, die den realen Sozialismus verleumdete, die Gesellschaft unterwandern und die Bevölkerung aufwiegelten wollten.

**Druckmittel** In ihrer Furcht vor einer freien Berichterstattung legte die DDR-Führung den West-Korrespondenten eine Reihe bürokratischer Fesseln an. Reisen außerhalb Ost-Berlins in die DDR waren beim Außenministerium 24 Stunden vor Antritt unter Angabe des Reiseziels und Reisegrunds anzumelden. Überdies unterlagen alle journalistischen Vorhaben einer Genehmigungspflicht. Danach musste jeder Besuch in einer staatlichen Einrichtung, einem volkseigenen Betrieb oder einer Genossenschaft schriftlich beim Außenministerium beantragt werden. Das galt auch für Interviews. Über Genehmigung oder Ablehnung entschied die Abteilung Agitation im SED-Zentralkomitee, einem Hort ideologischer Betonköpfe. Als besonders problematisch erwies sich die Auflage, „Verleumdungen oder Diffamierungen der DDR, ihrer staatlichen Organe und ihrer führenden Persönlichkeiten“ zu unterlassen. Denn wie sich in der Praxis erwies, ließ sich diese Klausel fast auf jeden kritischen Bericht der lästigen Beobachter aus dem Westen anwenden. Um sie zu disziplinieren, standen den Machthabern Repressionen zur Verfügung. Sie reichten von der Verwarnung über die Einbestellung ins Außenministerium bis zur Ausweisung und der Schließung des Büros.

Die Sanktionen standen nicht nur auf dem Papier. Vier meiner Kollegen wurden des Landes verwiesen und mussten die DDR binnen 48 Stunden verlassen, darunter 1976 der ARD-Korrespondent Lothar Loewe. Dem hatte die SED-Führung verübelt, dass er in einem Kommentar gesagt hatte: „Hier in der DDR weiß jedes Kind, dass die Grenztruppen den strikten Befehl hatten, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen.“ Ich selbst kam mit meinen Berichten und Kommentaren glimpflicher davon. Ich wurde lediglich in das Ministerium zitiert und unter Androhung von Konsequenzen ernsthaft verwart. Doch alle diese Druckmittel und eine totale Überwachung durch die Staatssicherheit zeigten nicht die von den kommunistischen Machthabern gewünschte Wirkung. Meine Kollegen und ich waren in der DDR-Gesellschaft nicht isoliert. Das Gros der Bürger zeigte sich uns gegenüber aufgeschlossen. Manche scheuten sich nicht, ihrem Ärger über Unzulänglichkeiten im SED-Staat freimütig Luft zu machen. Durch meinen wachsenden Freundes- und Bekanntenkreis bekam ich Einblick in Bereiche wie etwa das staatliche Gesundheitswesen oder das Innenleben der Volksbildung, aus denen man uns offiziell fernhalten wollte.

**»Wie ein DDR-Bürger«** So gelang es uns Korrespondenten mehr und mehr, hinter die von den staatlichen Medien errichtete Propaganda-Fassade zu schauen und die Kluft zwischen politischem Anspruch und sozialer Realität bloßzustellen. Dazu gehörte, den Arbeiter- und Bauernstaat nicht

nur mit westlichen Augen zu betrachten. Notwendig war auch, sich in die Lage von Menschen zu versetzen, die in einer Diktatur leben und im Alltag Kompromisse machen mussten. Ich empfand es geradezu als Kompliment, als ich Jahre später in meiner umfangreichen Stasi-Akte den Satz fand: „Pragal versuchte, wie ein DDR-Bürger zu leben und zu denken.“

**Gegenöffentlichkeit** Von den Vertretern der Westmedien waren die Hörfunk- und Fernsehkorrespondenten den SED-Regenten besonders missliebig. Zwar konnte der Staat verhindern, dass politisch anstößige Druckschriften ins Land kamen, aber für Radio und Fernsehen war der Äther offen. Und nicht nur das. Normalerweise berichteten Auslandskorrespondenten von TV und Hörfunk aus einem anderen Staat für die Zuschauer und Hörer im Heimatland. Im geteilten Deutschland waren aber nicht nur die Bundesbürger die Adressaten, sondern auch die Bewohner der DDR. Und das ohne jegliche Sprachprobleme.

Was bundesdeutsche Journalisten zwischen Elbe und Neiße erfuhren und nach Westen berichteten, kam nach dem Motto „aus der DDR in die DDR“ über Fernsehen und Hörfunk in den größten Teil des SED-Staates zurück und wirkte auf das Bewusstsein seiner Bürger. Die West-Medien wurden zur Gegenöffentlichkeit und unterliefen das Informations- und Meinungsmonopol der SED. Damit, so sagte einmal der Spitzenfunktionär Günter Schabowski, waren sie „ein ständiger Stachel im Fleisch der DDR“.

Durch die West-Korrespondenten „erfuhren wir, was wir nicht erfahren sollten“, beschrieb Marianne Birtler, einst Bürgerrechtlerin und später Chefin der Stasi-Unterlagen-Behörde, einmal die Situation. Wir, die West-Journalisten, machten Tätigkeit und Forderungen der sich formierenden Oppositionsgruppen landesweit publik und gaben den unterdrückten Regimekritikern Gesicht und Stimme. Die TV-Bilder von Demonstrationen nahmen DDR-Bürgern die Angst und ermunterten zum Mitmachen. Wir berichteten auch über die Motive der Menschen, die sich in die Ständige Bonner Vertretung in Ost-Berlin flüchteten, um ihre Ausreise zu erzwingen. Und als der Arzt Karl-Heinz Nitschke aus Riesa mir ein Schriftstück mit 33 Namen und Adressen von Bürgern übergab, die auf seine Initiative hin „die volle Erlangung der Menschenrechte“ forderten, brachte ich diese Petition nach West-Berlin. Von dort aus fand sie ihren Weg in die Öffentlichkeit. Anfragen nach Interviews mit Spitzenfunktionären wurden in der Regel abgelehnt. Als ich 1987 wissen wollte, wie die DDR zur Reformpolitik von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion stehe, hatte ich geringe Erwartungen. Umso überraschter war ich, als ich hörte, Politbüro-Mitglied Kurt Hager wollte meine Fragen dazu beantworten. Ich möge diese schriftlich einreichen.

**»Tapeten-Kutte«** Für den 20. März 1987 wurde ich in das Außenamt bestellt, wo man mir und einem aus Hamburg angereisten Kollegen die schriftlichen Antworten übergab. Danach führte man uns in das benachbarte ZK-Gebäude zu Hager, mit dem wir noch ein wenig plaudern durften. Vom Interview war nicht mehr die Rede. Es war eigentlich nur ein Fototermin. Hagers Antworten bestanden zum größten Teil aus Propagandaphrasen. Aber es gab einen Satz, der mich elektrisierte. „Würden Sie, wenn ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das war eine kaum verhüllte Absage an die neue Politik des „großen Bruders“ in Moskau. So wurde der Satz auch weit über die Grenzen der DDR hinaus verstanden. Und Hager, ein gebürtiger Schwabe, hatte fortan den berlinisch klingenden Spitznamen „Tapeten-Kutte“. Hagers bornierte Haltung, die er mit anderen Politbürokraten teilte, war eine politische Bankrotterklärung. Seit seiner Gründung lebte der SED-Staat vom Wohlwollen und vom Schutz der Sowjetunion. Ohne den Rückhalt aus Moskau war die DDR

nicht lebensfähig. Trotzdem hielten Erich Honecker und seine Führungsgenossen in maßloser Überschätzung ihrer Möglichkeiten an ihrem dogmatischen Kurs fest, der den Staat immer tiefer in die Krise führte. Nach der Entmachtung Honeckers und seiner engsten Kumpane versuchte die neue, von Egon Krenz angeführte SED-Spitze von der Macht zu retten, was zu retten war. Sie war bereit, den Bürgern Reisefreiheit zu gewähren und wollte sich dies von der Bundesregierung teuer bezahlen lassen. Damit, so hofften Honeckers Erben, könnten sie nicht nur die aufgebrachtten Bürger beruhigen, sondern auch den drohenden Staatsbankrott abwenden. Aber auch diese Rechnung ging nicht auf. Günter Schabowski hatte sie verschusst. Als der am 9. November 1989 bei einer Pressekonferenz Einzelheiten des neuen Reisegesetzes bekannt gab, ohne seine Unterlagen hinreichend gelesen zu haben, unterlief ihm ein schwerwiegender Fehler. Gefragt, wann die neue Regelung in Kraft trete, antwortete er nach kurzer Pause: „sofort, unverzüglich“.

**Mauerfall** Diese Aussage hatte für das SED-Regime ungeahnte Folgen. Angelockt durch Meldungen westlicher Medien, strömten immer mehr DDR-Bürger zu den Grenzkontrollstellen. Als der Druck immer größer wurde und Harald Jäger, der amtierende Leiter der Passkontrolleinheit an der Bornholmer Brücke, keine Chance mehr sah, einen gewaltsamen Durchbruch aufzuhalten, gab er den Befehl: „Macht den Schlagbaum auf.“ Noch am selben Abend hoben sich auch an den übrigen Berliner Grenzübergängen die Schranken. Damit hatte die DDR-Führung die Kontrolle über die Grenze verloren – und bald darauf auch die Macht über die ganze Republik. Auch wenn ihnen zum guten Schluss Schabowskis Lapsus half, hatten den größten Anteil am Zusammenbruch der SED-Herrschaft die mutigen DDR-Bürger, die Widerstand gegen die Diktatur leisteten, die sich nicht einschüchtern ließen, die auf die Straßen gingen, um Freiheitsrechte einzufordern. Aber auch diese Feststellung ist richtig: Die akkreditierten Korrespondenten aus der Bundesrepublik, insbesondere die der elektronischen Medien, haben mit ihrer Berichterstattung dabei kräftig geholfen.

Peter Pragal

Der Autor war von 1974 bis 1979 Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ und von 1984 bis 1991 „Stern“-Korrespondent in Ost-Berlin.

**Mehr und mehr schauten die Korrespondenten hinter die Propaganda-Fassade.**



Der DDR-Pressenausweis von Peter Pragal, ausgestellt am 10. Januar 1974

Smart City steht für die intelligente Stadt der Zukunft, die die Möglichkeiten der Digitalisierung ausschöpft und ihre Dienstleistungen zum Nutzen der Bevölkerung umfassend, schnell und sicher anbieten kann. Die Bundesregierung fördert seit 2019 in ihrem Programm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) 73 Kommunen und Regionen von Aalen in Baden-Württemberg bis Zwönitz in Sachsen. Ziel ist es, Beispiele für alle rund 11.000 deutschen Kommunen zu schaffen. Der Bund hat 820 Millionen Euro bereitgestellt, um Digitalisierungsstrategien im Sinne einer nachhaltigen, integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu erarbeiten. Fünf Jahre nach Programmstart ist die Unionsfraktion im Bundestag unzufrieden mit dem aktuellen Stand. Ihren Antrag (20/6412), die Potenziale zu nutzen und einen Stufenplan vorzulegen, fand am Mittwoch im Parlament keine Mehrheit (20/10302). Abgelehnt wurde auch eine AfD-Initiative (20/5618) mit dem Ziel, einen nationalen Aktionsplan „Die intelligente Stadt“ aufzustellen.

**Modellprojekte** In den Modellprojekten werden bis 2030 Smart-City-Konzepte erprobt und umgesetzt. Die dabei entwickelten Lösungen sollen sicher, interoperabel und übertragbar gestaltet werden. Auf die Notwendigkeit, die aus Projektmitteln finanzierten IT-Experten nach Programmende weiterzubeschäftigen, um das Know-how nicht zu verlieren, wies in der Debatte die CSU-Abgeordnete Emmi Zeulner hin. Den Wissenstransfer zwischen den Modellprojekten zu koordinieren und weiter zu entwickeln ist die Aufgabe der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS) in Bonn. Außerdem wurde ein Beirat geschaffen, der den von der Unionsfraktion verlangten Stufenplan erarbeitet und im Juni vorlegen will. Der Plan soll regeln, wie einzelne Projekte aus den Modellkommunen auf andere Städte übertragen werden können. Er soll Rahmenbedingungen verbessern und Standards statt Insellösungen schaffen.

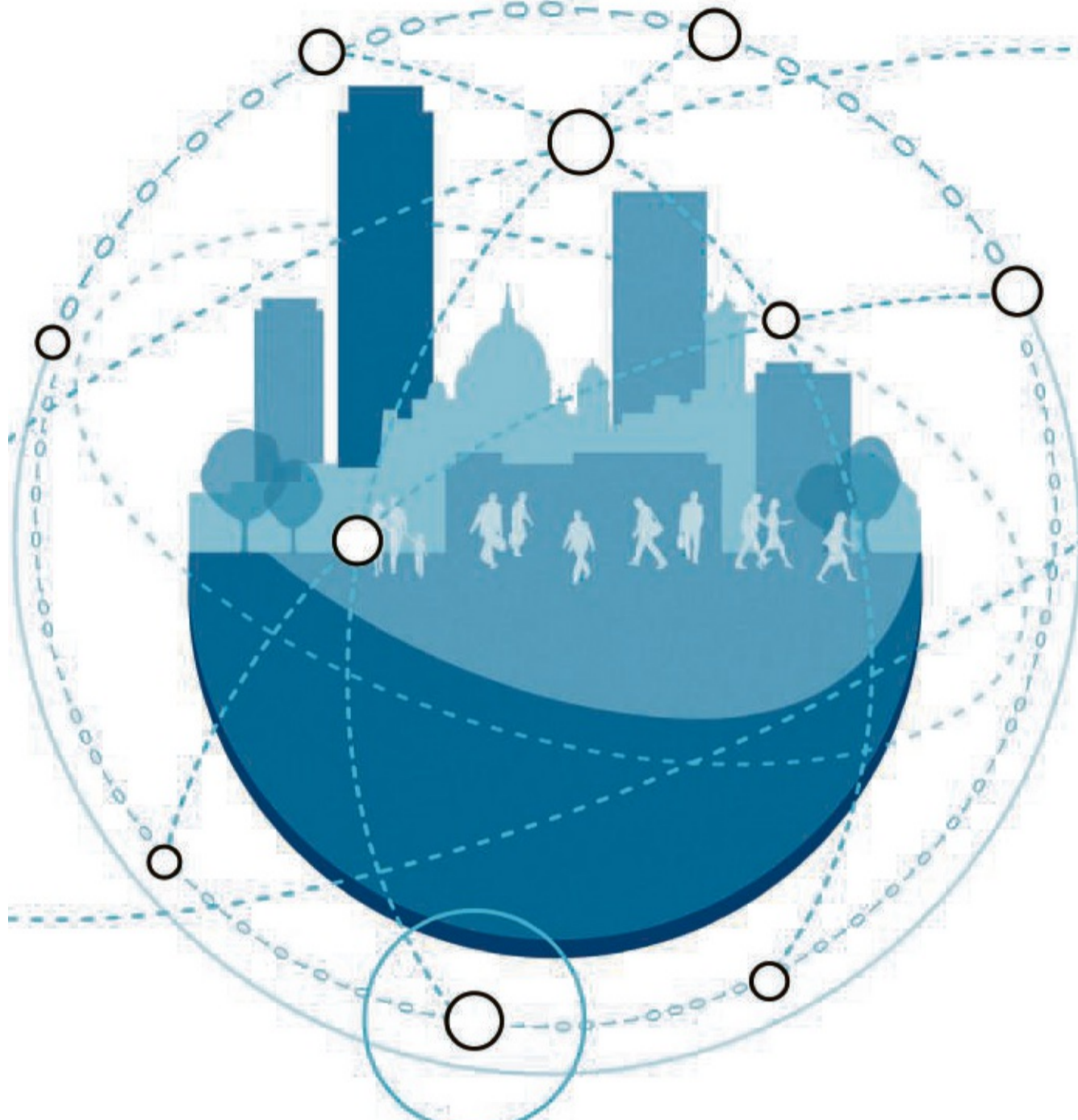
Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nennt als Beispiel für den Einsatz digitaler Lösungen die Optimierung des Verkehrsflusses, um die Fahrdauer zu verkürzen und Emissionen zu reduzieren. Digitale Dienstleistungen ermöglichen dabei die Reservierung eines freien Parkplatzes, der gleichzeitig die Infrastruktur zum Laden des Elektrofahrzeugs bereitstellt. Aber auch digitale Instrumente zum Umgang mit dem Klimawandel oder zur Aufwertung der Innenstädte sind gefragt. Carolin Wagner (SPD) sprach vom einem „fullstandsmeldenden Müllimer“. Sie kündigte nach dem Ende der Strategiephase den Beginn der Umsetzungsphase des Programms an. Erst jetzt werde ein Großteil der Fördergelder abfließen.

Der Unionsabgeordnete Markus Uhl (CDU) hatte beklagt, dass seit 2019 erst 15 Prozent der Fördermittel abgerufen worden seien. Die positive Zwischenbilanz der KTS lautet nach Angaben Wagners, dass mehr als 600 Maßnahmen in der Strategiephase entwickelt worden seien, 86 davon übertragbare Lösungen. In den Kommunen seien mehr als 290 Stellen geschaffen und mehr als 1.000 Datensätze neu erhoben worden. Es würden jetzt keine neuen Modellprojekte gebraucht, wie die Union fordere, sondern Strukturen, um die Smart-City-Ideen in möglichst alle 11.000 deutschen Kommunen zu bringen, sagte Wagner.

Um Wissen und Kompetenzen in die nicht geförderten Kommunen zu übertragen, unterstütze ihre Fraktion ein Smart-City-Kompetenzzentrum, das als Ansprechpartner fungiert, und eine bundesweit niedrigschwellige Marktplatz-Lösung, um die Be-

# Digitale Lösung

**SMART CITIES** Vom Bund geförderte Modellprojekte gehen in die Umsetzungsphase



Eine Smart City ist eine durch digitale Technologie vernetzte Stadt.

© picture-alliance/dieKLEINERT.de/S. Biefel

schaffung digitaler Lösungen zu vereinfachen. Es gehe darum, Daten zu nutzen, um die Transformation der Städte voranzutreiben, hob die SPD-Abgeordnete Emily Vontz hervor. Wenn der Stufenplan erst im Sommer vorliege, könne in dieser Legislaturperiode fast nichts mehr umgesetzt werden, klagte Lars Rohwer (CDU). Die lebenswerte Stadt der Zukunft müsse digital und vernetzt sein, und zwar nicht nur die Smart City, sondern auch die Smart Region. Städte und Kommunen brauchten die Unterstützung des Bundes, Wissen müsse vernetzt werden. Es fehle an einer Plattform, um die Entwicklungen in anderen Kommunen nachnutzen zu können. Das Kompetenzzentrum komme seiner Aufgabe als Multiplikator zwischen Bund, Ländern und Kommunen in kleinster Weise nach, urteilte Rohwer.

**Programm als Experiment** Für Anja Liebert (Grüne) versteht sich das Programm als Experimentierfeld. Wissenstransfer und

Übertragbarkeit von Lösungen seien Bestandteil der Bundesförderung. Nicht alle Kommunen müssten bei null anfangen, da

## STICHWORT

### Pläne für die »Smart City«

> **Smart Cities** Die Bundesregierung fördert seit 2019 bundesweit 73 Modellprojekte mit 820 Millionen Euro.

> **Digitalisierung** Kommunale Dienstleistungen wie Ummeldungen, Gewerbeanmeldungen oder das Beantragen eines Personalausweises sollen schnell und sicher erbracht werden.

> **Vernetzung** Die Ergebnisse sollen allen 11.000 deutschen Kommunen zugutekommen. Wichtig ist die fachliche Begleitung für die digitale Stadtentwicklung.

erprobte und flexibel anwendbare Lösungen schon vorlägen. 650 konkrete Maßnahmen würden bereits vor Ort ausgeführt.

Prinzipielle Bedenken äußerte Marc Bernhard (AfD). Der Mensch werde in der Smart City gläsern, der Datenhung von Staat und Unternehmen müsse beschränkt werden. „Ihre Vorstellung von Smart City kann zu einer Gefahr für die Demokratie werden“, sagte Bernhard.

Alles falsch, entgegnete Daniel Föst (FDP). Smart City biete einen Ansatz, das Leben der Bürger in allen Kommunen zu verbessern. „Wir machen aus Leuchtturmprojekten einen Stufenplan“, sagte Föst. Ein Baukastensystem „mit klugen, einzelnen Möglichkeiten“ signalisiere den Kommunen, was möglich sei, so der Abgeordnete. Aus Sicht von Caren Lay (Gruppe Die Linke) ist smart nur, wenn die Daten in Bürgerhand bleiben und die technische Infrastruktur bei den Kommunen liegt. Der Mensch und nicht der Profit von internationalen Tech-Konzernen müsse im Vordergrund stehen. Volker Müller

## Vorgaben für Kraftstoffe

**ENERGIE** Bundestag setzt EU-Recht national um

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz dient dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge. Mit der Neufassung des 37. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (20/9844.) reagiert die Regierung auf neue europäische Vorgaben für die Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs für den Verkehr.

Am Donnerstag stimmte der Bundestag der Änderung zu: Für die von der Bundesregierung vorgelegte Verordnung stimmten die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. CDU/CSU, AfD und die Gruppe Die Linke stimmten dagegen. Zur Abstimmung hatte der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz eine Beschlussempfehlung (20/10646) vorgelegt. Die Abgeordneten nahmen außerdem mehrheitlich eine Entschließung an, wonach die Bundesregierung unter anderem sicherstellen soll, „dass strombasierte, erneuerbare Kraftstoffe auch im Luft- und Langstreckenseeverkehr im Rahmen der Treibhausgasminierungsquote in hohem Maße gefördert werden“.

**Fokus Verkehr** Für den Klimaschutz sei es essenziell, „dass wir in allen Sektoren so schnell wie möglich CO<sub>2</sub>-Neutralität erreichen“, sagte Tessa Ganserer (Grüne) Eingangs der Aussprache und fügte hinzu: Gerade im Verkehrsbereich sei man in manchen Bereichen auf absehbare Zeit auf flüssige Kraftstoffe angewiesen. „Deswegen schaffen wir heute die Voraussetzung zur Regelung der Anrechnung von strombasier-

ten Kraftstoffen und der Mitverarbeitung von biogenen Ölen auf die CO<sub>2</sub>-Minierungsquote bei Treibstoffen im Verkehrsreich.“

Christian Hirte (CDU) forderte die Regierung dazu auf, „endlich auch zu ermöglichen, dass synthetische Kraftstoffe eine Chance haben. Wir wollen, dass regenerative Kraftstoffe, Biokraftstoffe, synthetische Kraftstoffe eine Chance haben.“

**Wasserstoffhochlauf** Daniel Rinkert (SPD) erinnerte daran, dass mit dieser Verordnung auch der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft unterstützt werde. Und er erklärte auch, warum: Erneuerbare Kraftstoffe nichtbiogenen Ursprungs seien solche, die nicht aus biologischen Quellen, zum Beispiel Pflanzen, gewonnen, sondern aus nichtbiologischen Rohstoffen hergestellt würden, die erneuerbar seien, wie „zum Beispiel Wasserstoff.“

„Das sei ausnahmsweise eine vernünftige Vorgabe der EU, sagte Dirk Spaniel (AfD). Denn: „Im Verkehrssektor wird sich die elektrische Mobilität – das gilt sowohl für den Luftverkehr als auch für den Straßenverkehr – auf Sicht nicht durchsetzen.“ Der FDP sei wichtig, dass das sogenannte Co-Processing wieder eingeführt wird, machte Judith Skudelyny deutlich. Bislang müssten biogene Kraftstoffe und mineralische Kraftstoffe zusammengemischt werden, damit sie bei der Treibhausgasminierungsquote in Anrechnung gebracht werden können. Jetzt komme es darauf an, welche Klimawirkung ein Treibstoff habe und nicht, welchen Herstellungsprozess er durchlaufen habe. „Wir sorgen für Gleichbehandlung.“ mis

## Umstrittene Pflicht

**RECHT** Elementarschadenversicherung im Fokus

Die Ausweitung der Wohngebäudeversicherung auf Elementarschäden ist wünschenswert, eine Umsetzung angesichts unterschiedlicher Vorstellungen der Versicherungs- und Immobilienwirtschaft sowie von Forschung und Verbraucherschutz allerdings schwierig. Zutage trat dies bei einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses am Montag zu einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Elementarschadenversicherung fit für die Zukunft machen“ (20/8723). Angesichts der Zunahme von Schadenereignissen aufgrund von Klima- und Wetterveränderungen wird die Bundesregierung darin aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem im Neugeschäft die Wohngebäudeversicherung nur noch mit einer – allerdings abwählbaren – Elementarschadenabsicherung angeboten werden soll. Eine solche Versicherungspflicht war bei den Sachverständigen allerdings umstritten.

**Abstrakt denkbar** Aus der Sicht der Rechtswissenschaft sei eine solche Pflichtversicherung abstrakt denkbar, aber im Ergebnis nicht unbedingt zu befürworten, erklärte Oliver Brand von der Universität Mannheim. Das liege vornehmlich an den damit verbundenen Kosten-Risiken für die Versicherten, so Brand, der unter Verweis auf die Ahrntalflut im Juli 2021 dringenden Handlungsbedarf konstatierte. Anja Käfer-Rohrbach vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft warnte vor den Folgen einer singulären Pflichtversicherungslösung, wie sie die Bundesländer forderten. Wichtig sei mehr als nur Versi-

cherungsschutz, nämlich auch Prävention und Klimafolgenanpassung. Das betonten auch der Chefklimatologe der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Munich Re, Ernst Rauch, und der Präsident des Eigentümerverbands Haus & Grund Deutschland, Kai Warnecke, der die Einführung einer Versicherungspflicht ablehnte. Stephen Rehmke vom Bund der Versicherten meinte dagegen, eine Elementarschadenversicherung lasse sich durchaus als fester Bestandteil einer Wohngebäudeversicherung ausgestalten. Blasse man es bei einer Abwahlmöglichkeit, werde man nicht annähernd die erforderliche Versicherungsdichte erreichen. Jakob Thevis vom Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz erläuterte die Vorteile des französischen Wohngebäudeversicherungssystems, bei dem eine Elementarschadenversicherung unbegriffen sei. Die geringen Kosten dieser Versicherung würden durch die Kooperation von Privatwirtschaft und Staat möglich.

**Kostenfrage** Nach Ansicht von Melanie Weber-Moritz vom Deutschen Mieterbund müssten die Kosten einer zusätzlichen Elementarschadenversicherung von den vermietenden Eigentümerinnen und Eigentümern getragen und nicht von den Mietenden gezahlt werden. Reimund Schwarze vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung empfahl eine gesetzlich angeordnete Versicherungspflicht, die präventionsorientiert ausgestaltet und durch staatliche Maßnahmen zu einer umfassenden Naturgefahren-Absicherung ausgebaut werden müsse. mwo

## Bewusst auf dem Holzweg

**BAUEN** Initiative der Bundesregierung soll schneller zu mehr Wohnraum führen

Die Bundesregierung setzt auf den Baustoff Holz. Im Juni 2024 beschloss das Bundeskabinett eine Strategie zur „Stärkung des Holzbaus als ein wichtiger Beitrag für ein klimagerechtes und ressourceneffizientes Bauen“. Die Unterrichtung (20/7500), kurz Holzbauintiative genannt, ist am Mittwoch erstmals im Bauausschuss beraten worden.

Ziel der vom Bauministerium und vom Agrarministerium gemeinsam erarbeiteten Strategie ist es, bis zum Jahr 2030 Holz und andere nachwachsende Rohstoffe stärker als bisher bei der Gebäudemodernisierung, aber auch im Hoch- und Ingenieurbau einzusetzen. Die Regierung nimmt dabei die Nachverdichtung im städtischen Raum in den Blick. Zudem sollen Innovationen im Holzbau gefördert und Holzbauteile weiterentwickelt werden.

**Ressourcen schonen** Durch die Fertigung von Bauteilen in Serie, dem seriellen Bauen und das Zusammenfügen von Bauteilen nach dem Baukastenprinzip, modulares Bauen, soll schneller und ressourcenschonender neuer Wohnraum geschaffen werden können. Dieser Wohnraum soll bezahlbar bleiben und zum Klimaschutz beitragen, auch weil das im Holz gespeicherte Kohlendioxid nicht in die Atmosphäre freigesetzt wird.

Mit Haushaltsmitteln ist die Holzbauintiative im laufenden Jahr jedoch nicht hinterlegt, die Förderung müsste aus bereits bestehenden Programmen bestritten werden. Lediglich für Pilotprojekte zur Einrichtung multifunktionaler Gebäude in Holzbauteile stehen rund 3,75 Millionen Euro zur Verfügung.

Ein Aspekt ist, dass der Bund als Bauherr mit Vorbildfunktion vorangeht und damit eine gewisse Signalwirkung für das Bauen mit Holz erzielt. So entstand etwa das Bürogebäude Luisenblock West des Deutschen Bundestages aus mehr als 460 einzelnen Holzmodulen. Auch der Erweiterungsbau des Umweltministeriums wird in Holzhybrid-Bauweise geplant.

Bei der Umsetzung der Strategie arbeiten beide Ministerien mit Einrichtungen wie dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Thünen-Institut und der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe zusammen. Darüber hinaus sind weitere Institutionen wie das Umweltbundesamt und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beteiligt. Ein

„Runder Tisch Holz“ der Regierung zusammen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden kommt am 13. Juni zu einer ersten Sitzung zusammen, wie die Parlamentarische Staatssekretärin im Bauministerium, Elisabeth Kaiser (SPD), dem Ausschuss mitteilte.

Verbesserungen bei den Baukosten erhofft sich die Regierung auch von der Muster-Holzbaulichlinie, die brandschutztechnische Anforderungen an Holzbauten formuliert. Die Stellungnahmen der Verbände dazu sollen nach Angaben Kaisers noch im ersten Halbjahr ausgewertet werden.

Aus den Reihen der Abgeordneten kamen Zweifel, aber auch Zweifel. Ein Kritikpunkt der Unionsfraktion war, dass acht Monate nach dem Beschluss nicht mehr herausgekommen sei als die Einrichtung eines Runden Tisches. Es gebe kein Erkenntnis, sondern ein Umsetzungsproblem. Aus Sicht der AfD-Fraktion muss der verstärkte Einsatz von Holz zu vernünftigen Kosten und damit auch zu vertretbaren Mieten führen.

**Der Bund als Bauherr kann Signalwirkung für das Bauen mit Holz erzielen.**

## Mogelpackungen im Fokus

**VERBRAUCHERSCHUTZ** Unionsantrag abgelehnt

Keine Mehrheit hat am Donnerstag im Bundestag ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Versteckte Preiserhöhungen verhindern – Für mehr Klarheit und Transparenz beim Einkauf von Bedarfsgütern sorgen“ (20/6411) gefunden. In dem Antrag hatte die Fraktion unter anderem eine „Transparenzoffensive“ gefordert, um versteckte Preiserhöhungen beim Einkauf von Bedarfsgütern zu verhindern. Im Blick hatte die Fraktion dabei vor allem „Mogelpackungen“. Sie verlangte von der Bundesregierung, „dafür Sorge zu tragen, dass auf der Ebene des Einzelhandels volle Transparenz hinsichtlich des Preis-Mengen-Gerüsts eines angebotenen Produkts besteht“. Dazu sollte unter anderem das von der unionsgeführten Bundesregierung 2011 geschaffene Online-Portal „Lebensmittellklarheit“ umgestaltet werden. Ferner schlug die Fraktion unter anderem vor, Obergrenzen für Freiraum in Verpackungen vorzugeben. Zustimmung zu dem Antrag kam neben der Union auch von AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen von SPD, Grünen und FDP.

**Kritik an Union** Für die Grünen-Fraktion sagte Linda Heitmann, die „größte Mogelpackung“ sei die Union selbst. Diverse Forderungen würden aufgestellt, die bereits umge-

setzt seinen beziehungsweise die die Union während ihrer Regierungszeit boykottiert hätte.

Für die Unionsfraktion betonte Volker May die Bedeutung des Themas. Selbst Joe Biden habe in seinem Wahlkampf auf das Problem mit Mogelpackungen hingewiesen, sagte der CDU-Abgeordnete. Die Ampel habe dazu eine Vorlage angekündigt, aber nicht geliefert.

Für die SPD-Fraktion betonte Rita Hagl-Kehl, dass Mogelpackungen ein wirkliches Problem seien, nämlich „Verbrauchertäuschung“. Wie Heitmann wies Hagl-Kehl darauf hin, dass die Union in der Vergangenheit diverse vorgeschlagene Maßnahmen nicht unterstützt habe.

Für die AfD-Fraktion kritisierte Jürgen Braun die Ampelregierung. Von ihr sei seit Amtsantritt „kein einziger relevanter Vorschlag in Sachen Verbraucherschutz“ gekommen. Für die FDP-Fraktion kritisierte Muhand Al-Halak die Beschäftigung mit dem Unionsantrag als Zeitverschwendung. Er sei „handwerklich so schlecht gemacht, dass man nicht mal darüber streiten kann“.

Für die Gruppe Die Linke sagte Ina Latendorf, dass das Problem mit Mogelpackungen zugenommen habe. Auch sie kritisierte, dass die Bundesregierung beim Thema Verbraucherschutz bisher nicht geliefert habe. scr

# Eine Wahl, die keine ist

**RUSSLAND** Es gilt als sicher, dass Amtsinhaber Wladimir Putin erneut zum russischen Präsidenten gewählt wird. Aber der Missmut über die »Spezialoperation« drückt auf die Stimmung des Wahlvolkes



Russlands Präsident Wladimir Putin steht erneut zur Wahl – der Urnengang dürfte Formsache sein.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Gavriil Grigorov

Die Wahlversprechungen Nikolaj Charitanows würden 20 Billionen Rubel (umgerechnet 200 Milliarden Euro) kosten, bei einem Staatshaushalt von 35 Billionen Rubel (350 Milliarden Euro), verkündet Michail Dawankow, Bewerber der Duma-Partei »Neue Leute«. Und er faltet das Wahlprogramm seines Konkurrenten von der kommunistischen KPRF auseinander: »Das hier ist ein Plan, unser Land noch einmal zu ruinieren.« Junge Leute würden sich in finanziellen Fragen nur schwach auskennen, kontert Charitonow. »Man muss den Haushalt beschließen und den Mund halten«, mischte sich Leonid Sluzkij, Chef der populistischen Liberaldemokraten, ein.

**Fünfter Sieg** Bei den TV-Debatten zwischen den drei Präsidentschaftskandidaten gab es immer wieder Szenen, die an Diskussionen in einem demokratischen Wahlkampf erinnerten. Aber keiner der drei ließ dabei Zweifel aufkommen, dass vom 15. bis zum 17. März in Russland nicht Präsidentschaftswahlen, sondern Präsidentschaftswiederwahlen stattfinden. Auch kein anderer Russe zweifelt, dass Wladimir Putin zum fünften Mal siegen wird. Die drei formalen Wahlkampfgegner dienen vor dem Amtsinhaber: »Es ist sehr wichtig, wie unser Präsident auf diesen Ausfall reagierte, sehr diplomatisch und fein«, freut sich Dawankow über Putins Re-

aktion auf Kritik aus den USA. »In letzter Zeit hat auch unser Präsident mehrfach erklärt, dass wir bereit sind, uns an den Verhandlungstisch zu setzen, aber zu den Bedingungen Russlands«, erklärt Charitonow sein Ukraine-Konzept. Und Sluzkij schwärmt, Putins Jahresbotschaft sei ein »Programm für 30, 40 Jahre« gewesen, »eine Nationalidee.«

»Putin ist unser Präsident«, lautet der Refrain seiner Pseudokonkurrenten und der Staatspropaganda. Nach den jüngsten Meinungsumfragen wird der Staatschef zwischen 75 Prozent (laut der staatlichen Meinungsforschungsinstitut WZOM) und 81,8 Prozent (laut der unabhängigen Soziologengruppe Russian Field) erhalten. Dawankow (sechs bis 7,4 Prozent), Charitonow (vier bis 6,5 Prozent) und Sluzkij (drei bis 3,8 Prozent) spielen eine Liga niedriger. Politisch herrscht in Russland sowieso Friedshofruhe. Nach Boris Nemzow, der 2015 erschossen wurde, ist jetzt auch Alexei Nawalny, der letzte charismatische Oppositionsführer, tot. Fast alle liberalen Politiker und Medien sind ins Exil geflohen. Die Staatspropaganda, auch Putin selbst, feiern seit Beginn seiner »Kriegsspezialoperation« gegen die Ukraine die Einigkeit und den Patriotismus des Volkes

»Putin malt sich jedes Resultat, je nach Laune 80 Prozent oder 180 Prozent.«

Julia Nawalnaja

als Unterpfand des unvermeidlichen Sieges. Aber der nationalen Geschlossenheit ist die Begeisterung abhandengekommen. Der bröckelnde Lebensstandard und die immer fraglicheren Zukunftsperspektiven drücken auf die Stimmung. Seit Februar 2022 stieg der Verkauf von Antidepressiva in Russland um mehr als 70 Prozent. Laut Russian Field können 58,1 Prozent der Russen Russlands militärische Ziele in der Ukraine entweder nicht benennen oder halten sie für unerreicht. Der Missmut über den Konflikt ist schweigend und passiv. Aber die Ukraine ist zu einem Thema geworden, an dem sich Putins Popularität zu brechen droht. Und in der Moskauer Luft schwebt eine feine Nervosität, die man bei den bisherigen vier Präsidentschaftswahlkämpfen Putins nicht kannte. Es gäbe schon jetzt nie da gewesene Versuche, die Wahlen mit Hackerangriffen zu manipulieren, beschwerte sich Ella Pamfilowa, die Leiterin der kremlhörigen Zentralen Wahlkommission kürzlich. »Ziel ist es, die Abstimmung zu sprengen.« Putin selbst behauptet, die Ukraine setze alles daran, mit Drohnenangriffen und Stoßtrupputernehmen den Urnengang zu stören. Diese Ängste wirken geheuchelt. Aber Anfang März wagten sich mindestens 23.000

Menschen trotz der befürchteten Massenverhaftungen zur Beerdigung Alexei Nawalys in Moskau.

**Sehnsucht nach Veränderung** Auch die Hupkonzerte, mit denen vorbeifahrende Autofahrer sie ermutigten, deuten auf die Sehnsucht nach Veränderung hin. Ebenso

Meter langen Warteschlangen der Russen, die im Januar ihre Unterschriften für die Präsidentschaftskandidatur des vorher kaum bekannten liberalen Politikers Boris Nadeschdins abgeben wollten. Er hatte die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen nach seinem Wahlsieg angekündigt. Die Zentrale Wahlkommission nahm ihn wegen angeblich nicht korrekt ausgefüllter Unterschriftenformulare aus dem Rennen, so wie sie vorher die ebenfalls unbekannte Provinzjournalistin Jekaterina Dunzowa disqualifiziert hatte. Sie propagiert wie Nadeschdin Frieden mit der Ukraine. Solcherlei Säuberungen wirken angesichts von Putins 80 Prozent Umfragewerte als übertrieben. Aber die Meinungsforscher von Russian Field stellten ihren Respondenten kürzlich die Frage, ob sie auch für Putin stimmen würden, wenn ein respekt-

abler und ihnen politisch nahestehender Kandidat teilnähme. Nur 47 Prozent bejahten sie, 41 Prozent aber würden für den Gegenkandidaten stimmen. Das bedeutete einen zweiten Wahlgang, für den Amtsinhaber ein Alptrauerszenario.

Gerade vor dem Hintergrund der klemmenden »Kriegsspezialoperation« dürfte Putins Präsidentschaftsverwaltung die Lage ernst nehmen. Nur drei Mitbewerber, das ist für Putin Negativrekord. Und dass sie sämtlich treu ergebene Duma-Abgeordnete sind, zeigt, dass man jedes Risiko vermeiden will. Man hat inzwischen die elektronische Stimmabgabe in 29 von 89 Wahlregionen eingeführt. Oppositionelle IT-Experten sagen, es sei für Wahlbeobachter unmög-

lich, die digitale Auszählung zu kontrollieren. Außerdem soll es die Stimmabgabe auf den staatlichen Portalen den Behörden erlauben, zu kontrollieren, wer gewählt hat und wie. Schon die Angst davor erleichtert es enorm, öffentliche Angestellte und Mitarbeiter von Staatsbetrieben zu nötigen, für den Amtsinhaber zu stimmen. Aber auch traditionelle Manipulationen wie organisierte Mehrfachstimmabgaben oder der verstohlen-gehäufte Einwurf von Wahlzetteln mit dem gewünschten Ergebnis dürften wieder massiv eingesetzt werden. Unabhängige Wahlbeobachter aber werden jetzt in großer Zahl von den lokalen Wahlkommissionen abgelehnt.

**Sonntag 12 Uhr** Das amtliche Endergebnis dürfte nur noch sehr bedingt etwas mit der Stimmung des Wahlvolkes zu tun haben. »Putin malt sich jedes Resultat, je nach Laune 80 Prozent oder 180 Prozent«, sagt Nawalny's Witwe Julia. Die Exilopposition ruft ihre Anhänger auf, am Sonntag um Punkt 12 Uhr wählen zu gehen, um mit Warteschlangen vor den Wahllokalen Widerstand gegen Putin zu demonstrieren. Aber angesichts der drückenden Angst werden daraus kaum Maskenkundgebungen werden. »Man muss der Obrigkeit nicht mit Stolz, sondern mit Demut begegnen. Gott in seiner Weisheit hat die Führer über uns gestellt, die uns lenken können«, erklärte der Petersburger Metropoliten Warsonifj kürzlich. Die Wahlen erwähnte der Kirchenfürst mit keinem Wort, ließ aber keinen Zweifel daran, was die russisch-orthodoxe Geistlichkeit auch bei dieser Veranstaltung von den Gläubigen erwartet: »Das Bessere ist immer das, was ist. Gut ist das, was Gott gewollt ist.« Das was ist, formulierte Putin kurz darauf selbst: »Russland wird von Gott direkt regiert.« Auch das klingt ziemlich siegesicher. red. ||

## »Nicht das erste Mal im Fadenkreuz«

**BUNDESWEHR** Abgeordnete dringen auf Aufarbeitung der Abhör-Affäre zu möglichem Taurus-Einsatz in der Ukraine

Das abgehörte Telefonat hochrangiger Bundeswehroffiziere über den Marschflugkörper Taurus beschäftigt weiterhin den Deutschen Bundestag. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion der AfD mit dem Titel »Taurus-Abhörskandal in der Bundeswehr« trat am Mittwoch neben Forderungen nach einer konsequenten Aufarbeitung des Vorfalls auch ein weiterer Schlagabtausch zu der Frage, ob Deutschland der Ukraine dieses Waffensystem zur Abwehr des russischen Aggressors zur Verfügung stellen sollte.

Unter der Abhör-Affäre wird ein heimlich mitgeschnittenes Gespräch hochrangiger Luftwaffenoffiziere der Bundeswehr verstanden, die sich Mitte Februar in einer Videokonferenz über Einsatzszenarien und Folgen eines etwaigen Taurus-Einsatzes durch die Ukraine ausgetauscht hatten. Das Gespräch wurde nun von Margarita Simonjan, Chef des staatlich gelenkten russischen Senders RT veröffentlicht.

**Machtwort** Rüdiger Lucassen (AfD) monierte eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Ampelkoalition. Sie führe das große Wort »Kriegstüchtigkeit« im Munde, habe aber nicht einmal den eigenen, engsten Bereich unter Kontrolle. Der Abhörskandal habe einen enormen Schaden angerichtet. Der Inspekteur der Luftwaffe habe Staatsgeheimnisse Deutschlands

und anderer Nationen ausgeplaudert, »und alles in einem Ton, als ob es sich um irgendein Spiel handeln würde«. Richtig bleibt das »Machtwort des Bundeskanzlers: Nein zum Taurus.« Falko Droßmann (SPD) sprach mit Blick auf das abgehörte Gespräch von einem »schweren Fehler«. »Das hätte nicht passieren dürfen, überhaupt keine Frage.« Der AfD warf er indes vor, den Vorfall nicht aufzuklären, sondern skandalisieren zu wollen.



Taurus-Marschflugkörper der Bundeswehr

Sie wolle geheime militärische Abläufe ins Licht der Öffentlichkeit zerren und »damit dann auch Russland weiteren Vorschub leisten«.

Jens Lehmann (CDU) sagte, der Abhörvorgang führe vor Augen, »dass Russland nicht nur in der Ukraine einen physischen Krieg führt, sondern auch asymmetrisch in Deutschland«. Er machte außerdem einen Widerspruch aus zwischen den Inhalten des abgehörten Gesprächs und der Begründung des Bundeskanzlers zu seiner Entscheidung, der Ukraine keine Taurus-Systeme zur Verfügung zu stellen: »Entweder braucht es deutsche Soldaten in der Ukraine, um den Taurus zu begleiten, oder nicht«. Es könne nur eine Wahrheit geben.

**Im Fadenkreuz** Agnieszka Brugger (Grüne) sprach von einem »schwerwiegendem Vorfall«, der aufgearbeitet werden müsse. Es sei allerdings »nicht das erste Mal, dass Deutschland im Fadenkreuz von Kriegsverbrecher Putin steht«. Es gehe dem russischen Präsidenten darum, die Gräben bei den Unterstützern der Ukraine zu vertiefen und »darum, uns bestimmte Debatten aufzuzwingen und von anderem abzulenken«. Die AfD verliere kein einziges Wort über russische Spionage, sondern verhalte sich im Umgang mit den Leaks »perfekt nach Putins Drehbuch«.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) nannte die AfD den »verlängerten Arm von Wladimir Putin«. Es solle Druck ausgeübt werden auf den Verteidigungsminister, »herorragende Generale rauszuschmeißen«, es solle Druck ausgeübt werden auf den Bundeskanzler, bloß nicht doch noch den Taurus zu liefern. »Offensichtlich hat nämlich Russland angesichts des Taurus richtig die Hose voll.« Deutschland werde seit Jahren »von Russland ausspioniert und abgehört«. Wo bleibe da der Aufschrei der AfD? Dietmar Bartsch (Gruppe Die Linke) bezeichnete den Vorfall als »maximale Floppleistung«. Es sei keinesfalls eine Relativierung der russischen Verbrechen oder auch der russischen Strategie, wenn man das hier einräume. Die Bundeswehr müsse professioneller werden. Andrej Hunko (Gruppe BSW) nannte den Inhalt des abgehörten Gesprächs den »eigentlichen Skandal«. Im Plauderton seien Szenarien diskutiert worden, die Deutschland dem Risiko aussetzen, Kriegspartei zu werden. Keine Mehrheit fand die AfD-Fraktion am Mittwoch mit einem Antrag für ein »Veto-recht des Bundestages bei Waffenexporten in Konflikt- und Kriegsgebiete« (20/6276). Die Vorlage fand keine Mehrheit gegen die Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Zustimmung der Antragsteller. Alexander Heinrich ||

## Die Warnungen verhallten

**AFGHANISTAN** Zeugen: Es gab Anzeichen für den Kollaps

Die Taliban hatten sich de facto seit Wochen in Kabul ausgebreitet, in der Stadt hielten sich ein bis zwei Millionen Flüchtlinge auf: Und trotzdem drang Jan van Thiel, im Sommer 2021 stellvertretender deutscher Botschafter in Afghanistan mit seinen warnenden Worten in Berlin nicht durch, wie er am Donnerstag vor dem 1. Untersuchungsausschuss vortrug. Als Leiter der Botschaft sei es für ihn in erster Linie darum gegangen, diesen Außenposten auf die Auflösung vorzubereiten sowie die Zentrale in Berlin möglichst realitätsgetreu in Echtzeit auf dem Laufenden zu halten.

Aus den einzelnen Provinzen, dem ländlichen Raum, von der Entwicklung in der Hauptstadt und einigen Zentren abgesehen, habe es für die Zentralregierung kaum Unterstützung gegeben, die politische Landschaft sei gespalten gewesen. Dennoch seien Sicherheitsexperten noch Anfang Juni 2021 davon ausgegangen, dass noch einige Monate Zeit sei, um das Land geordnet zu verlassen. Im Auswärtigen Amt habe der Eindruck vorgeherrsch, man könne auch nach dem Abzug der internationalen Streitkräftepräsenz auf ziviler Ebene so weiter machen als sei nichts passiert, erklärte van Thiel. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten die Augen vor dem sich abzeichnenden Zusammenbruch der afghanischen Republik, dem in zwei Jahrzehnten aufgebauten, verschlossen.

Auf seine Ausführungen zur Gefahrenlage, etwa zur schwindenden Kampfkraft der afghanischen Armee, habe er keine Gegenargumente bekommen, so von Thiel. Während er die Belange der Botschaft und des Botschaftspersonals an erster Stelle im Auge gehabt habe, sei der Betrieb in Berlin stets von einer Eigendynamik geprägt gewesen. Dort habe man zunächst noch nach eingebühten Glaubenssätzen gelebt, während es in Afghanistan ums Ganze gegangen sei.

**Beschleunigter Kollaps** Diesen Eindruck bestätigte im Ausschuss auch Brigadegeneral Jens Arlt, im Sommer 2021 Kommandeur der Evakuierungsoperation in Kabul. Viele hätten sich zunächst Illusionen, etwa über einen geordneten Abzug, einen ausreichenden zeitlichen Rahmen oder eine überschaubare Zahl auszufliegender Personen, hingegeben – doch dafür sei keine Zeit gewesen. Man habe es mit einem sich beschleunigenden Kollaps, am und rund um den Flughafen von Kabul, zu tun gehabt, während die humanitäre Lage sich zusehends verschlechtert habe. Die Belastungen für die Einsatzkräfte seien extrem hoch gewesen. Der Einsatz, nach den Worten Arlts die bisher schwierigste Evakuierungsmission der Bundeswehr, könne keine Blaupause für andere Missionen sein, so der 54-Jährige. Lucas Lypp ||

**AUFGEKEHRT**

**Krieg im Kino**

In dem Kino in Potsdam-Babelsberg will keine Stimmung aufkommen. Warum auch. Auf dem Programm steht ein Dokumentarfilm, bei dem einem speiübel werden kann: „20 Tage in Mariupol.“ Filmmaterial von der Front im Osten der Ukraine, gedreht von AP-Journalisten, die ihr Leben riskiert haben, als die schweren russischen Panzer anrückten. Die Presseleute bekommen später für ihren verstörenden Film einen Oscar. Echtes Blut in der Glitzer-scheinwelt von Hollywood, keine Kulissen in dem Fall, und leider auch kein Happyend.

Maria und ihre Mutter sind auch da an diesem Abend in Potsdam. Sie haben aus eigener Initiative die ukrainische Community zusammengeholt und wirken nervös. Maria stammt aus Kiew und arbeitet in Deutschland. Im Foyer des Kinos blickt sie todernst, sie schafft es den ganzen Abend nicht zu lächeln, stattdessen redet sie energisch auf die Leute ein, als müsste noch jemand aufgerüttelt werden.

Das ist nicht nötig. Putin will angeblich nur militärische Infrastruktur in der Ukraine treffen, doch der Film zeigt, wie Granaten in Wohnblocks und im Krankenhaus detonieren, verzweifelte Frauen und Kinder verkriechen sich irgendwo. Alte Leute schauen aus glasigen Augen geradeaus.

Wir sehen, wie Ärzte sich auf einem Scherenteppich um ein schwer verletztes Kind kümmern – vergeblich. Die geschockte Mutter hockt versteint im Flur des bunkerähnlichen Baus.

Im Kino fangen Frauen leise an zu weinen. Im Saal wird die ukrainische Nationalhymne gesungen, ein deutscher Lokalpolitiker sagt irgendwas von Solidarität. Marias Mutter hält eine Rede. Die Kinobesucher skandieren „Ruhm der Ukraine“. Dann verschwinden die Besucher wieder hilflos in der schwarzen Nacht. *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 10 JAHREN...**

**Ausspähskandal unter Freunden**

**20.3.2014: Bundestag setzt NSA-Untersuchungsausschuss ein** „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, schimpfte Angela Merkel (CDU). Der Aufschrei im Jahr 2013 war nicht nur bei der Bundeskanzlerin groß, als der frühere Mitarbeiter Edward Snowden die



Edward Snowden 2017 in Moskau

Praktiken des US-Geheimdienstes NSA publik machte. Der hatte nicht einmal davor zurückgeschreckt, das Handy der Kanzlerin abzuhören. Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA waren schwer belastet. Um die Affäre aufzuarbeiten, setzte der Bundestag am 20. März 2014 den NSA-Untersuchungsausschuss ein.

Das Gremium sollte klären, ob und wie Nachrichtendienste aus den USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland deutsche Daten ausgespäht haben. Außerdem sollte ermittelt werden, was die Bundesregierung und deutsche Behörden von den Aktivitäten wussten und was sie dagegen unternahmen. Der Ausschuss bestand aus acht Mitgliedern: sechs aus der Großen Koalition, zwei von der Opposition aus Grünen und Linken. Letztere forderten Snowden als Zeugen zu laden, der zu dem Zeitpunkt in Russland Asyl hatte. Doch dazu sollte es nicht kommen. Im Juni 2017 beendete der Ausschuss seine Arbeit. Die Abgeordneten fanden teils skandalöse Dinge heraus: So spionierte auch der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) befreundete Staaten und Unternehmen aus – ohne dass das Kanzleramt darüber informiert gewesen sein soll.

Viele Fragen blieben zwar unbeantwortet; Konsequenzen gab es dennoch: 2016 wurden dem BND per Gesetz strengere Regeln gegeben. Gleichzeitig wurden Schwachstellen bei der Spionageabwehr aufgedeckt. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: PARLAMENTSBIBLIOTHEK**



„Freiheit ist denkbar als Möglichkeit des Handelns unter Gleichen. Gleichheit ist denkbar als Möglichkeit des Handelns für die Freiheit.“ Dieses Zitat der Publizistin Hannah Arendt hat der italienischen Künstler Nannucci als Neon-Installation „Blauer Ring“ in der Parlamentsbibliothek angebracht.

**Ein Hort des Wissens und der Ruhe**

Während die Abgeordneten des Bundestages im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes hitzig debattieren, gibt es auf der gegenüberliegenden Spreeseite im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus einen Ort der Ruhe: die Parlamentsbibliothek. In ihrem kreisrunden Lesesaal ist inmitten von rund 20.000 Büchern nur vereinzelt das leise Tippen auf Computertasten zu hören. Doch die Stille trägt – hinter den Kulissen wird emsig gearbeitet.

Allein im vergangenen Jahr haben die 74 Mitarbeitenden der Parlamentsbibliothek rund 500 umfangreiche Recherchen zusammengestellt und 41.000 Auskünfte erteilt. Der Historiker Holger Scheerer, der die Parlamentsbibliothek seit über dreißig Jahren leitet, erklärt: „Die Bibliothek ist primär für die Informationsversorgung der Abgeordneten, der Mitarbeiter der Abgeordneten und der Mitarbeiter der Fraktionen und der Bundestagsverwaltung zuständig.“

Bestellen Nutzerinnen oder Nutzer online ein Buch über den Bibliothekskatalog, halten sie es innerhalb von dreißig Minuten in der Hand – das garantiert die Parlamentsbibliothek, sagt Scheerer stolz. Bei umfangreicheren Rechercheaufträgen haben die Mitarbeitenden dann etwas

mehr Zeit: „Je nachdem, ob ein Abgeordneter Informationen für einen Auftritt am Abend in der Talkshow braucht oder erst für eine Rede in der kommenden Woche, müssen die Anfragen entsprechend schnell bearbeitet werden.“

Schaut man sich die Ausleihzahlen an, sei auffällig, dass die Nachfrage nach elektronischen Medien enorm zunehme. Die Zahl der gedruckten Veröffentlichungen hingegen gehe seit Jahre zurück, sagt Scheerer. Während die Bibliothek des Bundestages in den Nullerjahren noch rund 80.000 gedruckte Bände und Schriften jährlich entliehen habe, waren es im vergangenen Jahr nur noch rund 20.000. Hauptsächlich werde diese Zahl von den Zeitschriften beeinflusst. Denn diese stünden mittlerweile fast alle online über den Bibliothekskatalog zur Verfügung, so der Bibliotheksleiter.

Trotz der sinkenden Nachfrage nach gedruckten Medien umfasst der Bestand der Bundestagsbibliothek heute 1,6 Millionen Bände. Mit dieser Zahl gehört sie neben den Parlamentsbibliotheken in Washington, Tokio und Rom zu einer der größten der Welt. Dabei hat sie einmal

ganz klein angefangen: 1949 nahm die Bibliothek des Bundestages ihre Arbeit mit lediglich 1000 Bänden auf, die sie von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates übernommen hatte. Denn Hunderttausende Bücher und Schriften, die vormals in der Bibliothek des Reichstages gelagert hatten, gingen nach einem Bombenangriff in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges fast vollständig in Flammen auf.

Die nächste große Herausforderung für die Bibliothek des Bundestages und alle Bibliotheken weltweit sieht Holger Scheerer im Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Bereits jetzt werde mit KI-basierten Anwendungen an vielen Bibliotheken und Dokumentationseinrichtungen experimentiert, erklärt er. Bisher seien die Programme jedoch noch nicht so ausgereift, dass sie auch in der Bibliothek des Bundestages eingesetzt werden könnten.

In einer Sache ist sich Scheerer jedoch sicher: „Künstliche Intelligenz ist bisher noch ein Feld, von dem wir wissen: Es wird nicht nur die Arbeit der Bibliotheken, sondern die gesamte Produktion und Distribution von Wissen dramatisch verändern.“ *Carolin Hasse*

**PERSONALIA**

**->Ilse Falk †**  
**Bundestagsabgeordnete 1990-2009, CDU**  
Am 23. Februar starb Ilse Falk im Alter von 80 Jahren. Die Fachfrau für Gartenbau aus Xanten wurde 1984 CDU-Mitglied. Von 1995 bis 2013 engagierte sie sich im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie seit 2001 im Bundesvorstand der Frauen Union. Von 1989 bis 1996 war sie Ratsfrau in Xanten. Falk, von 2001 bis 2005 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion und von 2005 bis 2009 stellv. Fraktionsvorsitzende, wirkte im Familienausschuss mit.

**->Horst Schmidbauer †**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD**  
Am 25. Februar starb Horst Schmidbauer im Alter von 83 Jahren. Der Industriekaufmann aus Nürnberg trat 1956 der SPD bei und war von 1985 bis 1997 dortiger Unterbezirksvorsitzender. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Nürnberger Stadtrat an. Schmidbauer arbeitete im Bundestag vorwiegend im Gesundheitsausschuss mit. Mit seinem Namen ist die Aufklärung des Blut-Aids-Skandals zwischen 1990 und 1994 verbunden. Als SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss „HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte“ war er wesentlich an der Opferschädigung beteiligt.

**->Uwe-Bernd Lühr**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1998, FDP**  
Uwe-Bernd Lühr wird am 17. März 75 Jahre alt. Der Diplom-Ökonom aus Halle (Saale) trat 1967 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in der DDR bei und wurde nach 1990 Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Halle sowie stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Von November 1991 bis Juni 1993 amtierte er als Generalsekretär der Bundespartei. Lühr, von 1995 bis 1998 stellv. Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, wirkte im Arbeits- sowie im Verteidigungsausschuss mit.

**->Uwe Holtz**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD**  
Am 19. März wird Uwe Holtz 80 Jahre alt. Der promovierte Romanist aus Bonn, SPD-Mitglied seit 1963, war von 1969 bis 1973 Kreistagsabgeordneter in Mettmann und 1972 jüngster Bundestagskandidat seiner Partei. Er wurde auch als bisher jüngster Abgeordneter Ausschussvorsitzender. Von 1974 bis 1994 stand er an der Spitze des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung), so lange wie bisher kein anderer Abgeordneter an der Spitze eines Ausschusses.

Von 1976 bis 1981 war er Mitglied des Vorstandes seiner Bundestagsfraktion. Holtz gehörte von 1973 bis 1995 zudem dem Europarat und der Interparlamentarischen Union an. Der vielfältig in internationalen Organisationen engagierte Fachmann für Entwicklungspolitik ist seit 1987 Honorarprofessor in Bonn und trat mit zahlreichen Publikationen hervor. Seit 2002 ist er Ehrenpräsident der Europäischen Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter.

**->Wilhelm Josef Sebastian**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-2009, CDU**  
Wilhelm Josef Sebastian begeht am 21. März seinen 80. Geburtstag. Der Geschäftsführer aus Dernau/Kreis Ahrweiler trat 1967 der CDU bei und war von 1989 bis 2002 Vorsitzender des dortigen Kreisverbandes. Von 1974 bis 1999 gehörte er dem Gemeinderat in Dernau an, amtierte von 1984 bis 1999 als ehrenamtlicher Bürgermeister und von 1980 bis 1989 als Beigeordneter des Kreises Ahrweiler. Von 1986 bis 1994 war Sebastian Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz. Im Bundestag engagierte er sich überwiegend im Verkehrsausschuss.

**->Silvia Schmidt**  
**Bundestagsabgeordnete 1998-2013, SPD**  
Am 25. März wird Silvia Schmidt 70 Jahre alt. Die Diplom-Sozialarbeiterin aus Mansfeld schloss sich 1995 der SPD an, gehörte von 1995 bis 2005 dem Landesparlament in Sachsen-Anhalt an und war von 1997 bis 2008 stellv. Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Mansfelder Land. Schmidt engagierte sich im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Gesundheitsausschuss. Von 2006 bis 2013 war sie Beauftragte ihrer Fraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

**->Uwe Beckmeyer**  
**Bundestagsabgeordneter 2002-2017, SPD**  
Uwe Beckmeyer wird am 26. März 75 Jahre alt. Der Pädagoge aus Bremen trat 1969 der SPD bei, war von 2006 bis 2010 dortiger Landesvorsitzender und gehörte von 1975 bis 1987 sowie von 1999 bis 2002 der Bürgerschaft an. Von 1987 bis 1999 war er Mitglied des Senats, u. a. als Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel. Beckmeyer, der sich im Bundestag zumeist im Verkehrsausschuss engagierte, war von 2004 bis 2011 verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion und gehörte von 2005 bis 2009 ihrem Vorstand an. Von 2013 bis März 2018 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft. *bmh*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 6-8 vom 3.2.2024: „Für die einen zu viel gespart“, Seite 8:**  
Ich muss die Wortwahl im Abschnitt „Umgang mit UNWRA“ im Artikel bemängeln. Hier wurde von „einzelnen Mitgliedern, die am Terror der Hamas beteiligt gewesen sein sollen“ berichtet. Ich bin der Meinung, dass man nicht von einzelnen Mitgliedern sprechen kann, wenn laut „Wall Street Journal“ etwa 10 Prozent der Beschäftigten des UNRWA (etwa 1.200 Mitarbeiter), Verbindungen zur Hamas oder dem Islamischen Dschihad haben sollen, auch wenn „nur“ 12 davon bei den Terrorangriffen direkt beteiligt gewesen sein sollen. Dies verzerrt leider die Realität und stellt die hohe Problematik nicht eindeutig dar.  
*Christina Keller, Heilbronn*

**Zum bevorstehenden 75. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes:**  
Am Donnerstag, 23. Mai 2024, begehen wir, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, den 75. Jahrestag des Grundgesetzes. Mir wäre wichtig, wenn dieser Tag nicht nur „offiziell“ als parlamentarischer Erinnerungstag in Berlin und gegebenenfalls in den Hauptstädten der Bundesländer gewürdigt, sondern in allen Städten, Stadtteilen und Dörfern unseres Landes als Festtag der Demokratie, des Rechtsstaats, der Menschenrechte und des Friedens gefeiert wird. Der Geburtstag unserer Verfassung ist ein Tag der Freude und des Stolzes. Es ist aber auch eine besondere Gelegenheit für alle Demokraten, eine nachdrückliche Demonstration für die Werte des

Grundgesetzes auf die Beine zu stellen. Diese Werte waren noch nie so bedroht wie jetzt. Ich appelliere an alle Parteien und ihren parlamentarischen Repräsentanten, die sich zu unserem Rechtsstaat bekennen, den 23. Mai zu einem „Volksfest der Demokratie“ zu machen. Helft bitte mit! Bewegt die Jugendorganisationen, die Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen, Schulen und Hochschulen, Sport- und Kulturvereine zum Mitgestalten. Geht auf alle Bevölkerungsschichten zu. Und vergesst nicht die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Auf alle demokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Stadt, Land und Bund kommt es jetzt besonders an.  
*Hartmut Hölscher, Weinsberg*

**Zur Ausgabe 9-11 vom 24.2.2024: „Schweigende Mehrheit“ auf Seite 12:**  
Leider geht aus dem oben genannten „Artikel“ nicht hervor, ob es sich um einen Leserbrief oder einen Kommentar aus der Redaktion handelt, was sehr bedauerlich wäre. Denn diese polemisch beleidigende, absolut unsachliche Art der Auseinandersetzung mit der sicher gemeinten AfD ist ein wesentlicher Grund für viele Menschen, schon aus Protest dagegen, eben diese Partei zu wählen. Einer Demokratie, besonders ihres Blattes, wäre es aber angemessen, sich sachlich und argumentativ mit dieser Partei auseinanderzusetzen.  
*Th. Stoll, per E-Mail*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. März.

**LIVE UND ZUM NACHSEHEN**

Topthemen vom 20. – 23.03.2024

Europäischer Rat (Mi), Nationaler Veteranentag (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

Sonderbeilage zur  
Leipziger Buchmesse  
21. – 24. März

**INTERVIEWT**  
Astrid Böhmisch – die neue  
Direktorin der Leipziger Buchmesse

SEITE 3

**GEZEICHNET**  
Zehn Jahre Manga-Comic-Con und  
der Boom eines Genres

SEITE 8

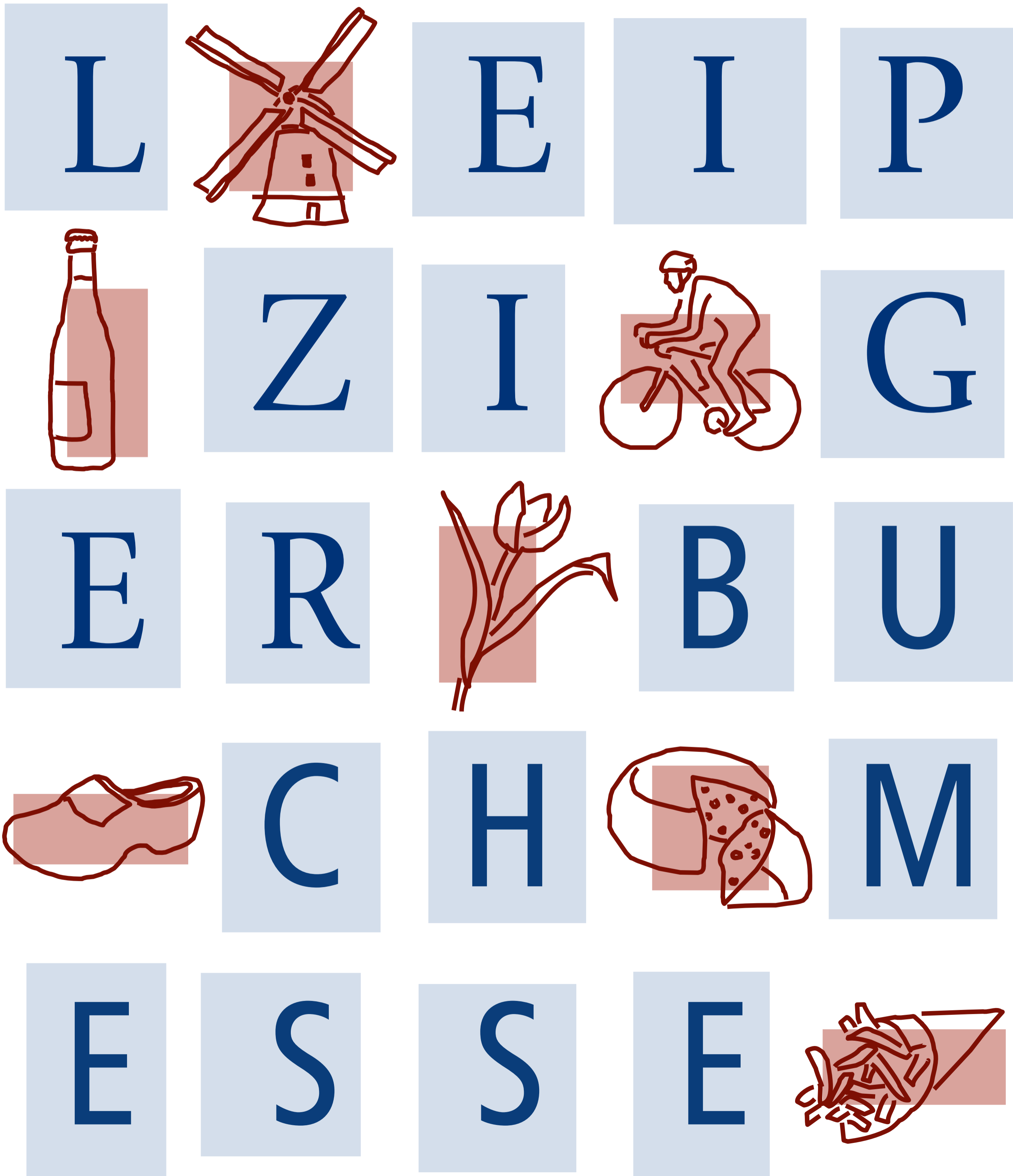
# Das Parlament



Berlin, 16. März 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544



807

© Stephan Reuter 2024



Vom 21. bis 24. März werden auch dieses Jahr wieder zehntausende von Besuchern über den Treppenaufgang in die Glashalle der Leipziger Buchmesse strömen.

© picture-alliance/dpa/Hendrik Schmidt

# Die Vereinigten Buchlande

**GASTLAND** Die Niederlande und Flandern präsentieren sich zum dritten Mal auf einer deutschen Buchmesse

Die Autorinnen und Autoren aus den Niederlanden und Flandern sind seit Jahren Publikums- und Kritikerlieblinge auf der Buchmesse und bei Leipzig liest' und überraschen immer wieder aufs Neue durch ihre frischen Perspektiven und Themen", freute sich Oliver Zille im März vergangenen Jahres mit Blick auf das Gastland Niederlande und Flandern auf der Leipziger Buchmesse 2024. Als Direktor der Leipziger Buchmesse wird Zille die Niederländer und Flamen jedoch nicht begrüßen. Dies wird seine Nachfolgerin Astrid Böhmisch übernehmen, die die Buchmesse seit Anfang des Jahres als neue Direktorin leitet. Für viele überraschend hatte sich Oliver Zille, der die Entwicklung der Leipziger Buchmesse in den vergangenen 30 Jahren maßgeblich geprägt hat, im vergangenen Jahr vom Chefposten zurückgezogen. Unbekannt ist die Niederländer und die belgischen Flamen auf dem deutschen Buchmarkt wahrlich nicht. Bereits zweimal war das Duo auf der Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1993 und 2016 als Ehrengast vertreten. Dass sich die Niederländer gemeinsam mit ihren flämischen Nachbarn aus Belgien gemeinsam präsentieren, liegt durchaus auf der Hand. Immerhin teilen sie sich eine gemeinsame Sprache: 17,8 Millionen Niederländer und 6,8 Millionen Menschen in Flandern nennen Niederländisch ihre Muttersprache. Mit ihrem dritten Auftritt auf einer der beiden größten deutschen Buchmessen neh-

men sie nun den Spitzenplatz unter den Gastländern ein und werden somit allein deswegen ihrem diesjährigen charmant-ironischen Motto „Alles außer flach“ mehr als gerecht.

**Programm** „Wir sind geografisch flach, aber gesellschaftlich, kulturell und politisch sind wir alles andere als flach“, sagt die niederländische Literaturkritikerin und Autorin Margot Dijkgraaf, die zusammen mit ihrer deutschen Kollegin, der Autorin und Journalistin Bettina Baltschev, das Programm der Niederlande und Flandern in Leipzig kuratiert. Mit einer Delegation von 41 niederländischen und flämischen Autoren und Illustratoren präsentiert sich das

»Gesellschaftlich, kulturell und politisch sind wir alles andere als flach.«

Margot Dijkgraaf

Gastland auf der Buchmesse. An seinem Stand in Halle 4 des Messegeländes und auf anderen Messebühnen sowie in der zentralen Spielstätte Schaubühne Lindenfels und weiteren Orten im ganzen Stadtgebiet sind rund 100 Veranstaltungen, vier Ausstellungen und drei digitale Literaturinstallationen geplant. Dazu kommen 13 Veranstaltungen an sieben Leipziger Schulen.

Begleitend zur Buchmesse stellt der Bücherpodcast „Kopje koffie“ Neuerscheinungen des niederländischen und flämischen Buchmarktes vor. Für die Realisierung des Gastlandauftritts zeichnen die Niederländische Literaturstiftung (Nederlands Letterenfonds) in Amsterdam, Flanders Literature in Antwerpen sowie die Niederländische Botschaft und die Vertretung Flandern in Berlin verantwortlich.

Ein Blick auf die Neuerscheinungen in den Niederlanden und Flandern zeigt, dass die

ortigen Autoren viele der aktuellen politischen und gesellschaftsrelevanten Themen in ihrem literarischen Schaffen verarbeiten. Die Kuratorinnen Margot Dijkgraaf und Bettina Baltschev umreißen die Bandbreite des Angebotes so: „Hier werden literarische Gipfel erklimmen. Hier läutet der Roman die Alarmglocke für das Klima. Die Poesie hinterfragt Herkunft und Körperlichkeit. Der Essay kritisiert den Krieg und besinnt sich auf die Gefahren, denen die Demokratie ausgesetzt ist. Vergessene Stimmen – Frauen, deren Rolle im öffentlichen Leben lange ignoriert wurde, Nachfahren verklärter Menschen – erklingen aus den Tiefen der Geschichte.“

Der Niederländer Raoul de Jong etwa be gibt sich in „Jaguarman“ (Edition Amikejo) auf die Suche nach seinen Wurzeln und denen seines Vaters in Suriname, einer ehemaligen niederländischen Kolonie in Südamerika, die erst 1974 unabhängig wurde. Und seine flämische Kollegin Gaea Schoeters zeigt in ihrem Roman „Trophäe“ (Zsolnay), dass Afrika in der Weltsicht eines weißen Großwildjägers nicht mehr ist als ein „Vergnügungspark, sein Jagdgebiet“.

**Kolonialismus** Dass der Themenkomplex Kolonialismus, Rassismus und Sklaverei von niederländischen und flämischen Literaten verstärkt aufgegriffen wird, sollte nicht verwundern. Schließlich blicken sowohl die Niederlande als auch Belgien auf eine lange und mitunter sehr blutige koloniale Vergangenheit zurück. Die Niederländer waren bereits im 17. Jahrhundert zu einer der bedeutendsten See- und Kolonialmächte mit Besitzungen in der Karibik, Südamerika und Südostasien aufgestiegen. Und Belgien schuf sich mit dem Erwerb des Kongobeckens im 19. Jahrhundert ein gewaltiges afrikanisches Kolonialreich. Die kolonialen Verstrickungen beider Länder hat bereits der flämische Historiker David Van Reybrouck in seinen beiden preisgekrönten Sachbüchern „Kongo: Eine Geschichte“ (Suhrkamp, 2012) und „Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt“ (Suhrkamp, 2022) verarbeitet.

**Rechtsruck** Thema in Leipzig wird auch der politische Rechtsruck in den Niederlanden bei den Wahlen vom November vergangenen Jahres sein, als sich „Partei der Freiheit“ des Rechtspopulisten Geert Wilders zur stärksten politischen Kraft im Land aufschwang. Auch bei den kommenden Wahlen in Belgien – dort finden am 9. Juni nicht nur die Europawahlen statt, sondern es werden sowohl ein neues Bundesparlament als auch die Landesparlamente gewählt – könnte das politische Stimmungsbild weiter nach rechts ausschlagen. Vor allem in Flandern sind rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien stark und liegen in den

**STICHWORT**

**Leseland Niederlande**

> **Verlage** In den Niederlanden gibt es rund 4.000 Verlage, darunter viele Gelegenheitsverlage und Self-publisher. Die 44 größten Verlage machen 75 Prozent des Umsatzes aus und publizieren 59 Prozent aller neuen Titel.

> **Handel** 2022 wurden 43,2 Millionen Bücher für insgesamt 664,2 Millionen Euro verkauft. Es gibt mehr als 1.000 Buchhandlungen.

> **Bibliotheken** Es existieren rund 1.270 Bibliotheksstandorte mit einem Bestand von 24,9 Millionen Büchern. 3,5 Millionen Menschen sind Mitglieder.

Umfragen vorne. Der Gastlandauftritt der Niederlande und Flandern finde deshalb auch „im Namen der Meinungs- und Pressefreiheit statt“, fördere unabhängige Verlage und setze sich für Diversität und Menschenrechte ein, heißt es bei den Verantwortlichen. Im Rahmenprogramm ist zudem eine Veranstaltung unter dem Motto „Alles außer Hass“ geplant.

**Übersetzungen** Seit den 1990er Jahren fanden immer mehr Bücher aus den Niederlanden und Flandern in Übersetzung ihren Weg auf den deutschen Buchmarkt. Prominente Autoren wie Cees Nooteboom, Hugo Claus oder Harry Mulisch wurden zu festen Größen bei deutschen Verlagen. Dies hat auch etwas mit dem Engagement der Niederlande und Flandern auf den beiden Frankfurter Buchmessen zu tun. Vor allem nach dem Gastlandauftritt 2016 stieg die Zahl der deutschen Übersetzungen deutlich an. Unterstützt wird dies auch durch die beiden Literaturstiftungen Nederlands Letterenfonds und Flanders Literature. Von den rund 7.300 Büchern, die 2022 in den Niederlanden erschienen, wurden 600 aus dem Niederländischen in 44 Sprachen übersetzt, davon etwa 120 ins Deutsche.

Auch wenn Niederländer und Flamen sich eine Muttersprache teilen, garantiert dies jedoch nicht immer eine reibungslose Verständigung. Anlässlich der Frankfurter Buchmesse 2016 schrieb der in den Niederlanden geborene, aber in Flandern lebende Autor Marc Reugebrink in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“ über das sprachliche Verhältnis zwischen Holländern und Flamen: „Sie sprechen ein bisschen komisch, die Belgier. Ein Holländer würde sagen: sie sprechen Belgisch. Für einen richtigen Flamen ist das schon eine Beleidigung. Er spricht kein Belgisch, er spricht nicht einmal Flä-

misch, er spricht Niederländisch.“ Einem Flamen, der in Amsterdam etwa fragte, wo das Reichsmuseum sei, antwortete der Holländer oft auf Englisch, berichtete Reugebrink. Überhaupt sei das Verhältnis zwischen Flamen und Niederländern, vor allem den Holländern, durch einige Ressentiments geprägt.

**Gemeinsame Geschichte** Dies mag auch mit der langen, abwechslungsreichen und durchaus konfliktgeladenen Geschichte zu tun haben, die die Niederlande mit Flandern teilen. Mal waren sie vereint, dann wieder getrennt. Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert sind große Teile der Niederlande, Belgiens und auch Luxemburgs eng miteinander verwoben, firmieren mal als burgundische, habsburgische und spanische Niederlande. Im Zuge der Reformation und Gegenreformation und des Achtzigjährigen Krieges löst sich 1581 mit dem Niederländischen Aufstand gegen Philipp II. von Spanien der reformierte, calvinistische Norden von den spanischen Niederlanden im Süden ab. Die daraus hervorgehende Republik der Vereinigten Niederlande, ein Staatenbund der Provinzen Geldern, Friesland, Holland, Overijssel, Stad en Lande, Utrecht und Zeeland, besteht bis zum Jahr 1795, als sie im Zuge des französischen Revolutions durch die neue Batavische Republik ersetzt wurde.

Nach der Niederlage Napoleons beschließen die Mächtigen Europas 1815 auf dem Wiener Kongress, die Niederländer wieder mit den südlichen belgischen Provinzen zu vereinen – als Pufferstaat gegen Frankreich. Doch diesem geschaffenen Königreich der Vereinigten Niederlande ist keine lange Lebensdauer beschieden. Die religiöse, sprachliche und wirtschaftliche Kluft zwischen Nord und Süd führt zum

**STICHWORT**

**Leseland Flandern**

> **Verlage** Die niederländische und flämische Verlagsbranche sind stark miteinander verwoben, viele flämische Autoren werden von niederländischen Verlagen herausgegeben und der flämische Verlagskonzern Lannoo besitzt vier große Verlagsgruppen in den Niederlanden.

> **Handel** In Flandern existieren etwa 400 Buchhandlungen.

> **Bibliotheken** In Flandern sind 1,4 Millionen Menschen Mitglied einer öffentlichen Bibliothek. Die rund 600 Ausleihpunkte haben zusammen 18 Millionen Bücher im Angebot.

erneuten Bruch. In der Belgischen Revolution von 1830 erhob sich die überwiegend katholische Bevölkerung der südlichen Provinzen des Vereinigten Königreichs der Niederlande gegen die Vorherrschaft der mehrheitlich protestantischen Nordprovinzen. Mit der Entstehung des Königreichs Belgien gehen Niederländer und Flandern endgültig getrennte Wege. Auch wenn die Idee einer erneuten Vereinigung von Flamen und Niederländern in einem Großniederlande immer wieder in den Köpfen von Politikern wie Geert Wilders oder des Vorsitzenden der flämischen Partei Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA), Bart De Wever, herumspukt.

Zumindest auf der Leipziger Buchmesse werden die Niederländer vom 21. bis 24. März dann doch wieder vereint sein, friedlich und intellektuell – quasi als die Vereinigten Buchlande. Alexander Weinlein II



Bettina Baltschev und Margot Dijkgraaf, die Kuratorinnen des Gastlandprogramms Niederlande und Flandern

© picture alliance/dpa/Jan Woitas



»Käse« für den Niederländer: Der niederländische König Willem-Alexander und Belgiens König Philippe tauschten auf der Frankfurter Buchmesse 2016 Literatur aus ihren Ländern aus.

© picture alliance/dpa/Frank Rumpenhorst

# »Ein organisches Gebilde«

**ASTRID BÖHMISCH** Die neue Direktorin der Leipziger Buchmesse blickt optimistisch auf die anstehende Bücherschau. Für sie stehen das klassische Buch und die neuen digitalen Medien nicht in Opposition

Nach dem Ausscheiden von Oliver Zille im vergangenen Jahr, haben Sie Anfang des Jahres die Leitung der Leipziger Buchmesse übernommen. Welches Gefühl überwiegt nur wenige Tage vor dem Start Buchmesse? Vorfreude oder Lampenfieber?  
Definitiv die Vorfreude.

Gleich dreimal musste die Leipziger Buchmesse während der Corona-Pandemie abgesagt werden. Hat sich die Messe von diesem tiefen Einschnitt erholt?  
Das kann ich mit einem klaren Ja beantworten. Die Buchmesse 2023, die unter dem Motto „Neustart“ stand, hat wunderbar funktioniert. Einerseits wegen der Treue und dem Engagement der Aussteller, die auf einem großartigen Level zurückgekommen sind. Sie wissen um die Sinnhaftigkeit und die Nachhaltigkeit der Leipziger Buchmesse und ihrer besonderen Wirkung. Und das gleiche gilt für die Besucher und Besucherinnen der Buchmesse.

Können Sie das näher beziffern?  
Bei den gemeldeten Ausstellern liegen wir aktuell etwas über dem Stand der Buchmesse 2023. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 270.000 Besucher und Besucherinnen. Wir hoffen natürlich, dass sich die Menschen auch in diesem Jahr wieder dafür entscheiden, in Leipzig ihre Leseinspiration zu finden, sich mit anderen Menschen auszutauschen und diese Energie mit nach Hause zu nehmen. Sicherlich ist 2024 für viele Familien finanziell ein sehr herausforderndes Jahr. Aber wir blicken sehr zuversichtlich auf den Start der Buchmesse – wenn uns kein Bahnstreik in die Quere kommt.

Wie geht man als Messe denn mit der Gefahr eines Bahnstreiks um, von dem tausende von Besuchern, Ausstellern und Autoren betroffen wäre?  
Wir beobachten die Situation in der Presse und stehen auch in engem Kontakt mit den Verantwortlichen in Stadt und Land. Aber abschätzen lässt sich das natürlich nicht abschließend.

Sie haben auf den Neustart der Buchmesse 2023 hingewiesen. „Neustart Kultur“ nannten sich auch jenes Bundesprogramm während der Corona-Jahre für die Kulturbranche, das im vergangenen Jahr ausgelaufen ist. Wie wichtig waren diese Staatshilfen für die Leipziger Buchmesse?  
Sie waren sehr wichtig. Sie ermöglichten die weitere Planung und Vorbereitungen. Messen wie die Leipziger Buchmesse werden weit über ein Jahr im Voraus geplant – inhaltlich und organisatorisch. Vor allem waren sie das wichtige Signal der Politik in die gesamte Kulturbranche, dass sie relevant für unsere Gesellschaft ist.

„Neue Besen kehren gut“, sagt der Volksmund etwas uncharmant. Ihren

Posten als neue Direktorin der Buchmesse haben Sie erst im Januar angetreten. Sehen Sie dennoch schon Veränderungsbedarf bei der Leipziger Buchmesse?  
Wenn man eine Institution wie die Buch-

messe übernimmt und sagt, da muss ich gar nichts ändern, dann würde das wohl jeden – einschließlich mich selbst – stutzig machen. Die Buchmesse ist eine Plattform, wir geben einen Kontext und einen Raum für unsere Aussteller und Besucher. Somit sind wir ein organisches Gebilde. Und als Direktorin sehe ich es als meine Pflicht an, dieses Gebilde kontinuierlich weiterzuentwickeln. Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, ob unsere Präsentationsformen noch passen oder ob wir den in der Gesellschaft präsent Themen ausreichend Raum geben. Das ist aber auch das Schöne an der Aufgabe.

**„Der unmittelbare Kontakt zu den Leserinnen und Lesern ist für die gesamte Branche von unschätzbarem Wert – auch für kleinere Verlage.“**

Astrid Böhmisch

Haben Sie konkrete Vorstellungen für Veränderungen?  
Wichtig ist für uns zunächst die aktuelle Buchmesse, auf der wir Veränderungen realisieren, die bereits im vergangenen Jahr angestoßen wurden. Als Beispiel nenne ich zum einen das Forum offene Gesellschaft. Das steht unter dem Motto „Diskutieren, was unsere Zeit bewegt“. Dies bietet einen Rahmen für Panels und Diskussionen, den Austausch mit Autorinnen und Autoren. Das zweite Beispiel ist unsere in der Fläche vergrößerte #buchbar, eine Art Café, in dem vor allem ein jüngeres Publikum mit den Autoren in Kontakt treten kann. Für die Zukunft gibt es aber sicher viele Bereiche, die wir kuratorisch besser betreuen müssen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der große und wachsende Audio-Bereich: Hörbücher oder Podcasts. Da müssen wir uns über neue Präsentationsformen Gedanken machen. Bücher sind sehr sinnlich erfahrbar. Die Aufgabe wird sein, wie wir digitale Hörbücher ebenfalls so sinnlich präsentieren können, dass die Besucherinnen und Besucher gerne in eine Interaktion treten. Ich denke aber auch an den Bereich der Künstlichen Intelligenz. Das ist ein Thema, das aktuell bei vielen Menschen noch sehr angstbehaftet ist. Da müssen wir neue kuratorische Klammern setzen.

Sie schauen selbst auf eine abwechslungsreiche Karriere in der Filmbranche, beim Piper Verlag und beim Digitaldienstleister Bookwire. Macht es das einfacher, über das klassische Buch hinaus zu denken?  
Ich denke schon. Wir dürfen die unterschiedlichen Medien nicht als in Opposition stehend betrachten. Nehmen Sie nur den Lese-Trend bei einer Plattform wie TikTok, wo junge Menschen ihre Lieblingsbücher empfehlen. Bücher, die auch schön gestaltet sind, mit Farbschnitt und Veredelung. Da lässt sich die Verknüpfung zwischen klassischen und sehr progressiven, digitalen Medien gut beobachten.

Thedel von Wallmoden, Verleger des Wallstein Verlages, äußerte Ende vergangenen Jahres in einem Beitrag für das Leipziger Stadtmagazin „Kreuzer“, die Leipziger Buchmesse sei „keine heilige Kuh der Branche“. Weil sich nicht alle Verlage den gleichen Nutzen von der Messe versprechen würden, sei sie „als zweitwichtigste neben der Frankfurter Buchmesse keineswegs unumstritten“. Hat Sie diese Aussage aufgeschreckt?  
Nein. Ich spreche mit vielen Verlegern und Verlegerinnen und von denen wird die Situation sehr positiv beurteilt. Sicherlich ist nichts eine heilige Kuh. Aber es käme einer freiwilligen Selbstverweigerung gleich, wenn man auf die Möglichkeit, das Buch sowohl im Frühjahr in Leipzig als auch im Herbst in Frankfurt



Die Direktorin der Leipziger Buchmesse, Astrid Böhmisch.

© picture-alliance/dpa/Hendrik Schmidt

mit einer so großen medialen Wucht zu präsentieren, verzichten würde. Mein Bestreben ist es, mit allen Beteiligten, den Verlegern, den Ausstellern, den Partnern im politischen Bereich daran zu arbeiten, die Bühne für das Thema Lesen auch weiterhin zweimal im Jahr zu gewährleisten. Der unmittelbare Kontakt zu den Leserinnen und Lesern ist für die gesamte Branche von unschätzbarem Wert – auch für kleine Verlage.

Gastland auf der diesjährigen Buchmesse sind die Niederlande und Flandern. Sie präsentierten sich bereits zweimal gemeinsam auf den Frankfurter Buchmessen 1993 und 2016. Ist der deutsche Buchmarkt so interessant für die Niederländer und Flamen?  
Sie haben sich jedenfalls mit sehr viel Enthusiasmus der Aufgabe gestellt, sich erneut in Deutschland zu präsentieren. Daran kann man erkennen, dass der deutsche Markt sehr interessant ist für sie. Beim Blick auf das inhaltliche Programm und den geplanten Veranstaltungen nehme ich wahr, dass es ihnen ein großes Anliegen ist, neben den etablierten und auch auf dem deutschen Markt bekannten und großen Namen der niederländischsprachigen Literatur vor allem jungen und diversen literarischen Stimmen Raum zu geben. Mit diesem Ziel sind sie angetreten und ich bin mir sicher, dass ihnen das auch gelingt. Sie präsentieren sich mit einer sehr breiten literarischen

Palette, die von Comics bis zu einem feministischen Kollektiv, das aus zwölf Autorinnen besteht, reicht. Die Besucher der Messen werden jedenfalls interessante Entdeckungen machen können.

Spätestens seit der Documenta 15 gibt es in Deutschland eine heftige Diskussion über Antisemitismus in der Kulturbranche. Auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst wurde dem slowenischen Autoren Slavoj Žižek wegen seiner Rede bei der Eröffnungsfeier Antisemitismus vorgeworfen, ebenso Film-schaffenden auf der Berlinale. Befürchten Sie ähnlich negative Schlagzeilen für die Leipziger Buchmesse?  
Nein, negative Schlagzeilen befürchte ich nicht. Als Buchmesse geben wir allen Raum, die für einen friedlichen und konstruktiven Austausch sorgen. Die Grundlagen sind Meinungsfreiheit und Toleranz. Die Grenze verläuft dort, wo Meinung zu Desinformation und Hetze und die Würde des Menschen verletzt wird. In der aktuellen Situation achten wir auch bei allen Veranstaltungen darauf, ob und wo es Gefährdungslagen geben könnte.

Die Leipziger Buchmesse hat sich immer auch als Drehscheibe zwischen Ost und West verstanden. Nun tobt seit zwei Jahren der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wie geht die Buchmesse damit um?

Wir legen in Leipzig seit langem einen Schwerpunkt auf Südosteuropa. Das machen wir beispielsweise mit unserem Traduki-Programm in Zusammenarbeit mit der S. Fischer Stiftung, mit dem wir zeitgenössische Literatur aus Südosteuropa in deutscher Übersetzung vorstellen. Wir wollen damit zeigen, wie man aus der Perspektive dieser Länder auf Europa schaut. Das hat eine lange und schöne Tradition. Die Ukraine wird selbstverständlich einen eigenen Stand haben, der sowohl von uns als auch von der Stadt Leipzig und vom Freistaat Sachsen unterstützt wird. Es ist uns sehr wichtig, dass sich ukrainische Kulturschaffende präsentieren können und wir das Zeichen aussenden, dass in Deutschland eine gesellschaftliche Unterstützung vorhanden ist. Das gilt übrigens auch für Belarus, ein Land das ein bisschen aus dem Fokus geraten ist. Literarisches Schaffen findet dort nur noch unter schwersten Bedingungen, im Gefängnis oder im Exil statt. Es ist essenziell, dass die Öffentlichkeit wahrnehmen kann, dass weiter literarisch für ein anderes Belarus in der Zukunft gearbeitet wird. An ganz vielen Stellen der Messe kann man sich über Panel-Diskussionen und Lesungen mit diesem Thema auseinandersetzen.

In diesem Jahr feiert die Manga-Comic-Con ihr zehnjähriges Jubiläum... Ja, das ist großartig!

Was ursprünglich eher eine Nische war, hat sich zu einem großen Erfolg entwickelt. Die Comic-Branche boomt und vor allem Manga erfreuen sich beim jungen Publikum großer Begeisterung. Greifen Sie denn selbst mal zu einem Manga-Comic?  
Da bin ich eher durch die klassischen französischen und belgischen Comics sozialisiert. Manga sind nicht unbedingt meine Leseheimat. Aber ich finde es unglaublich faszinierend, was für eine großartige Jugendkultur die Fangemeinde ist: sehr offen, sehr inklusiv und engagiert. Und diese live und physisch auf der Buchmesse erleben zu können, ist eine tolle Sache.

Wo liegt denn die Leseheimat von Astrid Böhmisch?  
Ich lese sehr breit, versuche abzuwechseln zwischen Belletristik und Sachbuch und mir dadurch einen Überblick über den Buchmarkt zu erhalten. Auch wenn ich gestehen muss, dass ich wegen der Vorbereitungen für die Buchmesse kaum zum Lesen gekommen bin. Aktuell habe ich mir gerade den Roman „Gewässer im Zipflock“ von Dana Vowinckel gekauft. Sie ist eine der Nominierten für den Preis der Leipziger Buchmesse, der in diesem Jahr zum 20. Mal verliehen wird.

Das Interview führte Alexander Weinlein

## ZUR PERSON

Astrid Böhmisch, geboren 1974 in Passau, studierte Germanistik und Anglistik. Zwischen 2006 und 2016 war sie in der Filmbranche im Bereich Marketing bei Senator Films, Delphi Films und Wild Bunch tätig. Nach einer Station beim Piper Verlag zwischen 2016 und 2020 wechselte sie zum Digitaldienstleister Bookwire und war dort zuständig für Account Management und Marketing für Verlagskunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Anfang 2024 übernahm sie die Direktion der Leipziger Buchmesse.

Wir legen in Leipzig seit langem einen Schwerpunkt auf Südosteuropa. Das machen wir beispielsweise mit unserem Traduki-Programm in Zusammenarbeit mit der S. Fischer Stiftung, mit dem wir zeitgenössische Literatur aus Südosteuropa in deutscher Übersetzung vorstellen. Wir wollen damit zeigen, wie man aus der Perspektive dieser Länder auf Europa schaut. Das hat eine lange und schöne Tradition. Die Ukraine wird selbstverständlich einen eigenen Stand haben, der sowohl von uns als auch von der Stadt Leipzig und vom Freistaat Sachsen unterstützt wird. Es ist uns sehr wichtig, dass sich ukrainische Kulturschaffende präsentieren können und wir das Zeichen aussenden, dass in Deutschland eine gesellschaftliche Unterstützung vorhanden ist. Das gilt übrigens auch für Belarus, ein Land das ein bisschen aus dem Fokus geraten ist. Literarisches Schaffen findet dort nur noch unter schwersten Bedingungen, im Gefängnis oder im Exil statt. Es ist essenziell, dass die Öffentlichkeit wahrnehmen kann, dass weiter literarisch für ein anderes Belarus in der Zukunft gearbeitet wird. An ganz vielen Stellen der Messe kann man sich über Panel-Diskussionen und Lesungen mit diesem Thema auseinandersetzen.

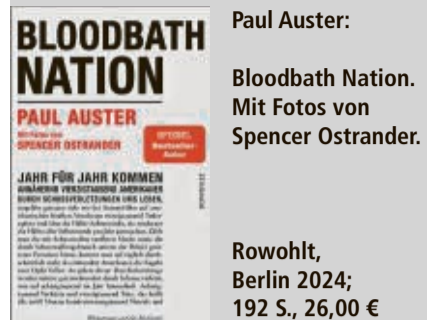
In diesem Jahr feiert die Manga-Comic-Con ihr zehnjähriges Jubiläum... Ja, das ist großartig!

Was ursprünglich eher eine Nische war, hat sich zu einem großen Erfolg entwickelt. Die Comic-Branche boomt und vor allem Manga erfreuen sich beim jungen Publikum großer Begeisterung. Greifen Sie denn selbst mal zu einem Manga-Comic?  
Da bin ich eher durch die klassischen französischen und belgischen Comics sozialisiert. Manga sind nicht unbedingt meine Leseheimat. Aber ich finde es unglaublich faszinierend, was für eine großartige Jugendkultur die Fangemeinde ist: sehr offen, sehr inklusiv und engagiert. Und diese live und physisch auf der Buchmesse erleben zu können, ist eine tolle Sache.

Wo liegt denn die Leseheimat von Astrid Böhmisch?  
Ich lese sehr breit, versuche abzuwechseln zwischen Belletristik und Sachbuch und mir dadurch einen Überblick über den Buchmarkt zu erhalten. Auch wenn ich gestehen muss, dass ich wegen der Vorbereitungen für die Buchmesse kaum zum Lesen gekommen bin. Aktuell habe ich mir gerade den Roman „Gewässer im Zipflock“ von Dana Vowinckel gekauft. Sie ist eine der Nominierten für den Preis der Leipziger Buchmesse, der in diesem Jahr zum 20. Mal verliehen wird.

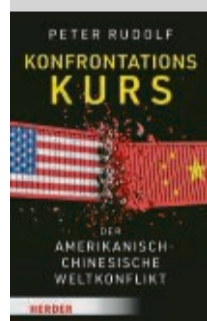
Das Interview führte Alexander Weinlein

KURZ REZENSIIERT



**Paul Auster:**  
**Bloodbath Nation.**  
 Mit Fotos von  
 Spencer Ostrander.  
 Rowohlt,  
 Berlin 2024;  
 192 S., 26,00 €

Es ist zwar keiner seiner typischen Romane, aber es ist sein typischer Erzählstil: In seinem Essay „Bloodbath Nation“ beschäftigt sich der US-amerikanische Autor Paul Auster mit Ursachen und Folgen des Waffenwahns in seinem Heimatland. Der Text ist eine Mischung aus persönlicher Erinnerung, historischer Betrachtung, politischer Einordnung und eindringlichem Appell. Auster beginnt mit seiner Kindheit und Jugend, in der er selbst erste Schießübungen an Tontauben machte und glühender Fan der vielen Fernseh-Western war. Später, als junger Erwachsener, erfuhr er heute 77-Jährige über Umwege von einem düsteren Familiengeheimnis: Seine Großmutter hatte 1919 seinen Großvater erschossen, diese Tat wurde von Austers Vater und dessen vier Geschwistern jedoch jahrzehntelang verschwiegen. Austers Familie ist damit eine von Hunderttausenden in den USA, die durch Waffengewalt verheert, zerrütet, zerstört wurde. Später kommt Auster von der Geschichte der Siedlermilizen über die Black-Panther-Bewegung zu den Amokläufen und „mass shootings“ der Vereinigten Staaten von heute und erzählt anhand jener unbegreiflicher Taten, wie immer wieder einzelne Menschen mit Waffen innerhalb weniger Minuten die Leben dutzender oder hunderter sinnlos auslöschen. Was schade ist: Die den Text begleitenden Fotografien von Spencer Ostrander, der einige Orte von Amokläufen eindrücklich abgelichtet hat, versuppen im zu kleinen Buchformat und im körnigen Schwarz-Weiß-Druck auf den matten Buchseiten. So können sie leider nicht die selbe Wucht entfalten, wie es Austers Worte tun: „Seit 1968 haben anderthalb Millionen Amerikaner ihr Leben durch Schusswaffen verloren – das sind mehr Tote als die Gesamtsumme aller Kriegstoten, die unser Land zu beklagen hatte seit der erste Schuss in der Amerikanischen Revolution gefallen war.“ *Elena Müller* ||



**Peter Rudolf:**  
**Konfrontationskurs.**  
 Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt.  
 Herder,  
 Freiburg 2024,  
 256 S., 22,00 €

Die Prognose stimmt wenig optimistisch: „Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt wird, wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert in einem ähnlich starken Maße prägen wie einst der Ost-West-Konflikt“, schreibt Peter Rudolf am Ende seines Buches „Konfrontationskurs“ über das schwierige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Die größte Gefahr für eine Verschärfung des Konflikts sieht Rudolf, habilitierter Experte für US-Außenpolitik und die transatlantischen Beziehungen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), in dem tiefen Misstrauen, das mittlerweile zwischen der aufstrebenden Weltmacht China und der etablierten Weltmacht USA herrsche. Als eines von vielen Beispielen nennt er die Nuklearrüstung. Da jeder dem „jeweils anderen feindliche Absichten“ unterstelle, führe dies mit einem Wettrennen „zu einer Verschärfung des Sicherheitsdilemmas“ und noch mehr Argwohn auf beiden Seiten. Vor allem der Streit um Taiwan hat nach Rudolfs Einschätzung das Potential, dass aus dem kalten Konflikt irgendwann ein heißer Krieg werden könnte, der noch sehr viel dramatischere Folgen für die Weltwirtschaft hätte als der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Für wahrscheinlich als eine Invasion hält Rudolf allerdings eine Blockade der Insel, möglicherweise in Kombination mit Cyber-Angriffen sowohl gegen Taiwan als auch die USA. Sollte es so weit kommen, hätten Europa und Deutschland wirtschaftlich mehr zu verlieren als die USA, wie Rudolf vorrechnet. Das 250 Seiten starke Buch, von dem allerdings 60 Seiten und damit fast ein Viertel auf Anmerkungen entfallen, bietet einen guten Überblick über die verschiedenen Aspekte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Leider ist es dem Autor aber etwas trocken geraten, so dass die Lektüre mitunter etwas mühsam ist. *Joachim Riecker* ||

Zum 45. Geburtstag ihres Mannes am 25. Januar 2023 postete Olena Selenska, er sei derselbe Typ geblieben, den sie im Alter von 17 Jahren kennengelernt habe. Einschränkung fügte sie hinzu: „Du lächelst jetzt viel weniger.“ Ihr Mann, Präsident Wolodymyr Selenskyj, habe – wie die Mehrheit der Ukrainer – bis zum letzten Tag nicht geglaubt, dass Russland die Ukraine angreifen werde. „Wir hätten nie gedacht, dass so etwas passieren könnte, denn das ganze Gerede über den Krieg war nur Geschwätz gewesen“, erzählt die First Lady. Deshalb schlief sie mit ihrem Mann und den beiden Kindern in der ungeschützten Präsidialresidenz, die in der ersten Kriegsnacht von einer einzigen Rakete hätte zerstört werden können. Als der Krieg begann, wurde die Familie getrennt: Sicherheitskräfte fuhren Olena Selenska mit Tochter und Sohn monatelang durch das Land, täglich musste der Wohnort gewechselt werden, um den Aggressoren keine Möglichkeit zu geben, sie als Geiseln zu nehmen – das hätte den Präsidenten erpressbar gemacht.

**Aufruf zur Flucht** Noch wenige Tage vor Kriegsbeginn hatte die Familie Selenskyj Angebote erhalten, ins Ausland zu fliehen. Dem Präsidenten wurde empfohlen, eine Exil-Regierung zu bilden. Um die Chancen der Ukrainer stand es schlecht: Am ersten Kriegstag gab der Westen dem Land maximal drei Tage bis die russischen Truppen Kiew erobern. Unterdessen führte Selenskyj sein Land aus einem Bunker mitten in Kiew; an die Einwohner der Hauptstadt waren 25.000 Kalaschnikow-Sturmgewehre zur Verteidigung ausgegeben worden. Auch Parlamentspräsident Ruslan Stefanchuk, ein alter Freund Selenskyjs, musste seinen Zufluchtsort ständig wechseln, da er als offizieller Nachfolger des Präsidenten gegebenenfalls die Staatsführung hätte übernehmen müssen. Nachdem der Präsident das Kriegsrecht landesweit verhängt hatte, rief Stefanchuk als Sprecher der Werchowna Rada eine Dringlichkeitssitzung des Parlaments ein, um das Präsidialdekret offiziell beschließen zu lassen. Denn damit wurde insbesondere die Legislativfunktion des Parlaments außer Kraft gesetzt. „Nicht jeder Generation von Ukrainern wird die Ehre zuteil, für die Unabhängigkeit ihres Staates zu sterben“, rief der Parlamentspräsident den Fraktions- und Ausschussvorsitzenden zu.

**Zeitzeuge vor Ort** Bislang hat kein anderes Buch die Ereignisse seit Kriegsbeginn in der Ukraine so exzellent beschrieben wie das überaus empfehlenswerte Buch „Vor den Augen der Welt“ des amerikanischen „Time“-Reporters Simon Shuster. Bereits drei Jahre vor dem Krieg hatte er Selenskyj zum ersten Mal interviewt, danach blieb er in Kiew und verfolgte das Kriegsgeschehen als Zeitzeuge vor Ort. Mehrmals sprach er mit Olena und Wolodymyr Selenskyj, mit dessen engsten politischen Weggefährten, Verbündeten und Freunden. Selenskyj hatte entschieden, dass Shuster, ein Amerikaner mit russisch-ukrainischen Wurzeln, der Öffentlichkeit die Beweggründe für sein Handeln offenlegen sollte. Dazu gehört auch die Vorgeschichte: Selenskyj und seine Familie avancierten mit Beginn seiner politischen Karriere nicht nur zu Feinden der russischen Staatspropaganda. Zu seinen Widersachern zählten auch die Medienkonzerne der mächtigen ukrainischen Oligarchen, die Selenskyj entmachten wollte. Kenntnisreich berichtet Shuster über die Hintergründe der politischen und militärischen Entwicklungen im Verlauf des Krieges. Er führte zahlreiche Gespräche mit ukrainischen Militärs, darunter mit dem



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verschafft sich im Juli 2022 während eines Truppenbesuchs einen Überblick über die militärische Lage an der Front. © picture-alliance/Sven Simon-ThePresidentialOfficeUkraine

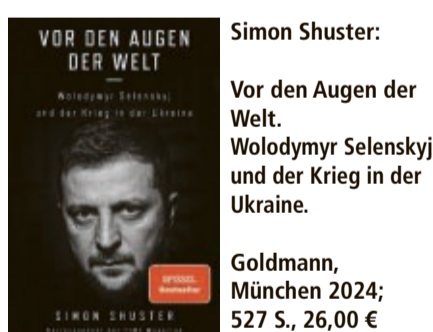
# Im Bunker

**UKRAINE** Simon Shuster hat eine exzellente Darstellung über den Krieg und die Rolle Selenskyjs vorgelegt

erst kürzlich entlassenen Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj. Durchaus kritisch merkt er an, Selenskyj habe „durch sein Verhalten vor der Invasion zumindest eine Teilschuld am dürfigen Zustand der Landesverteidigung“. Dies sei allerdings auch dem Umstand geschuldet gewesen, dass Selenskyj Wladimir Putin nicht mit Kriegsvorbereitungen habe provozieren wollen. Schließlich sei er ins Amt gewählt worden, weil er im Wahlkampf vor allem für Frieden geworben habe.

**Putins Furcht** Fesselnd beschreibt Shuster, in welch dramatischer Situation sich Selenskyj befand, der im Dezember 2019 ganz auf das persönliche Treffen mit Putin gesetzt hatte, um einen Krieg zu verhindern. Zugleich ordnet er die Entwicklung in der Ukraine in die regionalen und globalen Konflikte ein. Schon früh sei klar erkenn-

bar gewesen, wie tief Putins Furcht und Ressentiments gegenüber dem Westen waren und dass er das Existenzrecht der ukrainischen Nation ablehnte. Ausgerechnet der russischsprachige Jude Selenskyj, der in Russland ebenso populär war wie in der Ukraine, störte Putins paranoide Vorstellung von der Ukraine als „Anti-Russland“.



**Simon Shuster:**  
**Vor den Augen der Welt.**  
 Wolodymyr Selenskyj und der Krieg in der Ukraine.  
 Goldmann,  
 München 2024;  
 527 S., 26,00 €

Nach dem russischen Einmarsch habe Selenskyj bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Friedensverhandlungen akzeptiert. Sie scheiterten jedoch, nachdem die Unterhändler nicht weiterkamen und es den Staatsoberhäuptern überließen, Lösungsmöglichkeiten zu finden. Für Selenskyj wäre selbst die angestrebte Nato-Mitgliedschaft verhandelbar gewesen, hätte sein Vorgänger Petro Poroschenko dies kurz vor seiner Wahlniederlage nicht in der Verfassung verankert. Shusters hervorragendes Buch ist auch all jenen sogenannten „Experten“ zu empfehlen, die in Talkshows über angebliche „Friedensangebote“ Putins fabulieren und die imperialistische Politik des Kremlherrn schönreden. Neben den Büchern von Serhij Plokhly gehört es zu den Büchern über die Ukraine, die man unbedingt gelesen haben sollte. *Aschot Manutscharjan* ||

# Schwieriger Umgang mit dem äußeren Schweinehund

**AUSSENPOLITIK** Von Werten und von Interessen: Frank Bösch zeichnet Deutschlands »Deals mit Diktaturen« nach

Ein „Schweinehund“ sei er, keine Frage, „aber er ist unser Schweinehund“. So soll sich US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1938 über Nicaraguas Diktator Anastasio Somoza Garcia ausgelassen haben. Das Regime der Somoza-Familie hielt sich in Nicaragua noch lange an der Macht. Als der Sohn des „Schweinehunds“ Anastasio Somoza Debayle sich nach seinem Sturz 1979 im Exil in Florida niederlassen wollte, gab ihm die Regierung von US-Präsident Jimmy Carter zu verstehen, dass seine Anwesenheit nicht erwünscht sei. Die Zeiten hatten sich geändert. Wie die Bundesrepublik mit Autokratien und „Schurkenstaaten“ seit 1949 umgegangen ist, das hat der Historiker Frank Bösch in seinem Buch „Deals mit Diktaturen“ untersucht: Von den ersten außenpolitischen Gehversuchen im Schatten der Nazi-Diktatur, als die junge Demokratie des westlichen Deutschlands gewissermaßen selbst noch ein Paria war und etwa die Nähe zum iranischen Schah-Regime suchte, bis zur viel diskutierten „wertgeleiteten Außenpolitik“ der Gegenwart, auf die sich SPD, Grünen und FDP in ihrem Koalitionsvertrag verständigt haben. Letzterem Anliegen steht der Autor nicht ablehnend gegenüber, gießt aber doch Wasser in den Wein. Die Vorstellung, mit Anreizen in der Außen-

und Entwicklungspolitik, mit Druck, Sanktionen oder gar militärischen Interventionen auf autoritäre Regime einzuwirken und der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen, habe sich nach dem Epochenwandel von 1989 allzu oft als Illusion erwiesen.

**Hartleibigkeit** Und doch finden sich Beispiele, bei denen Außenpolitik in diesem Sinne Wirkung entfalten konnte. Bösch zeichnet nach, wie sich die bundesdeutsche Politik nach anfänglicher Hartleibigkeit gegen Kritik am Umgang mit Ländern wie Francos Spanien stärker auf die Frage der Menschenrechte einließ. Der Schah-Besuch 1968, bei dem der Protest von Studenten und Exil-Iranern von der West-Berliner Poli-



**Frank Bösch:**  
**Deals mit Diktaturen.**  
 Eine andere Geschichte der Bundesrepublik.  
 C.H. Beck,  
 München 2024;  
 622 S., 32,00 €

zei niederknuppelt wurde, war ein markanter Wendepunkt, der Schock mit Blick auf die Militärputsche in Griechenland 1967 und Chile 1973 ebenso: Hier sahen laut Bösch Teile der deutschen Öffentlichkeit die Bedrohung eines Abgleitens in die Diktatur auch für die Bundesrepublik aufziehen. Mit dem Eintreten für bedrängte Oppositionelle aus diesen Ländern entwickelte eine wache Öffentlichkeit wirkungsvolle außenpolitische Instrumente, die die Bundesregierungen nach und nach in ihren Dialog mit Autokratien aufnahm und die zum Beispiel der Bundestag mit seinem Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ pflegt. Der Gründung der deutschen Sektion von Amnesty International, der damals größten Sektion in Westeuropa, widmet Bösch ein ganzes Kapitel. Und dennoch ließen sich die Bundesregierungen im Umgang mit Diktaturen immer auch durch pragmatische, „realpolitische“ Überlegungen leiten: Absatzmärkte und Rohstoffabhängigkeiten gehörten dazu, auch Bündnisfragen im Kalten Krieg und die Interessen westlicher Partner. Das Konzept eines „Wandels durch Handel“, eine Liberalisierung von Autokratien durch wechselseitige Verflechtung und Interdependenz, sieht Bösch mit Blick auf die Beispiele Chinas und Russlands als vorerst

widerlegt an. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands bleibt für ihn dennoch „ein potentielles Faustpfand, um für Menschenrechte einzutreten“. Böschs Buch bietet interessante Einblicke in einen grundlegenden Wandel der Bundesrepublik und zeigt auf überzeugende Weise, dass Außenpolitik nicht allein Sache der Bundeskabinette war, sondern sich im Wechselspiel zwischen einer selbstbewussten auftretenden politischen Öffentlichkeit, den Interessen oppositioneller migrantischer Gruppen, den Interessen von Unternehmen und Beharrungskräften in den Ministerien konstituierte.

**Lernfähigkeit** Ob das Buch damit gleich eine „andere Geschichte der Bundesrepublik“ bietet, mag dahingestellt sein. Dass Außenpolitik auf innenpolitische Stimmungen reagiert, ist keine Überraschung, auch nicht die Beobachtung, dass gerade die junge Bundesrepublik bei Deals mit Diktaturen alles andere als zimperlich war. Hinter die Wirksamkeit eines demokratischen „Wertexports“ heute setzt Bösch mit guten Gründen einige Fragezeichen. Für die Lernfähigkeit einer Demokratie, ihre Fähigkeiten zu Kurskorrekturen und Interessenausgleich liefert sein Buch ebenso gute Belege. *Alexander Heinrich* ||

KURZ REZENSIIERT



**Sofi Oksanen:**  
**Putins Krieg gegen die Frauen.**  
 Kiepenheuer & Witsch,  
 Köln 2024;  
 336 S., 24,00 €

Die renommierte finnische Schriftstellerin Sofi Oksanen beginnt ihr Buch mit einer Geschichte über ihre Großtante: Nach der Besetzung Estlands durch die Sowjetunion wurde sie zu Verhören abgeholt. Als die Großtante zurückkam, hatte sie aufgehört zu sprechen. Dieses Erlebnis dient der Autorin als Beispiel dafür, wie Russland bis heute „Misogynie als ein zentrales Werkzeug seiner Macht einsetzt“. In ihrem informativen Essayband beschreibt Oksanen die von „Russland ausgeübte sexuelle Gewalt“ als einen wesentlichen „Teilfaktor des gegen die Ukrainer gerichteten Völkermords“. Klammere man die an der Front gefallenen oder verwundeten Soldaten aus, litt vor allem Frauen und Kinder unter den systematisch verübten brutalen Übergriffen der Aggressoren. Putins Kriegsmotive führt die Autorin aber nicht allein auf seine Misogynie zurück. Neben den imperialen Ambitionen Moskaus betont Oksanen die von Russland gepflegte Sonderrolle, die in Westeuropa und Deutschland nicht beachtet werde. Dabei beschwöre Putin die moralische Überlegenheit und Einzigartigkeit der Russen in nahezu jeder seiner Reden. Er sei stolz darauf, Anführer des vermeintlich ehrlichsten, gerechtesten, tapfersten und gutmütigsten Volkes aller Zeiten zu sein. Dass die Westeuropäer genau diesen Mythos von der reinen „russischen Seele“ nicht kritisch hinterfragten, moniert die Autorin nachdrücklich. Putin weist den Frauen lediglich die Mutterrolle zu: Sie sollen, so wie es früher „normal war“, drei Kinder bekommen und damit die „demographischen Probleme“ des Vaterlandes lösen. Demgegenüber setzt Oksanen den ukrainischen Frauen ein Denkmal. Ihre Teilnahme am Maidan 2013 und 2014 habe dazu beigetragen, dass sie heute ein wichtiger Faktor in der Landesverteidigung sind. Im Frühling 2023 dienten in der ukrainischen Armee 60.500 Frauen. Dies sei ein Beweis für die gelebte Gleichberechtigung in der Ukraine. *manu* ||



**Joseph Croitoru:**  
**Die Hamas.**  
 Herrschaft über Gaza, Krieg gegen Israel.  
 C.H. Beck,  
 München 2024;  
 223 S., 18,00 €

Im Januar 2006 gewann die islamistische Hamas die ersten demokratischen Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten. Seitdem herrscht die Terrororganisation im Gazastreifen. Das Existenzrecht Israels erkennt sie bis heute nicht an. Den Aufstieg der Hamas hatte der in Haifa geborene und in Deutschland lebende Historiker und freie Journalist Joseph Croitoru bereits in seinem 2007 erschienenen Buch gründlich beleuchtet. Darin beschrieb er einen verhängnisvollen Mechanismus: Reagierten die Israelis nach Terroranschlägen der Hamas mit Vergeltungsschlägen, richtete sich der Zorn der Palästinenser nicht etwa gegen die Terroristen, sondern gegen Israel. Jetzt hat Croitoru eine empfehlenswerte Fortsetzung zur Herrschaft der Hamas in Gaza von 2006 bis zu den Terrorangriffen am 7. Oktober 2023 vorgelegt. Etwa 2.500 palästinensische Terroristen stürmten 30 Gemeinden und ein Dutzend israelische Militärbasen. Das Blutbad sei im Gazastreifen als Triumph und „erhabener Sieg“ gefeiert worden. Umgekehrt lasse das „rigorose“ Vorgehen der israelischen Streitkräfte keinen Zweifel daran, dass Israel die Hamas zu vernichten sucht. Kritisch merkt Croitoru an, dass die israelische Öffentlichkeit der „hohe Blutzoll und die katastrophale Lage der vertriebenen Palästinenser“ nur wenig kümmere. Doch eine politische Lösung für den Gazastreifen werde es nur geben, wenn die Palästinenser „selbst über ihre Zukunft entscheiden“ können. Wie beim Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 diskutiert die israelische Öffentlichkeit heute über das Versagen der politischen Führung, der Militärs und der Geheimdienste, die die Fähigkeiten der Hamas unterschätzt hatten, Israel anzugreifen. Des Weiteren geht Croitoru auch auf die kontroversen Debatten in Israel ein, inwieweit der Terror der Hamas mit dem Holocaust gleichgesetzt werden kann. *manu* ||





Partnerschaft: Außenministerin Annalena Baerbock und der israelische Minister Benny Gantz während eines Treffens am 15. Februar dieses Jahres in Israel

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

# Ein Geben und Nehmen

**AUSSENPOLITIK** Daniel Marweckis nüchterner Blick auf das deutsch-israelische Verhältnis

Spätestens seit der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. März 2008 vor der Knesset ist die Sentenz von Israels Existenzrecht als Teil der „Staatsräson“ Deutschlands zu einem festen Bestandteil des politischen Vokabulars der Bundesrepublik geworden.

Der Historiker Daniel Marwecki hat nun mit seinem Buch „Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson“ eine fundierte und auf die Auswertung der Akten des auswärtigen Amtes gestützte Darstellung zu den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik vorgelegt, mit der er die These von der deutschen Staatsräson, die sich als moralischer Imperativ aus dem Holocaust ableitet, zumindest für die Zeit bis zur Deutschen Einheit widerlegt. Stattdessen habe zwischen den beiden Nationen vor allem eines vorgeherrschte: Pragmatismus. Das, was von deutschen Politikern später gerne als „Wunder der Versöhnung“ bezeichnet wird, ist in Marweckis Lesart ein Tauschgeschäft.

„Staaten haben keine Freunde, nur Interessen.“ Dieses Zitat, das meist dem früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle zugesprochen wird, gilt in den frühen Jahren der Bundesrepublik durchaus

programmatisch für die Außenpolitik gegenüber Israel – und umgekehrt. Zwei Jahre nach Ende seiner Kanzlerschaft fasst Konrad Adenauer 1965 in einem Interview die deutschen Interessen wie folgt zusammen: „Wir hatten den Juden so viel Unrecht getan, wir hatten solche Verbrechen an ihnen begangen, dass die irgendwie gesühnt werden mussten oder wiedergutmacht werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten.“ Und Adenauer fügt an: „Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“ Abgesehen davon, dass Adenauer heutzutage für den von ihm beschworenen Topos von „der Macht der Juden“ mit massiven Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert werden würde, sind seine Aussagen vielsagend: „Wiedergutmachung“ müssen die Deutschen offenbar nicht leisten wegen des von ihnen begangenen Völkermords an den europäischen Juden, sondern weil sie in den Kreis der zivilisierten Völker zurückkehren wollen.

Und die Interessen Israels? Der junge, 1948 durch Beschluss der Vereinten Nationen geschaffene Staat kämpft von Anbeginn ums Überleben und braucht dringend Unterstützung – wirtschaftlich, finanziell und militärisch in Form von Waffen. Rund ein Drittel der Bevölkerung besteht aus „Überlebenden der deutschen Barbarei“. Die Mehrheit der Israelis lehnt einen Kontakt zu Deutschland ab. Doch es gibt auch eine Gemeinsamkeit. Beide Länder haben sich für eine Politik der Westbindung entschieden. „So wie der deutsche Weg nach Washington über Jerusalem führte, führte der israelische Weg nach Washington über Bonn“, schreibt Marwecki. Kanzler Adenauer und Israels Premierminister David Ben-Gurion nutzen diese Interessenüberschneidung und handeln 1952 das Luxemburger Abkommen aus, in dem sich die Bundesrepublik zu Reparationszahlungen von 3,45 Milliarden D-Mark verpflichtet. Der Großteil wird allerdings in Waren ausgezahlt. Dieses Abkommen stellt den Beginn einer sich intensivierenden wirtschaftlichen und

auch militärischen Kooperation dar. Deutschland verkauft Israel Waffen und kauft umgekehrt in Israel Waffen. Die Bundesrepublik wird zum wichtigsten Partner Israels noch vor den USA. Dies ändert sich erst nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967.

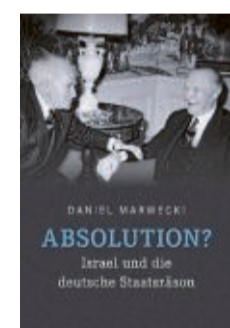
**Diplomatische Beziehungen** Dieses erste Kapitel im deutsch-israelischen Verhältnis, das Marwecki unter die Überschrift „Rehabilitation“ stellt, schließt sich nach der offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 eine Phase der „Normalisierung“ an. Geprägt ist sie einerseits von der in der Bundesrepublik verspätet einsetzenden tieferen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und dem Holocaust. Andererseits wird die Kritik an der andauernden israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete im politischen linken Spektrum lauter. Die Bundesregierung ist bemüht, im Nahost-Konflikt eine möglichst neutrale Haltung einzunehmen. Dieser Spagat zwischen guten Beziehungen zu Israel und einer verständnisvollen Haltung gegenüber den Palästinensern prägt die deutsche Außenpolitik bis heute. Zur „Staatsräson“ wird Israels Existenz erst nach der Deutschen Einheit. Als ausschlaggebende Gründe hierfür benennt Marwecki neben dem Wandel im innerdeutschen

Vergangenheitsdiskurs die Bedrohung Israels durch den irakischen Diktator Saddam Hussein – deutsche Firmen waren verstrickt in das irakische Chemiewaffenprogramm – und das iranische Atomwaffenprogramm.

Daniel Marweckis gelungene und angenehme sachliche Darstellung erschien 2020 erstmals auf englisch. Die aktuelle deutsche Ausgabe hat er um einen Ausblick nach den Terrorangriffen der Hamas vom Oktober 2023 erweitert. Sein Fazit: Trotz aller Kritik an Israel und seinem militärischen Vorgehen im Gazastreifen sowie der seit Jahren andauernden Postkolonialismus-Debatte habe die Hamas der deutschen Staatsräson zum Existenzrecht Israels zum Sieg verholfen. **Alexander Weinlein** ■

**»Die Hamas hat der Staatsräson zum Sieg verholfen.«**

Daniel Marwecki



**Daniel Marwecki:**  
**Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson.**

Wallstein, Göttingen 2024; 212 S., 22,00 €

**KURZ REZENSIIERT**

**Christian Neef:**  
**Das Schattenregime**  
Wie der sowjetische Geheimdienst nach 1945 Deutschland terrorisierte.

Propyläen, Berlin 2024; 320 S., 28,00 €

Nach dem Sieg über Nazi-Deutschland übernahmen die Sowjets 1945 in Ostdeutschland nicht nur frühere Kasernen der Wehrmacht, sondern auch Konzentrationslager und Gefängnisse. Neben Kriegsverbrechern wurden dort vor allem politische Gegner inhaftiert, darunter auch in die SED eingetretene Sozialdemokraten. In seinem gut recherchierten und quellenreichen Buch „Das Schattenregime“ beschreibt der renommierte Journalist Christian Neef, der zu den besten Kennern Russlands gehört, den brutalen Prozess einer gezielten Sowjetisierung. Die Verantwortung dafür hatte der sowjetische Diktator Josef Stalin nicht der Militäradministration übertragen, sondern seinem Geheimdienst NKWD. In seiner detaillierten Analyse leuchtet Neef dieses „Schattenregime“ gründlich aus. Dies gelingt ihm auch dank eines sensationellen Fundes: In einer Datscha bei Moskau wurden die Tagebuchaufzeichnungen von Generaloberst Iwan Serow entdeckt, des zweitwichtigsten sowjetischen Vertreters im besetzten Deutschland. Stalins Geheimdienstbevollmächtigter regierte von 1945 bis 1947 in Berlin und liquidierte jeden, der sich der Stalinisierung entgegenstellte. Die Basis der künftigen „Freundschaft“ zwischen der DDR und Sowjetunion begann mit der Deportation von Tausenden Fachleuten in die Sowjetunion. Das Denunziantentum der Deutschen und ihr Dienst für die neue Diktatur trug zum Erfolg der sozialistischen Sowjetbrüder bei. „Die Tatsache, dass viele Deutsche nach dem Einmarsch der Roten Armee von sich aus zu den Kommandanturen drängten, um belastende Angaben über Mitbürger zu machen, wird heute gerne vergessen.“ Neefs empfehlenswertes Buch endet mit einer klugen Analyse der gegenwärtigen Rolle des russischen Geheimdienstes. Nach wie vor dient er als das wichtigste Herrschaftsinstrument eines autoritären Staates unter Führung des früheren KGB-Offiziers Wladimir Putin. **manu** ■

**Sabine Böhne-Di Leo:**  
**Die Erfindung der Bundesrepublik**  
Wie unser Grundgesetz entstand.

Kiepenheuer & Witsch, Köln 2024; 224 S., 23,00 €

Berlin, Anfang Juli 1948: Am Himmel dröhnen die Motoren der Rosinenbomber. Der sowjetische Diktator Josef Stalin hat die drei Westsektoren der Stadt als Reaktion auf die Währungsreform in der amerikanischen, britischen und französischen Zone des von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs besetzten Deutschlands abriegeln lassen. In dieser Situation beschließen die USA, die mehr als zwei Millionen Menschen in West-Berlin mit einer Luftbrücke zu versorgen. Am 8. Juli sitzt Louise Schroeder in einer der nach Westen zurückfliegenden Transportflugzeuge. Die amtierende Oberbürgermeisterin Berlins ist auf dem Weg zu einer Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten im Koblenzer Berghotel Rittersturz. Auf Weisung der westlichen Alliierten sollen sie eine Versammlung vorbereiten, die eine demokratische Verfassung für ein föderales Deutschland ausarbeiten soll. Dies ist der Ausgangspunkt der packenden Geschichtsreportage „Die Erfindung der Bundesrepublik“ aus der Feder der Journalistin Sabine Böhne-Di Leo, die neun Monate später am 23. Mai 1949 mit der feierlichen Unterzeichnung des Grundgesetzes in Bonn endet. Temporeich und spannend, aber immer hart an den historischen Fakten erzählt die Autorin von jenen 61 Männern und vier Frauen, die im Parlamentarischen Rat mitunter erbittert über einzelne Sätze wie den über die Gleichberechtigung von Mann und Frau im zukünftigen Grundgesetz ringen, berichtet von Luftbrücken-Piloten wie Gail S. Halvorsen aus Utah ebenso wie von führenden Politikern wie Konrad Adenauer oder Carlo Schmid, schildert das Leben der Menschen im zerbombten Deutschland und ordnet all dies in die Weltpolitik der Nachkriegszeit ein. Hartgesottene Historiker mögen mitunter die Nase rümpfen angesichts solcher Geschichtsdarstellungen. Für alle anderen bietet die „Die Erfindung der Bundesrepublik“ eine unterhaltsame und zugleich lehrreiche Lektüre. **aw** ■

# Hommage an die Menschlichkeit in Zeiten der Unmenschlichkeit

**EXIL** Uwe Wittstock folgt den Spuren der Schriftsteller, Künstler, Intellektuellen auf der Flucht vor den Nazis – und huldigt ihren Rettern

Als im Mai und Juni 1940 Hitlers Truppen in Frankreich einmarschieren, beginnt, was der Literaturkritiker Uwe Wittstock „die vielleicht gewaltigste Fluchtbewegung“ nennt, „die Europa jemals in einem so kurzen Zeitraum erlebt hat“. Acht bis zehn Millionen Menschen sahen sich durch den Feldzug der Wehrmacht zur Flucht gezwungen. Unter ihnen sind Hunderte Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle aus Deutschland und Österreich, die schon nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 emigrierten.

Für sie wurde das Exil zur lebensgefährlichen Falle, als die Deutschen Paris im Handstreich eroberten. Als dann auch noch die Vichy-Regierung unter Marschall Petain einen Waffenstillstand mit den Nazis aushandelte und sich verpflichtete, die Exilanten an die Gestapo auszuliefern, mussten sie das Schlimmste fürchten. Sie flohen aus dem besetzten in den unbesetzten Teil Frankreichs, vorrangig nach Marseille, um von hier aus sichereres Ausland zu erreichen. Vom Drama dieser zweiten Flucht berichtet Uwe Wittstocks

mitreißendes, unerhört detailliertes und bei aller nüchternen Sachlichkeit im Ton mitfühlendes Buch „Marseille 1940. Die große Flucht der Literaten“. Atemlos folgt man den Spuren von Hannah Arendt, Anna Seghers, Heinrich Mann, Franz Werfel, Walter Mehring und zahllosen anderen, die um ihr Überleben kämpften. Manche Geschichten sind kurios, wie Anna-Mahler-Werfels anhaltende Sorge um den Verbleib ihrer zwölf Koffer; manche sind erschütternd, wie der Suizid Walter Benjamins in den Pyrenäen. Andere sind bitter wie Anna Seghers' Geschichte, die mit ihren Kindern zu Fuß aus Paris fliehen, aber auf keine Ausreise in die USA hoffen kann, weil die Mitglieder der Kommunistischen Partei keine Visa erteilt. Und dann wieder geschieht Unglaubliches, wie Lion Feuchtwangers „Entführung“ aus dem Internierungslager „Les Milles“, der danach in der Villa des amerikanischen Vizekonsuls in Marseille, Hiram Bingham, Unterschlupf fand. Dass sich das lesend zuweilen anfühlt als sei man dabei, so detailliert sind Witt-

stocks Berichte, so anschaulich, so farbig, so nah am Fühlen und Denken der Protagonisten, ihren Ängsten, Hoffnungen und Plänen – das, liegt an den Quellen, derer sich Wittstock bedient: Briefen und Tagebüchern, Erinnerungen, Autobiographien und Interviews der Protagonisten.

**Flüchtlinge und Fluchthelfer** Die Menschen auf der Flucht sind das eine Thema des Buchs. Das andere sind deren Helfer. „Eine Gruppe erstaunlicher Menschen, die unter erheblichen Gefahren versuchten, so viele Exilanten wie möglich zu retten“, schreibt Wittstock. Im Zentrum steht dabei eine Gruppe um den Amerikaner Varian Fry. „Man kann Fry einen Helden nennen, der sich für andere aufopferte, um zu helfen. Er verdiente kein Geld damit, machte sich viele Feinde durch seine Arbeit“, sagte Wittstock in einem Interview, in dem er wie im Buch aber deutlich macht, dass die Fluchthilfe keineswegs die Aktion eines Einzelnen, sondern vieler uneigennütziger, mutiger Menschen war. Im Kampf gegen das Totalitäre – und gegen eine unerträglich menschenunfreundliche Bürokratie: Um Europa zu verlassen, brauchten die Verfolgten jede Menge Papiere. Ausreise-, Einreise- und Transit-Visa. Und sie brauchten Geld, für Unterkünfte, Essen, Trinken,

eine Schiffspassage. Vielen fehlte es an beidem. Manchen konnte der gelehrte Journalist und enthusiastische Bewunderer der europäischen Kunst und Kultur-Szene Varian Fry helfen. Dabei durfte er sich zwar der Sympathie der First Lady Eleanor Roosevelt sicher sein. Ihr Mann aber, Präsident Franklin D. Roosevelt, und das US-Außenministerium machten ihm das Leben eher schwer: Die USA wollten vermeiden in Europas Krieg hineingezogen zu werden und hatten kein Interesse daran, politisch aktive, von den Nazis verfolgte Schriftsteller nach Amerika zu holen. Das hielt Fry nicht ab. Er gründete das Emergency Rescue Committee (ERC) in den USA, das den bedrohten Emigranten helfen sollte, und reiste im August nach

Marseille, um seinen Rettungsplan umzusetzen. Kontinuierlich erhöhte er die Zahl der Mitstreiter. Dazu gehörten der promovierte Ökonom Otto-Albert Hirschmann, zuständig für das Konspirative; die reiche Erbin und Hobbypilotin Mary Jayne Gold, die enorme Summen Geldes beisteuerte; der österreichische Karikaturist Bil Spira, der benötigte Papiere fälschte; das Ehepaar Fittko aus Berlin, das, als mit Kriegsbeginn keine Schiffe mehr von Marseille nach Übersee führen, Fluchtrouten über die Pyrenäen erkundete, damit die Flüchtlinge von Lissabon aus Europa verlassen konnten, und viele Helfer mehr, zu denen auch französische Polizisten und spanische Grenzsoldaten zählten, die nicht so genau hinschauten.

Am Ende wird das „Team Fry“ mehr als 2.000 Flüchtlinge vieler Nationalitäten gerettet haben. Seinen Einsatz für die Menschlichkeit in Zeiten der Unmenschlichkeit dankte Fry nach dem Krieg keiner. Beruflich fasste er nie mehr Fuß, er schrieb Werbetexte für Coca Cola. Seine Frau ließ sich von ihm scheiden. Mit 60 Jahren erlag er 1967 einem Gehirnschlag. Erst 27 Jahre später wurde der amerikanische Retter in der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. **Michael Schmidt** ■

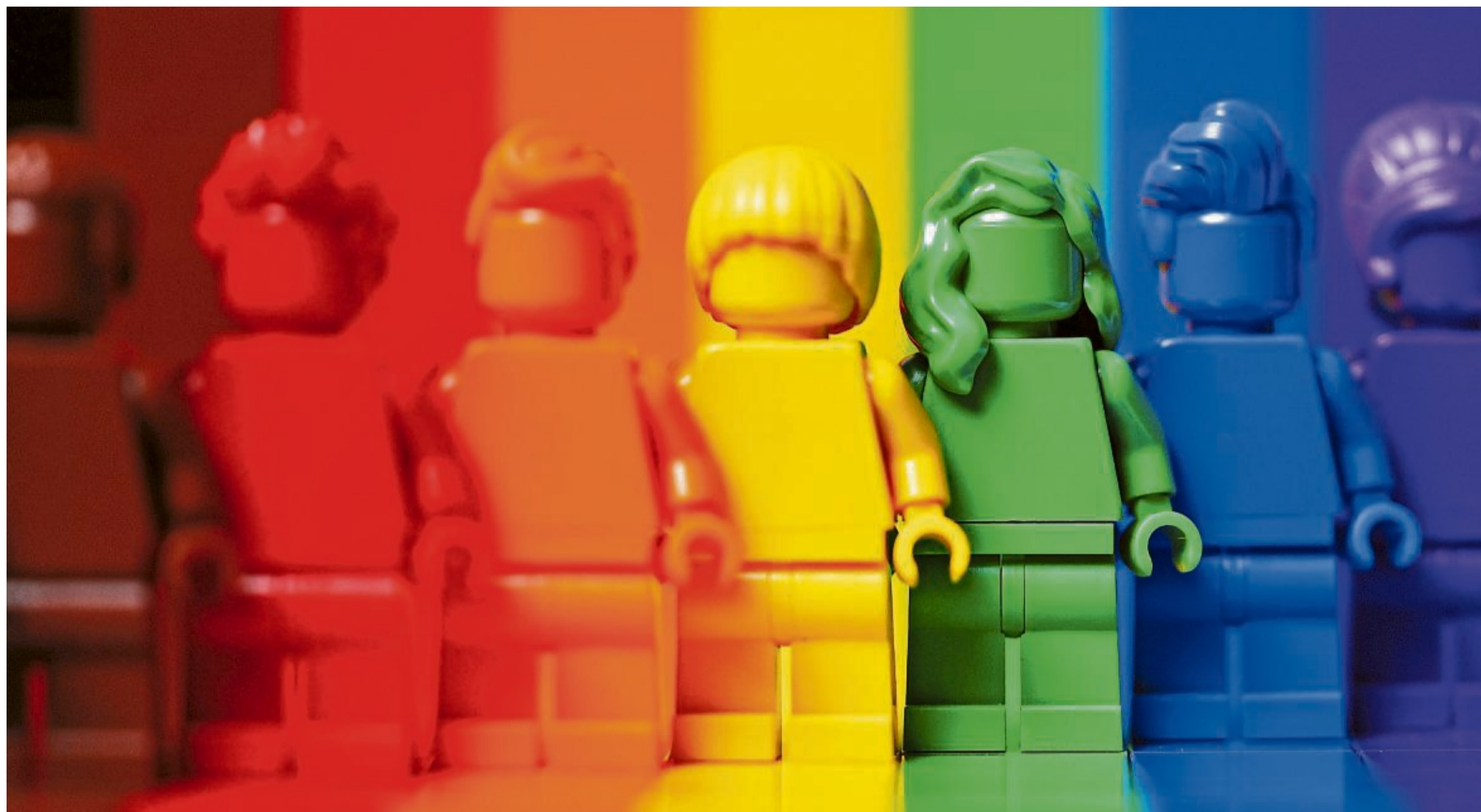
**»Man kann Fry einen Helden nennen, der sich für andere aufopferte, um zu helfen.«**

Uwe Wittstock



**Uwe Wittstock:**  
**Marseille 1940**  
Die große Flucht der Literaten.

C.H. Beck, München 2024; 351 S., 26,00 €



Viele Farben, viele Identitäten: Längst ist der Regenbogen nicht mehr nur Symbol der LGBTQ-Gemeinde, sondern einer insgesamt diversen Gesellschaft.

© picture-alliance/Panama Pictures/Christoph Hardt

## Humanistischer Universalismus

**BUCHPREIS** Der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm wird für sein 2022 erschienenes Buch „Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität“ (Propyläen) mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2024 ausgezeichnet. Verliehen wird der Preis zur Eröffnung der Buchmesse am 20. März 2024 im Leipziger Gewandhaus. Die Laudatio hält die französisch-israelische Soziologin Eva Illouz.

Boehm werde ausgezeichnet für „die Konsequenz, mit der er den Kern des humanistischen Universalismus, die Verpflichtung zur Anerkennung der Gleichheit aller Menschen, gegen jegliche Relativierung verteidigt“, heißt es in der Begründung der Jury. Er trete den ideologischen Verhärterungen der Gegenwart



Omri Boehm

entschieden entgegen, nehme Immanuel Kants Definition von Aufklärung als „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ beim Wort und unterziehe den westlichen Liberalismus, vor allem aber das Denken in Identitäten, die sich absolut setzen, einer kritischen Revision. Seine Bücher, darunter auch der Band „Israel – eine Utopie“ (2020), seien zugleich Verteidigungsschriften und Herausforderungen liberaler Demokratien.

Boehm wurde 1979 in Haifa geboren, studierte unter anderem an der Universität Tel Aviv und wurde 2009 über Kants Spinoza-Kritik an der Yale University in Philosophie promoviert. Seit 2010 hat er Professur für Philosophie an der New Yorker New School for Social Research inne.

Der mit 20.000 Euro dotierte Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung wird seit 1994 vergeben und zählt zu den wichtigsten deutschen Literaturauszeichnungen. Das Preiskuratorium bilden der Freistaat Sachsen, die Stadt Leipzig, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Leipziger Messe. Kooperationspartner ist die Bundeszentrale für politische Bildung. aw |

# »Progressiver Separatismus«

**GESELLSCHAFT** Yascha Mounk geht hart ins Gericht mit der sogenannten Identitätspolitik

**K**urz vor der deutschsprachigen Veröffentlichung seines neuen Buches geriet der amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk in die Schlagzeilen. Eine US-Journalistin wirft ihm vor, sie vergewaltigt zu haben. Mounk bestreitet das vehement, bis zum Beweis des Gegenteils gilt die Unschuldvermutung. Doch der gravierende Vorwurf wirft einen Schatten auf den 1982 geborenen Autor, dem zuvor eine steile wissenschaftliche Karriere gelungen war. Er lehrte internationale Beziehungen an der Johns Hopkins Universität in Baltimore, schrieb für renommierte US-Blätter und auch für die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“, wo er im April 2023 gar zum Mitherausgeber ernannt wurde. Seit einigen Wochen ruht seine Tätigkeit für „Die Zeit“ und die amerikanische Publikation „The Atlantic“ hat die Zusammenarbeit mit Mounk ganz aufgekündigt. Auch das Erscheinen der deutschen Übersetzung seines Werkes „Im Zeitalter der Identität“ schien zwischenzeitlich gefährdet. Das Haus Klett-Cotta ließ sich allerdings nicht von der Herausgabe abhalten, und der Inhalt des Buches rechtfertigt den verlegerischen Mut. Denn es handelt sich um eine fundierte Beschreibung jener vielfältigen Phänomene, die meist unter dem Schlagwort Identitätspolitik zusammenge-

fasst werden. Mounk argumentiert dagegen, „ohne sich in einen reaktionären Spinner zu verwandeln“, urteilt ein renommierter Wissenschaftskollege, der kanadische Psychologe Steven Pinker. Das Kernanliegen des Autors ist die Verteidigung universeller Werte, die er durch die Angriffe diverser Interessengruppen gefährdet sieht. Gerade jene Menschen, die seit Jahrhunderten aufgrund ihrer Ethnie, ihrer Religion oder ihres Geschlechts unterdrückt wurden, setzen Mounk zufolge verstärkt auf ein spezifisches Gruppenbewusstsein. Doch im legitimen Kampf gegen erlittenes Unrecht habe sich die „gesunde Wertschätzung“ der eigenen Identität leider in eine „kontraproduktive Obsession“ verwandelt. Diese sei zumindest in den USA im kulturellen Mainstream angekommen, übe Einfluss aus in staatlichen Institutionen und zunehmend auch in Wirtschaftsunternehmen. Der (queer)feministische wie auch der antirassistische Aktivismus propagiere eine Gesellschaft, in der sich „fast alles um starke Kategorien dreht“. Das befeuert die Polarisierung, stelle jede Form des produktiven Austausches unter den Generalver-

dacht der „kulturellen Aneignung“ und begünstige im Extremfall sogar eine neue „Rassentrennung“. So werden schwarze Kinder an einigen sich als fortschrittlich verstehenden amerikanischen Schulen zeitweise wieder gesondert unterrichtet, um ihre „rassistische Identität“ zu finden und vor Diskriminierung zu schützen. Bürgerrechtler wie der ermordete Martin Luther King, vermutet der Verfasser, hätten solchen „progressiven Separatismus“ mit Sicherheit als Rückschritt empfunden. Yascha Mounk ist der Sohn jüdischer Eltern, die 1969 nach einer Säuberungswelle in der kommunistischen Partei Polens das Land verließen. Aufgewachsen ist er in München, fühlte sich dort aber nie heimisch. Er lebt seit langem in New York. Mit den schwierigen Identitäten gesellschaftlicher Minderheiten kennt er sich jedenfalls aus. Es hat eine gewisse Brisanz, dass seine berufliche Laufbahn nunmehr durch eine Anschuldigung gefährdet wird, die mit den Thesen seines Buches wenigstens indirekt zu tun hat. Umso deutlicher ist zu betonen, dass Mounk ein wichtiges Buch gelungen ist. Besonders lesenswert ist der historisch ori-

enterte erste Teil, in dem sich der Verfasser den vielfältigen geistigen Ursprüngen der „Identitätssynthese“, wie er das von anderen als Wokeness bezeichnete Phänomen nennt, nachgeht. Anschaulich schildert er das Aufkommen postmoderner Theorien nach dem Scheitern der „großen Erzählungen“ im Paris der Nachkriegszeit mit seinem Hauptprotagonisten Michel Foucault. Er beschreibt den Aufstieg von „Critical Race“-Ansätzen und benennt den „strategischen Essentialismus“ der sogenannten Postcolonial Studies. Mounk deckt die Widersprüche der Identitätsorientierung schonungslos auf. Einerseits werde ständig betont, „Gender“ oder „Race“ seien sozial konstruiert und daher beliebig veränderbar. Andererseits ziehe man sich diese Kategorien folgend in geschlossene Gruppen zurück. Außenstehenden, etwa Menschen weißer Hautfarbe, werde unterstellt, die Unterdrückung und Diskriminierung der Opfer nie vollständig begreifen zu können – und so begründet jedes Recht auf Mitsprache verwehrt.

eigene Privilegiertheit entschuldigen zu müssen. Benachteiligten Gruppen hingegen würden Sonderrechte eingeräumt, schon harmlose „Mikroaggressionen“ sanktioniert. So entstehe ein von übertriebener Vorsicht geprägtes Klima der Angst, in dem sich auch die scheinbar Mächtigen nicht mehr zu positionieren wagten. Abschließend plädiert Mounk für die Prinzipien des philosophischen Liberalismus. Es sei an der Zeit, gemeinsam „für eine Zukunft zu kämpfen, in der das, was uns verbindet, wichtiger wird als das, was uns trennt“. Manche der von ihm angeführten Belege für die Auswüchse der „Identitätsfalle“ wirken anekdotisch, nicht alle Beispiele sind überzeugend. Dennoch bleibt seine Darstellung, wie die „New York Times“ schrieb, eine intellektuelle Meisterleistung. Thomas Gesterkamp |

**Mounk sieht zentrale universelle Werte wie Gleichheit und Humanismus bedroht.**



**Yascha Mounk:**  
**Im Zeitalter der Identität. Der Aufstieg einer gefährlichen Idee.**  
Klett-Cotta, Stuttgart 2024; 512 S., 28,00 €

### KURZ REZENSIIERT

**ABSCHIED VON DEN BOOMERN** Heinz Bude: Abschied von den Boomern. Hanser, München 2024; 144 S., 22,00 €

Geht es in der öffentlichen Debatten um die „Babyboomer“, dann geht es meist um die Rente. Seit die geburtenstarken Jahrgänge der zwischen 1955 und 1970 Geborenen in Rente gehen, ist die Angst vor einem Kollaps des Rentensystems groß: Der „Generation der vielen“ stehen immer weniger Jüngere gegenüber. Wer diesen Fokus erweitern möchte und sich fragt, wer all die Menschen sind beziehungsweise was sie waren, bevor sie zu „Rentnern“ wurden, der ist mit dem Büchlein des Soziologen Heinz Bude gut bedient. Das neueste Werk dies publizistisch umtriebigen Generationenforschers heißt zwar „Abschied von den Boomern“, aber von Melancholie ist wenig zu spüren. Bude, selbst Angehöriger dieser Generation, hat vielmehr ein sehr unterhaltsames, episodenhaftes Porträt dieser Gruppe von Menschen in ihren verschiedenen Lebensphasen geschrieben. Angefangen vom Aufwachsen in dem „Nachbeben des Weltkriegs“ mit dem Nachbarn ohne Arm, über die Öffnung des Bildungssystems in den 1970er Jahren und die ungeahnte Möglichkeit, auch als Arbeiterkind zu studieren bis hin zur „lebensgeschichtlichen Ichfindung“ in der Phase des Neoliberalismus. Wissenschaftliche Distanz zum Thema gibt es selten. Im Gegenteil plaudert der Autor munter aus dem Nähkästchen der eigenen Biografie und scheint sichtlich Spaß daran gehabt zu haben, dieses Denkmal zu errichten. Dieser Ansatz führt allerdings auch dazu, dass ein beim Lesen das Gefühl beschleicht, es geht hier vor allem um die eigene „Crowd“ von dem Wehrdienst entflohenen, Akademikern in Westberlin. Davon weicht Bude aber auch immer wieder ab, indem er konsequent nach Osten blickt und fragt, was West- und Ost-Boomer verbindet und trennt. Deutsche Nachkriegsgeschichte tritt hier nicht, wie zu oft in vergleichbaren Betrachtungen, nur als westdeutsche Geschichte auf, sondern wird gemeinsam gedacht. che |

Anzeige

**Ihr Parlament. Ihre Erinnerungen. Machen Sie mit!**

75 Jahre Demokratie lebendig

Presse  
Parlamentarischer Rat  
Bonn 1948

Deutscher Bundestag  
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

**Bereichern Sie das Parlamentsjubiläum mit Ihren Erinnerungen!**

Sie haben einen Gegenstand, mit dem sich Ihre persönliche Erinnerung an das Parlament verbindet?

Dann senden Sie einfach ein Foto davon mit Ihrer persönlichen Geschichte an [Parlamentsgeschichte@hdg.de](mailto:Parlamentsgeschichte@hdg.de) oder schreiben Sie uns mit einem Hinweis zu Ihrem Gegenstand: Deutscher Bundestag, WD 1, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Aus der Vielfalt Ihrer Geschichten – lustig, berührend, kritisch, melancholisch – entsteht ein facettenreiches Bild von 75 Jahren Parlament. Demokratie lebendig!

Weitere Informationen zum Jubiläum und den Angeboten des Deutschen Bundestages unter [www.bundestag.de/75-jahre](http://www.bundestag.de/75-jahre).

Herausgeber: Deutscher Bundestag (DBT); Bildnachweis: Abzeichen Besuch Bundestag, Button Kinder besuchen den DBT © Axel Thünker, Stiftung Haus der Geschichte; Medaille Benefiz-Fußballspiel © Panctum/Bertram Kober, Stiftung Haus der Geschichte; Karten © Stiftung Haus der Geschichte; Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2006 biro uebele

## Selbsterfüllende Prophezeiung

**PROTEST** Friedemann Karig erklärt Theorie und Praxis des Aufbegehrens

Nach den Enthüllungen des Recherchenetzwerkes Correctiv über ein Geheimtreffen von Vertretern der AfD, rechter und rechtsextremer Gruppierungen in Potsdam gingen Anfang des Jahres überall in Deutschland Millionen von Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Doch welcher Voraussetzungen bedarf es, damit soziale Bewegungen, die anfangs meist lediglich eine „kleine kritische Masse“ bilden, gesellschaftliche Mehrheiten für große Ziele mobilisieren können? Dieser Frage geht der Journalist Friedemann Karig in seinem Buch „Was ihr wollt“ nach. Karigs relativ kurz gefasster Essay liest sich mitunter wie ein Ratgeber für politische Aktivist:innen. Er untersucht die Wirksamkeit von Protest anhand von Konfliktfeldern wie Pandemie und Klimaschutz, berücksichtigt aber auch geschichtliche Erfahrungen. So analysiert er zum Beispiel, warum die US-amerikanischen Bürgerrechtler der 1960er Jahre – wie später auch Feministinnen oder die Vorkämpfer der gleichgeschlechtlichen Ehe – trotz massiver Widerstände erfolgreich waren. Karigs Ansicht nach braucht eine aufbegehrende Minderheit „kollektiven Mut“, um wesentliche Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen und so am Ende politische Konsequenzen zu erzwingen. Im günstigen

Fall könnten Protestbewegungen „unaufhaltsam werden in ihrer Wirkmacht und revolutionäre Veränderungen schaffen“ – wie eine „Welle, bestehend aus unendlich vielen, für sich machtlosen Teilchen“.

**Charismatische Figuren** Aktivismus und Widerstand, glaubt Karig, seien nicht nur „etwas für wenige, spezielle Individuen“. Charismatische Figuren wie Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder in jüngerer Zeit auch Greta Thunberg erleichterten die meist personenzentrierte mediale Rezeption. Doch der „Rest“ der Mobilisierten spiele deshalb keineswegs eine Nebenrolle. Psychologisch sei Protest so etwas wie eine „selbsterfüllende Prophezeiung: Wenn viele glauben, dass viele mitmachen, machen

auch viele mit“. Revolten würden immer von vielen Menschen getragen, „von denen die wenigsten in irgendeiner Form herausstechen“, betont Karig. Die vermeintlichen Statisten seien sehr wohl Hauptdarsteller; erfolgreicher Protest und ziviler Ungehorsam lebe weniger von Heldenmut oder Exzellenz, eher von „Verbindlichkeit und Gemeinsinn, Kommunikation und Koordination, kurz: von einer Gruppe, die zusammenhält und einen Plan hat“. Begünstigt werde dies durch die „kaum noch vorhandenen Transaktionskosten zur Vernetzung“ sozialer Bewegungen im Internet. Für Friedemann Karig zeigt schon die historische Empirie, dass eine kleine überzeugte Minderheit von lediglich „dreieinhalb Prozent“ Großes bewirken könne. Im Rückblick betrachtet seien die meisten politischen Aufstände „bewundernswert friedlich geblieben, egal wie hart sie angegangen wurden“. Dazu gehöre wesentlich auch das „wiederkehrende Scheitern“: Um am Ende zu gewinnen, müsse man zuvor erst einmal häufig verlieren, zitiert er Gandhi und ergänzt einen Satz, der sich ebenso auf Nelson Mandela oder heute auf Alexej Nawalny übertragen ließe: „Unser Triumph besteht darin, eingespart zu werden, obwohl wir nicht das geringste Unrecht getan haben.“ Thomas Gesterkamp |



**Friedemann Karig:**  
**Was ihr wollt. Wie Protest wirkt.**  
Ullstein, Berlin 2024; 192 S., 22,99 €

## KURZ REZENSIRT

Thomas von Winter:

Lobbyismus in der deutschen Politik.

Barbara Budrich, Leverkusen 2024; 383 S., 38,90 €

Wer Lobbyismus betreiben will, braucht längst keinen Einfluss zur Parlamentslobby mehr. Dieser Vorraum mag einst Treffpunkt zwischen Abgeordneten und Lobbyisten gewesen sein, heute wäre er für die rund 6.200 beim Bundestag registrierten Interessenvertreter nicht nur viel zu klein, Interessenvertretung findet heute auf vielen anderen Wegen statt. Welche das sind, und wer diese auf welche Art nutzt, das hat Thomas von Winter in seinem Band zum „Lobbyismus in der deutschen Politik“ untersucht. Der Politikwissenschaftler beschäftigt sich seit vielen Jahren mit diesem Thema. Aufgrund seiner zwei Jahrzehnte langen Tätigkeit in der Verwaltung des Bundestages weiß von Winter aber auch aus der Praxis, über was er schreibt. Liegt der Fokus häufig genug auf den illegitimen Formen von Lobbyismus, fokussiert sich sein Buch in betont nüchterner Weise auf die sozialwissenschaftliche Perspektive der Interessenvertretung. Hierfür trägt es, das ist sein größter Wert, empirische Befunde aus verschiedenen Studien zum Lobbyismus zusammen und bereitet diese systematisch auf. Dies gibt einen guten Überblick, wer Interessenvertretung betreibt, welche Taktiken und Strategien angewendet werden, auf welchen Schauplätzen – von Winter schreibt von „Arenen“ – Lobbyismus heutzutage stattfindet und natürlich, welchen Einfluss der Lobbyismus auf die Politik hat. Der Autor entwickelt ein eigenes Konzept von Lobbyismus als politischen Prozess. Interessenvertretung ist demnach eine Abfolge von Entscheidungen, die in einen interaktiven und institutionellen Kontext eingebettet sind. Schlussendlich muss das Buch auch Fragen offenlassen. Unter welchen Umständen Lobbyisten Erfolge erzielen und warum manche Aktivitäten verpuffen, darüber gibt es noch wenig Erkenntnisse. Diese Leerstelle beschreibend, gibt das Buch einen systematischen Überblick über den Forschungsstand. cz ||



Karl-Rudolf Korte: Wählermärkte. Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik.

Campus, Frankfurt/M. 2024; 231 S., 26,00 €

Mit der Europawahl am 9. Juni und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September blickt Deutschland auf eine kleine Superwahljahr. Die aktuellen Umfragen verheißten für die im Bund regierenden Ampelparteien nichts Gutes. In Europa wird ein Rechtsruck erwartet und auch in den drei Ostländern führt die AfD vor allen anderen Parteien. Noch unübersichtlicher erscheint die Lage durch die Gründung der neuen Partei „Bündnis Sahara Wagenknecht“, die sich anschießt, bei den Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde aus dem Stand zu überspringen. In diesen politisch aufgeregten und von viel medialem Lärm begleiteten Zeiten entfaltet die Lektüre von Karl-Rudolf Korte Buch „Wählermärkte“ eine schon fast beruhigende Wirkung. Dem TV-Publikum ist der Politikwissenschaftler als besonnener Wahl-Analytiker bekannt. Und ebenso besonnen und der empirischen Wahlforschung verpflichtet kommt sein Buch daher. Sein Befund: Strukturell seien die deutschen Wähler mehrheitlich vom Wunsch nach Sicherheit und Stabilität geprägt, es herrsche eine „moderate politische Mittigkeit“ vor. Das Potenzial der AfD sieht Korte bundesweit als ausgeschöpft an. Der Partei gelinge es vor allem, Nichtwähler zu mobilisieren und den Wunsch nach einfachen Antworten in einem „Zeitalter des Gewissheitsschwundes“ zu befriedigen. Überzeugungswähler habe sie hingegen nur wenige. Zugleich räumt er ein, dass der Wählermarkt im Osten gänzlich anderen Gesetzmäßigkeiten unterliege als im Westen und deshalb nur schwer kalkulierbar sei. Und Korte will auch nicht die „autoritäre Versuchung“, die von der AfD ausgehe, kleinreden. Er sieht die Parteien der Mitte in der Pflicht, sich den Wählern wieder verstärkt als „Kümmerer und Gestalter“ zu präsentieren und ihnen eine „zuversichtliche Zukunftsperspektive“ zu vermitteln. Nur dann werde es gelingen, auch „zunächst Unpopuläres mehrheitsfähig“ zu machen. aw ||

Herr Feroz, Sie sind als Kind afghanischer Eltern in Österreich aufgewachsen. Heute leben Sie in Deutschland. In Ihrem neuen Buch „Vom Westen nichts Neues“ schreiben Sie nun über Ihre persönliche Geschichte und das Leben zwischen den Alpen und dem Hindukusch. Wie war es für Sie, zwischen diesen beiden Welten aufzuwachsen?

Bis heute ist es eine Herausforderung und ich versuche beiden Seiten gerecht zu werden, aber das klappt nie ganz. Ich war immer der Übersetzer – auch im metaphorischen Sinne. Man vermittelt dann zum Beispiel den Menschen in Afghanistan, wie der sogenannte Westen ist und andersherum.

Normalerweise berichten Sie als Journalist aus und über Afghanistan. Warum haben Sie jetzt ein Buch über Ihre persönliche Geschichte geschrieben?

Die Gedanken aus dem neuen Buch habe ich schon lange. Ich wollte sie gerne aufschreiben und mit familiären Geschichten verbinden. Denn ich denke, dass persönliche Geschichten näher gehen als eine strikte politische Reportage. Österreich und Afghanistan miteinander verweben zu lassen, auch in historischer Hinsicht, hatte ich schon lange im Kopf. Die ersten Parallelen fielen mir während meiner Schulzeit auf.

Afghanistan so richtig kennengelernt haben Sie das erste Mal als junger Student.

Genau, meine erste Reise fand in den Semesterferien statt. Ich wollte nach Afghanistan und von dort berichten, weil ich es als eine Chance gesehen habe. Zu dem Zeitpunkt fanden gerade Präsidentschaftswahlen statt und ich dachte, es wäre eine gute Gelegenheit, um meine Familie zu überzeugen, mich ziehen zu lassen. Denn viele afghanische Eltern, die im Ausland leben, waren selbst lange Zeit nicht mehr im Land und wollen ihre Kinder nicht nach Afghanistan reisen lassen. Sie denken, es ist zu gefährlich. So war es auch bei mir. Am Ende begleitete mich meine Mutter, wofür ich ihr bis heute dankbar bin.

Wie hat Sie diese Reise geprägt?

Die erste Reise war in vielerlei Hinsicht prägend. Für mich war es zum Beispiel zurück zu sehen, wie einfach man nach Afghanistan kommt. Ich bin damals vom Flughafen in München über Istanbul nach Kabul gereist. Ich war innerhalb von einem Tag in Afghanistan. Das war schon ein verrückter Gedanke. Gerade wenn man bedenkt, wie schwierig es für Flüchtlinge aus Afghanistan ist, nach Deutschland zu kommen – lediglich, weil ihnen Papiere fehlen, um frei zu reisen. Das sind Gedanken, die mich immer wieder beschäftigen.

Im Klappentext heißt es, ihr Buch „entschlüsselt die gefährlichen Klischees des Westens über die muslimische Welt“. Welche Klischees über Afghanistan begegnen Ihnen?

Zuerst einmal: Die Klischees haben nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stark zugenommen. Afghanistan wurde plötzlich mit Terrorismus assoziiert. So auch das mehrheitlich muslimische Volk. Seitdem werden viele Menschen in Afghanistan direkt mit den Taliban und Osama bin Laden assoziiert. Die Kleidung der Afghanen, ihr Aussehen und die Art, wie sie sprechen, ist negativ konnotiert.

Wo macht sich das besonders bemerkbar?

Das macht sich nicht nur im Privaten, sondern zum Beispiel in den hiesigen Medien oder in der Popkultur bemerkbar. In vielen Filmen über den Krieg in Afghanistan ist der Vorzeige-Antagonist ein bärtiger Mann mit Turban, der eine bedrohlich klingende Sprache spricht. Oft werden in solchen Filmen Afghanen gezeigt, die Arabisch sprechen, obwohl die allermeisten Afghanen gar kein Arabisch können. Für mich war es daher ein Anliegen, mit dem Buch das Ganze zu dekonstruieren. Viele Klischees gibt es doch sicher auch in Afghanistan über den sogenannten Westen, oder? Ja, es gibt auch viele Vorurteile über Europa. Zum Beispiel, dass hier jeder nackt herumläuft, jeder betrunken ist und jeder einen Haufen Geld vom Staat bekommt. Diese Klischees muss man dann abbauen. Wenn ich dort bin, stelle ich das richtig. Gleichzeitig erkläre ich hier: In Afghanistan ist nicht jeder ein Frauenunterdrücker, es trägt nicht jeder eine Burka und es ist nicht jeder ein Terrorist. Mit dem Buch versuche ich eine Brücke zwischen den zwei Welten zu schlagen. Was fehlt bisher für so eine Brücke zwischen „dem Westen“ und „der muslimischen Welt“?



Unterwegs in Afghanistan: Emran Feroz (links) als Sozium eines Motorradfahrers.

© privat

## »Eine Brücke«

**EMRAN FERAZ** Der Journalist schreibt über sein Leben zwischen Tirol und Afghanistan und gefährliche Klischees

Sprache spricht. Oft werden in solchen Filmen Afghanen gezeigt, die Arabisch sprechen, obwohl die allermeisten Afghanen gar kein Arabisch können. Für mich war es daher ein Anliegen, mit dem Buch das Ganze zu dekonstruieren.

Viele Klischees gibt es doch sicher auch in Afghanistan über den sogenannten Westen, oder?

Ja, es gibt auch viele Vorurteile über Europa. Zum Beispiel, dass hier jeder nackt herumläuft, jeder betrunken ist und jeder einen Haufen Geld vom Staat bekommt. Diese Klischees muss man dann abbauen. Wenn ich dort bin, stelle ich das richtig. Gleichzeitig erkläre ich hier: In Afghanistan ist nicht jeder ein Frauenunterdrücker, es trägt nicht jeder eine Burka und es ist nicht jeder ein Terrorist. Mit dem Buch versuche ich eine Brücke zwischen den zwei Welten zu schlagen.

Was fehlt bisher für so eine Brücke zwischen „dem Westen“ und „der muslimischen Welt“?

Was im Alltag fehlt, ist der Zugang zu den Afghanen und Afghanen und das Wissen darüber, was sie im Krieg und auf der Flucht erlebt haben. Den meisten hier ist nicht klar, wie traumatisiert viele sind. Man unterscheidet auch noch immer Flüchtlinge sehr stark aufgrund von Rassismus. So gab es vor zwei Jahren so viel Verständnis für ukrainische Geflüchtete, was ich absolut verstehen kann. Aber warum werden gleichzeitig afghanische Flüchtlinge marginalisiert?

Sind Sie zuversichtlich, dass so eine Brücke noch entstehen kann? Schließlich halten sich einige Klischees hartnäckig.

Ich versuche optimistisch zu sagen, es muss funktionieren. Denn unsere Welt ist gar nicht so groß. Afghanistan ist gar nicht so weit weg, sondern unser Nachbarland. Momentan sind jedoch wieder viele Gräben zwischen beiden Welten da, auch aufgrund der Geschehnisse in Nahost. Gleichzeitig gibt es viele Akteure hier, die neue Gräben schaffen – zum Beispiel rechte Kräfte in der Politik und rechtsextremes

Gedankengut, das immer präsent wird. Das ist sehr bedenkenswert. Dem sollte man entgegenwirken. Ich hoffe, dass meine Geschichte Menschen erreicht, die leicht bis dahin anders über Afghanen gedacht haben.

Dafür machen Sie auf viele Gemeinsamkeiten von Afghanistan und Österreich aufmerksam. Wie zum Beispiel die Berge, alte Sagen oder konservative Großmütter.

Genau. Das ist vielleicht ein bisschen pro-



Emran Feroz:

Vom Westen nichts Neues. Ein muslimisches Leben zwischen Alpen und Hindukusch.

C.H. Beck, München 2024; 220 S., 18,00 €

Anzeige

## »Eine Zufriedenheit des Herzens«

**GESCHICHTE** Der Völkermord an den Armeniern und die Geheimoperation »Nemesis«

Noch vor seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg verhalf das kaiserliche Deutschland dem türkischen Innenminister Mehmed Talaat Pascha zur Flucht. Unbehelligt lebte er unter falschem Namen in Berlin. Zweieinhalb Jahre später, am 15. März 1921, wurde er von dem armenischen Studenten Soghomon Tehlerjan erschossen. Laut dem Gerichtsprotokoll sagte der Täter zu den Passanten, er wüsste, was er getan habe. Es sei für Deutschland kein Schaden. Der Prozess gegen Tehlerjan im Juni endete mit einem sensationellen Urteil, das Justizgeschichte schrieb: Der Täter wurde freigesprochen, obwohl er freimütig erklärt hatte, nach dem Attentat „eine Zufriedenheit des Herzens“ empfunden zu haben. Die vom Gericht bestellten Gutachter diagnostizierten bei Tehlerjan keine Geisteskrankheit, auch wenn sie Pathologien nicht ausschließen wollten. Zudem scheiterte ein Versuch des Richters, dem Angeklagten traditionelle Tatmotive zu unterstellen: „Existiert die Sitte der Blutrache bei den Armeniern?“ Dies verneinte Tehlerjan und betonte, er sei nur ein Überlebender der Massaker, die Talaat organisiert habe. Während des Prozesses kamen auch Augenzeugen der Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich zu Wort, bei den bis zu 1,5 Millionen Menschen ermordet worden

waren. Zu den Initiatoren des Völkermordes in den Jahren 1915 und 1916 hatten neben Talaat Pascha auch andere Mitglieder der jungtürkischen Regierung gehört.

**Genozid-Konvention** Der Jura-Student Raphael Lemkin, ein polnischer Jude, beobachtete den Prozess in Berlin und warf die Frage auf, ob ein Überlebender Selbstjustiz verüben dürfe. Später sollte Lemkin den Begriff „Genozid“ definieren und die Grundlage für die Genozid-Konvention der Vereinten Nationen vom 12. Dezember 1948 schaffen. Darin wurde Völkermord international geächtet und strafbewehrt. Obwohl die Siegermächte die Verantwortlichen des Völkermordes nach dem Ersten Weltkrieg zu Kriegsverbrechen erklärten,

Birgit Kofler-Betschart:

»Ich habe getötet, aber ein Mörder bin ich nicht.« Der Völkermord an den Armeniern, die Rache der Opfer und die Geheimoperation Nemesis. Ueberreuter, Wien 2024; 208 S., 25,00 €

kam kaum einer von ihnen ins Gefängnis. Stattdessen wurde einer nach dem anderen von armenischen Rächern liquidiert. Die österreichische Publizistin Birgit Kofler-Betschart hat sich wie eine Kriminalistin auf die Spuren der Attentäter dieser Geheimoperation »Nemesis« gemacht. In ihrem empfehlenswerten, informativen Buch beschreibt sie nicht nur die Vorgehensweise der Gruppe »Nemesis«, sondern auch, wie ihre Taten heute bewertet werden. In Armenien werden sie als Nationalhelden verehrt. Für die Türkei wiederum sind sie Terroristen, während Massenmörder wie Talaat als Nationalhelden gelten. Birgit Kofler-Betschart ist es gelungen, ein schwieriges Thema sachlich darzustellen. Dies betrifft auch die komplexen internationalen Beziehungen im Kaukasus. Die europäischen Verbündeten Armeniens, insbesondere Frankreich und Großbritannien, lieferten die junge Republik Armenien (1918 bis 1920) der kemalistischen Türkei und der Sowjetunion aus. Moskau „sowjetisierte“ Armenien. Damit nicht genug: Die historischen armenischen Siedlungsgebiete Nachtschewan und Berg-Karabach lieferte Moskau auf Druck der Türkei der Aserbaidschansischen Sowjetrepublik aus. Die Türkei selbst verlebte sich armenische Gebiete um Kars ein. Aschot Manutscharjan ||

vokant, aber mir war es wichtig, den Blick in die andere Richtung zu lenken und sich die Frage zu stellen, was wäre, wenn in Tirol zwanzig oder dreißig Jahre lang Krieg herrschen würde, wie wären die Menschen dann drauf? Vielleicht gäbe es dann mehr Verständnis für die Lage der Afghanen und für einander.

Im Februar hat die Enquete-Kommission des Bundestages, die Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik ziehen soll, einen Zwischenbericht vorgelegt. Sie haben ihn gelesen. Wie bewerten Sie den Bericht?

Man könnte meinen, da wurde ein kritischer Bericht verfasst. Ein Blick hinein zeigt aber, dass das nicht stimmt. Es werden hauptsächlich die afghanische Armee und die Sicherheitskräfte, die zuhauf pulverisiert wurden, für das Versagen verantwortlich gemacht – und nicht die westlichen Truppen. Auch zahlenmäßig werden die Afghanen unsichtbar gemacht. Man lernt in dem Bericht beispielsweise, dass in den zwanzig Jahren 66 Deutsche in Afghanistan getötet wurden. Dass aber auch mindestens 176.000 Afghanen Opfer des Krieges wurden, liest man nicht. Es gibt in dem Bericht kaum Stellen, die sich den afghanischen Opfern widmen.

Gibt es denn ihrer Meinung nach überhaupt positive Aspekte des Einsatzes in Afghanistan?

Die positiven Entwicklungen in Afghanistan waren in den vergangenen Jahren sehr marginal und hatten meiner Meinung nach nichts mit der Präsenz ausländischer Truppen zu tun. Die Taliban waren zwar weg und es entwickelte sich in Kabul eine Blase aus NGOs und Botschaften. So ist viel Geld in die Stadt geflossen. Dieses Geld konnte zwar zur Bildung der Menschen in den Städten beitragen, aber das passierte in einem sehr kleinen Rahmen. Viele Menschen außerhalb von Kabul und besonders auf dem Land fühlten sich abgehängt und der Fortschritt hat sie nie erreicht.

Der Einsatz ist also komplett gescheitert?

Afghanistan wird mittlerweile komplett von den Taliban kontrolliert. Das war in den 1990er Jahren zum Beispiel noch nicht der Fall. Vergleicht man den letzten Einsatz westlicher Truppen mit der sowjetischen Besatzung in den 1980er Jahren, gibt es einen krassen Unterschied. 1989 verließ der letzte sowjetische Soldat Afghanistan. Die von den Sowjets installierte Regierung konnte sich noch ganze drei Jahre danach halten. Erst 1992 fiel Präsident Nadschibullah, der Bürgerkrieg brach aus und 1996 kamen dann die Taliban. Aber im August 2021, nach 20 Jahren Nato-Einsatz, fiel die Regierung, noch bevor der letzte Nato-Soldat das Land verlassen hat, und das ist sehr bezeichnend für das Versagen des gesamten Projekts.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Es ist wichtig, dass es ein ehrliches Interesse am Land gibt und auf handfeste Expertise zurückgegriffen wird. Die Politik muss sich mit der Sache verantwortungsbewusst auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass Afghanistan nicht wieder in eine Isolation verfällt, wie in den 1990er Jahren. Daher sollten die Sanktionen, die weiterhin bestehen, zurückgenommen werden. Denn sie treffen nicht die Taliban, sondern den Durchschnittsafghanen. Wird das Land aber isoliert, wird es zu einem regionalen Nebenkonflikt für den sich niemand mehr interessiert und aus dem immer mehr Menschen flüchten.

Das Interview führte Carolin Hasse. ||

## Föderalismus in Krisenzeiten



Jahrbuch des Föderalismus 2023

Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa

Herausgegeben vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) 2023, 502 S., geb., 104,- € ISBN 978-3-7560-1348-7 E-Book 978-3-7489-1877-6

Das Jahrbuch 2023 widmet sich im Schwerpunkt dem Thema „Krisen-Föderalismus“. In den Beiträgen wird analysiert, wie Mehrebenensysteme auf der Basis der verfassungsmäßigen Aufteilung von Kompetenzen und Ressourcen auf den unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsebenen mit Krisen und Katastrophen umgehen.

Nomos  
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



# Die Macht der Bilder

**COMICS** Die Manga-Comic-Con feiert ihr zehnjähriges Jubiläum auf der Leipziger Buchmesse. Der Markt für die Bildergeschichten boomt in Deutschland – vor allem Dank der Mangas aus Fernost



Mangas, wie die des kürzlich verstorbenen Akira Toriyama, erfreuen sich auch in Deutschland großer Beliebtheit.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Fuminori Ogane

In diesem Jahr sind nur vier Romane für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert, denn auf der Liste steht erstmals auch ein Comic: „Genossin Kuckuck“ von Anke Feuchtenberger, ein großer fast 450-Seiten-Band mit Goldschnitt und Schwarzweiß-Zeichnungen. Feuchtenberger erzählt in düster-magischen Bildern autofiktional von ihrer eigenen Kindheit im deutschen Osten.

Wem das Wort Comic nicht schmeckt, kann auch „Graphic Novel“ dazu sagen, das klingt mehr nach Roman, nach Literatur und Anspruch, ändert aber nichts an der Tatsache: Mit der Nominierung setzt die Jury ein Statement. Auch in Leipzig wird die sogenannte grafische Literatur als Belletristik anerkannt, nachdem bereits 2023 erstmals ein Comic in der Kategorie Sachbuch nominiert war (Birgit Weyhes „Rude Girl“). Es ist nur ein weiterer Meilenstein in einem Trend, der seit Jahrzehnten anhält. Art Spiegelmans Holocaust-Werk „Maus“ hat als bisher einziger Comic den Pulitzer-Preis erhalten, „Watchmen“ von Alan Moore und Dave Gibbons stand als einziger Comic auf der Time-Liste der 100 besten englischsprachigen Romane seit 1923. Es fehlt nur noch ein Comic-Autor als Literaturnobelpreisträger, um das Medium endgültig salonfähig zu machen.

Aber die wachsende Leserschaft scheint schon längst für sich entschieden zu haben, dass Erzählungen in Bildern und Schrift denen mit reinem Text in nichts nachstehen. Seit Jahren steigen die Verkaufszahlen für Comics, auch in Deutschland. Im Jahr 2022 hatten sie laut Börsen-

verein des Deutschen Buchhandels einen Marktanteil von rund zwölf Prozent – Tendenz steigend. Neben dem Dauerbestseller Asterix, der jedes Mal für Millionenauflagen sorgt, und Superhelden-Titeln, etablieren sich in Verlagen wie Reprodukt immer mehr anspruchsvollere Comicwerke. Beliebte sind Literaturadaptionen und Biografien bekannter Persönlichkeiten, aber auch oft Autobiografien, wie etwa Riad Sattoufs „Der Araber von morgen“, der so eindrücklich wie humorvoll von seiner „Kindheit im Nahen Osten“ erzählt.

**Tradition in Leipzig** Comics haben auf der Leipziger Buchmesse bereits eine gewisse Tradition. In diesem Jahr findet bereits zum zehnten Mal auf dem Gelände die Manga-Comic-Con statt. Dazu wird es nicht nur eine Jubiläumsausstellung geben, auch kann man Comic-Autoren und -Künstlern bei Gesprächen, Lesungen und Workshops begegnen, erstmals auch bei Abendveranstaltungen. Bei der italienischen Comic Night stellen Graphic-Novel-Künstler wie Paolo Bacilieri („Fun“) und Sergio Ponchione ihre Werke vor. Letzterer

hat mit dem neu auf Deutsch erschienenen „Memorabilia“ eine Art Liebeserklärung an die US-Comic-Pioniere Will Eisner, Jack Kirby, Steve Ditko, Wallace Wood und Richard Corben erschaffen. Das Gastland Niederlande und Flandern ist mit den Autoren Judith Vanistendael („Atan von den Kykladen“), Clara Lodewick („Merel“) und Thomas Olde Heuvelt („November“) sowie mit dem Zeichner Joris Mertens vertreten. Dessen expressionistisch gezeichnete Verlierer-Story „Das große Los“ über einen unehelichen Geld- und Leichenfund belegt Platz fünf der Kritiker-Bestenliste 2023 des Fachportals Comic.de.

Schon an den Werken dieser Künstler zeigt sich die Vielschichtigkeit des Mediums, das längst alle Genres und Stile in sich vereint, das spielerisch immer wieder aufs Neue schafft, Bild und Text miteinander zu kombinieren, und verblüffende Effekte zu erzielen, die Literatur oder Film nicht erreichen. Comics sind eine hochkomplexe Kunstform, in der vom Layout über den Strich und die Farbe bis hin zum Lettering viele Techniken ineinandergreifen. Im Grunde aber funktionieren Comics sehr einfach und allgemeinverständlich. Daher sind sie auch gute Vermittler von Bildung: Sachcomics machen sich das Prinzip von Show-and-tell zunutze. Schon Comic-Pionier Will Eisner („The Spirit“, „Ein Vertrag mit Gott“) erkannte, dass niemand gerne technische Handbücher liest, dafür aber umso lieber kurze Bildgeschichten, die auf anschauliche und auch humorvolle Weise viel wirkungsvoller sein können. Mit Comics kann man sich auch komplexe Sachverhalte wie unser Wirtschaftssystem oder Feminismus erklären lassen.

Trotz der steigenden Anerkennung und Beliebtheit des Mediums, bleibt es jenseits des Mainstreams ein schwieriges Geschäft: Der angesehene Berliner Verlag Reprodukt, der zu seinen hochwertigen Büchern auch „Genossin Kuckuck“ zählt, sah sich im Jahr 2022 zu einem Crowdfunding veranlasst, um die gestiegenen Herstellungskosten aufzufangen. 30.000 Euro waren nötig, am Ende kamen 85.000 Euro von 850 Unterstützern zusammen. Der Verlag Zwerchfell konnte sich jedoch nicht retten. Nachdem dieser 35 Jahre lang ambitionierte Werke herausbrachte, musste er 2023 aufgeben, weil es sich finanziell nicht mehr lohnte. Das international gefeierte und mit einem Eisner-Award ausgezeichnete „Ducks“ von Kate Beaton war das letzte Buch des Verlags, herausgegeben in Kooperation mit Reprodukt. Doch so sehr die Autoren, Zeichner und Verleger Leidenschaft in ihre Arbeit stecken, so sehr die Werke auch von Liebhabern und Kritikern geschätzt werden: Das Comic-Geschäft bleibt für die meisten Nische.

**Mangas beherrschen alles** Ganz im Gegensatz zu Mangas. Japan hat den größten Comicmarkt und dominiert auch die Märkte weltweit. Zwei Drittel der verkauften Comics in Deutschland sind mittlerweile Mangas. Von den 25 deutschen Jahresbestsellern 2023 im Bereich Comic sind laut Börsenblatt nur zwei keine Mangas,

sondern Asterix-Hefte. Geschätzt 16 Millionen Exemplare wurden 2022 in Deutschland verkauft. Aktionen wie der „Manga Day“, bei dem die Branche Gratis-Exemplare verteilt, befeuern das Interesse zusätzlich. Zu den Bestsellern gehören „Naruto“, „Demon Slayer“ und der Klassiker „Dragon Ball“, dessen Schöpfer Akira Toriyama am 1. März gestorben ist.

Der Manga-Boom macht sich auch schon an den Regalen in den Buch- und Comicläden bemerkbar, wo die kleinen handlichen Taschenbücher aus Fernost immer mehr Platz einnehmen. Es gibt mittlerweile sogar reine Manga-Läden – wie etwa „Neo Tokyo“ in Berlin, der auch Filme, Musik und Snacks aus Japan und Korea vertreibt. „Ständig kommen neue Verlage hinzu“, sagt Mitinhaber Dieter Hoch. „Die Leute kommen nicht mehr hinterher, wenn jeden Monat neue Titel erscheinen.“

Es gebe zwar mehr Leser, aber auch mehr Konkurrenz. Dieter Hochs Spezialgebiet ist eher die japanische Musik, mit Mangas sei er nie warm geworden, sagt er. An die ‚verkehrte‘ Leserichtung – von hinten nach vorne, von oben rechts nach links – habe er sich nie gewöhnen können. Außerdem sei er dafür schon zu alt. „Für Mangas gibt es kein zu alt“, entgegnet seine Mitarbeiterin Angelina. Was das Besondere für sie an Mangas sei? „Weil es im Manga alles gibt. Egal, was man sich ausdenkt, egal, wie skurril oder normal, den

Plot gibt es bestimmt schon als Manga.“ Außerdem seien Mangas leicht zugänglich, die Schwarz-Weiß-Zeichnungen seien leichter fürs Auge zu erfassen und richteten sich an ein jüngeres Publikum: „Die meisten Hauptcharaktere sind Jugendliche.“

Angelinas Favorit ist „One Piece“, von der Serie gibt es über 100 Ausgaben. Der „One Piece“-Anime, die Adaption als Zeichentrickserie, hat sogar mehr als 1.000 Episoden, dazu gibt es noch etliche Kinofilme sowie neuerdings auch eine Netflix-Serie. Angelina hat sogar ein passendes Tattoo, denn: „Liebe geht unter die Haut.“ Zum Manga sei sie über einen Anime gekommen, den ihr Vater – ein Comicfan – ihr gezeigt habe, erzählt die junge Frau mit den violett gefärbten Haaren. Viele Mangaleser sind mit den Zeichentrickserien und -Filmen aus Japan aufgewachsen und haben sich so an die eigene Bildsprache gewöhnt. Angelina wird auch bei der Manga-Comic-Con in Leipzig dabei sein, als Cosplayerin verkleidet wie eine Figur aus dem chinesischen Fantasy-Game „Genshin Impact“. Ein Kostüm ist ihr 120 Euro wert, dazu einige Stunden für Make-up und Perücke. Sie schätze das Hobby, weil sie dabei zusammen mit Freunden kreativ sein könne. Es zeigt aber auch: Mangas sind mehr als nur Comics, für viele ist es oft ein Einfallstor für fernöstliche (Pop-)Kultur.

In letzter Zeit kommen auch immer mehr koreanische und chinesische Comics auf den Markt, diese heißen Manhwa und Manhua und sind farbig. Der Markt wächst weiter. Angelina ist sich sicher: „Mit Manga wird es die nächsten Jahre weitergehen. Es wird noch dauern, bis der Hype endet.“ Lukas Gedziowski

»Mit Mangas wird es die nächsten Jahre weitergehen. Es wird noch dauern, bis der Hype endet.«

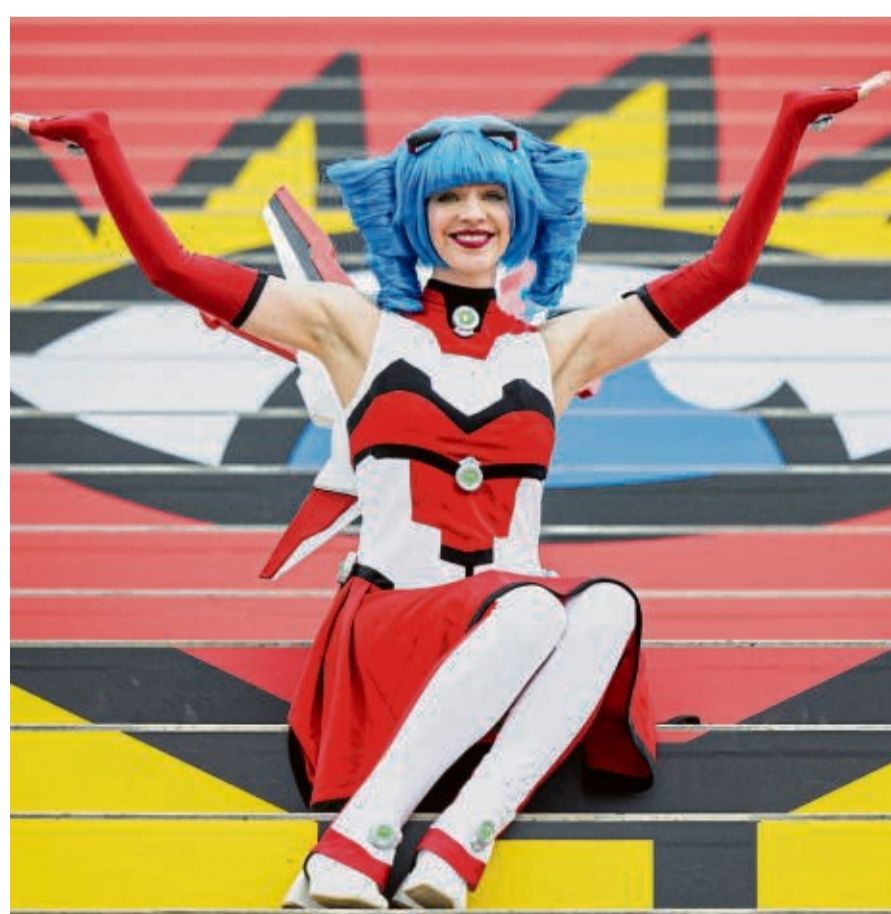
Cosplayerin Angelina



Anke Feuchtenberger:

Genossin Kuckuck.

Reprodukt, Berlin 2023; 448 S., 44,00 €



Macoco, das Maskottchen der Manga-Comic-Con.

© Leipziger Messe/Jens Schlüter

## Politisches und historisches Bewusstsein

**PREIS DER LEIPZIGER BUCHMESSE** Die 15 Nominierten in den Kategorien Belletristik, Sachbuch und Übersetzung

„In allen drei Sparten bildet sich eine verstärkte Auseinandersetzung mit Fragen des politischen und historischen Bewusstseins ab“, verkündete Insa Wilke Ende Februar anlässlich der Vorstellung der Nominierten für den diesjährigen Preis der Leipziger Buchmesse. Wilke ist die Vorsitzende der siebenköpfigen Jury von Kritikern, die die Shortlist für den Buchpreis in den Kategorien Belletristik, Sachbuch/Essayistik und Übersetzung zusammengestellt hat. Insgesamt wurden 486 Werke von 177 Verlagen eingereicht.

**Sachbuch/ Essayistik** Vor allem bei der Nominierungen in der Sachbuch-Kategorie wurden politisch aktuelle und gesellschaftlich relevante Themen berücksichtigt. Das Thema Klimawandel ist mit der Darstellung von Jens Beckerts „Verkaufte Zukunft“ (Suhrkamp 2023) vertreten. Überzeugend entwirrt Beckert wirtschaftliche und politische Zusammenhänge und erklärt, weshalb allen Erkenntnissen zum Trotz der Katastrophe bislang nicht erfolgreich begegnet wurde, schreibt die Jury. Das Thema sexualisierte Gewalt ist mit Christina Clemms Buch „Gegen Frauen-

hass“ (Hanser Berlin, 2023) vertreten. Anhand prägnanter Fallbeispiele weist sie die Unzulänglichkeiten des Justizsystems nach und zeigt, wie wenig die Gesellschaft auf Täterstrategien eingestellt ist, heißt es in der Begründung der Jury für die Nominierung.

Im seinem Text-Bild-Essay „ca. 1972: Gewalt - Umwelt - Identität - Methode“ stellt Tom Holert (Spector Books, 2023) das Jahr 1972 in den Fokus, das nach der revolutionären Euphorie von 1968 einen Wendepunkt markierte. Entlang von visueller Kunst eröffnet Holert „den weit verzweigten Zeitraum ökologischer und emanzipatorischer Bewegungen, lässt ihre inneren Debatten sprechen, zeigt ihre gewaltförmigen Verirrungen und lässt uns aus den Diskursen und Kipppunkten der Kämpfe von damals für heute lernen“, urteilt die Jury. Die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Demokratie in Ost und West vermittelt Christina Morina in „Tausend Aufbrüche“ (Siedler, 2023). Ihre detaillierte Untersuchung von Bürgerbitten und Beschwerden in DDR und BRD werfe einen neuen Blick auf das Demokratieverständnis in Ost- und Westdeutschland, auf politische Vielstim-

migkeit, Wünsche, enttäuschte Hoffnungen und Ressentiments, schreibt die Jury. Ihr Buch lege einen demokratiehistorischen Erinnerungsschatz frei, der eine neue Perspektive in eine heute verhärtete Debatte bringe.

**Hörbuch** Als fünften Nominierten in der Sachbuch-Kategorie präsentiert die Jury das Hörbuch „Jahrhundertstimmen 1945-2000“, herausgegeben von Christiane Colloredo, Ines Geipel, Ulrich Herbert, Michael Krüger, und Hans Sarkowicz. Auf vier CDs werde hier die deutsch-deutsche Geschichte in Originaltönen erfahrbar, meint die Jury. „Klug arrangiert und kommentiert erklingen die Stimmen politischer und kultureller Akteure:innen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwende und fügen unserem historischen Bewusstsein eine neue Dimension hinzu: die auditive.“

**Belletristik** In der Kategorie Belletristik wurde mit „Genossin Kuckuck“ von Anke Feuchtenberger erstmals eine Graphic Novel nominiert. Ebenso im Rennen um den Buchpreis sind die Romane „Eigentum“ von

Wolf Haas (Hanser, 2023), „Auf den Gleisen“ von Inga Machel (Rowohlt, 2024), „Minihorror“ von Barbi Markovic (Reisenz, 2023) und „Gewässer im Ziplock“ von Dana Vowinkel (Suhrkamp 2023).

**Übersetzungen** Nominiert in der Kategorie Übersetzung wurden Ki-Hyang Lee für seine Übersetzung des Romans „Der Fluch des Hasen“ von Bora Chung (CulturBooks, 2023), Klaus Detlef Olof für die Übersetzung des slowenischen Romans „18 Kilometer bis Ljubljana“ von Goran Vojnovič (Folio 2023), Lisa Palmes Übersetzung des Romans „Bitternis“ der polnischen Autorin Johanna Bator (Suhrkamp, 2023) sowie die Übersetzung aus dem Russischen von Katerina Gordeeva Buch „Nimm meinen Schmerz. Geschichten aus dem Krieg“ (Droemer, 2023) durch Jennie Seitz und Ron Winkler für seine Übertragung der Gedichtsammlung „Angefangen mit San Francisco.“ von Lawrence Ferlinghetti (Schöffling & Co., 2023) aus dem Englischen. Die Verleihung des mit 60.000 Euro dotierten Buchpreises findet am 21. März um 16 Uhr in der Glashalle auf dem Messegelände statt. aw

leicht  
erklärt!

# Bürger-Rat für Ernährung

Die Ergebnisse sind da



Letzte Woche hat der Bundestag über das Thema Ernährung gesprochen.

Genauer: Er hat Vorschläge eines Bürger-Rats zu diesem Thema besprochen.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Folgende Fragen werden beantwortet:

- Was ist ein Bürger-Rat?
- Welche Vorschläge zum Thema Ernährung wurden gemacht?
- Wie geht es nun mit den Vorschlägen weiter?

## Was ist ein Bürger-Rat?

Ein Bürger-Rat ist eine Arbeits-Gruppe in der Politik.

In dieser Gruppe sitzen ganz unterschiedliche Bürger.

Sie sollen so unterschiedlich sein wie die Menschen in Deutschland.

Sie werden zufällig in den Bürger-Rat gelost.



Die Bürger beraten zusammen über ein Thema.

Sie erarbeiten Vorschläge zu diesem Thema.

Zum Beispiel zu Fragen und Problemen.

Ihre Vorschläge geben sie dann an gewählte Politiker weiter. Zum Beispiel an den Bundestag.

Und der Bundestag entscheidet, ob und wie er die Vorschläge in die Tat umsetzt.

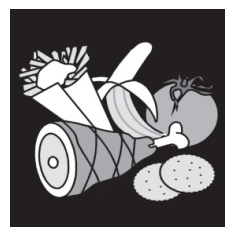
## Bürger-Rat Ernährung

Letztes Jahr hat der Bundestag einen Bürger-Rat gegründet.

Und zwar zum Thema: Ernährung. Der Bürger-Rat sollte Vorschläge zu verschiedenen Fragen machen.

Zum Beispiel:

- Welche Infos brauchen die Bürger über ihre Lebens-Mittel?
- Wie sollen Bürger Infos über gesunde Ernährung bekommen?
- Was soll der Staat im Bereich Ernährung regeln und was nicht?



Der Bürger-Rat hatte 160 Mitglieder.  
Sie haben sich von September 2023 bis Januar 2024 besprochen.

Im Februar 2024 haben sie dem Bundestag dann ihre Vorschläge übergeben.

## Die Vorschläge



Der Bürger-Rat hat insgesamt 9 Vorschläge gemacht.

Außerdem hat der Bürger-Rat abgestimmt, wie wichtig er die Vorschläge findet.

Der Vorschlag auf Platz 1 ist am wichtigsten.

Der Vorschlag auf Platz 9 ist am unwichtigsten.

Hier die wichtigsten Inhalte der Vorschläge:

### 1. Kostenloses Mittagessen



Die Kinder in Kitas, Kinder-Gärten und Schulen sollen jeden Tag ein Mittagessen bekommen.

Das Essen soll kostenlos sein.  
Und es soll gesund sein.

Das soll die gesunde Ernährung von Kindern fördern.

Außerdem will man so ärmere Familien unterstützen.

Also Familien, die sich vielleicht kein gesundes Mittagessen leisten können.

### 2. Infos zu Lebens-Mitteln



Auf Lebens-Mitteln sollen wichtige Infos stehen.

Und zwar zu folgenden Fragen:

- Wie gesund ist das Lebens-Mittel?
- Wie wurden Tiere behandelt, die bei der Herstellung der Lebens-Mittel zum Einsatz kamen?  
Zum Beispiel Rinder, Schweine, Schafe oder Bienen.
- Wie schlecht ist das Lebens-Mittel für die Umwelt?

Die Infos sollen ganz leicht zu verstehen sein.

Außerdem soll man im Internet auch noch mehr Infos zu den Produkten bekommen.

Die Infos sollen den Käufern helfen, bessere Produkte zu kaufen.

### 3. Lebens-Mittel spenden



Super-Märkte und andere Geschäfte werfen oft Lebens-Mittel weg.

Solche Lebens-Mittel sollen die Geschäfte in Zukunft spenden.

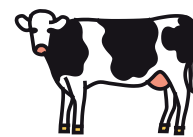
Zum Beispiel an die Tafeln.

Das sind Vereine, die Lebens-Mittel an bedürftige Menschen verteilen.

Die Geschäfte sollen die Pflicht haben, die Lebens-Mittel zu spenden.

Dadurch soll es weniger Verschwendung von Lebens-Mitteln geben.

### 4. Infos über Tierwohl



Es soll mehr Infos über Produkte aus Fleisch und Fisch geben.

Diese Infos sollen gut sichtbar auf den Verpackungen stehen.

Der Käufer soll zum Beispiel erfahren:

- Wie wurde das Tier aufgezogen?
- Wo stammt das Tier her?
- Wie wurde das Tier transportiert?
- Wie wurde das Tier geschlachtet?

So soll das Tierwohl verbessert werden.

Denn Käufer kaufen dann vielleicht eher Fleisch, bei dem die Tiere gut behandelt wurden.

### 5. Steuer auf Lebens-Mittel

Auf Lebens-Mittel muss man Steuern zahlen.

Diese Steuern stecken schon im Preis, wenn wir ein Lebens-Mittel im Super-Markt kaufen.

Es gibt dabei verschieden hohe Steuern.

Ein Lebens-Mittel wird günstiger, wenn die Steuer niedriger ist.

Wenig Steuer muss man auf Grund-Lebens-Mittel zahlen.

Das sind Lebens-Mittel, die für die Ernährung aller Menschen in Deutschland besonders wichtig sind.

Zum Beispiel Obst, Gemüse, Getreide und Milch.

Der Bürger-Rat schlägt vor: Bestimmte Lebens-Mittel sollen in Zukunft auch als Grund-Lebens-Mittel gelten.

Und zwar:

- Milch-Ersatzprodukte wie zum Beispiel Hafer-Getränke
- Fleisch-Ersatzprodukte wie zum Beispiel vegetarische Brat-Würstchen
- Bio-Produkte

Die würden dann also weniger kosten.

Auf besonders gesunde Lebens-Mittel soll es gar keine Steuer mehr geben.

Zum Beispiel:

- Obst und Gemüse in Bio-Qualität
- Nüsse
- Mineral-Wasser

Für Zucker sollen dafür mehr Steuern bezahlt werden.

Das Ziel ist:

Gute Lebens-Mittel sollen günstiger werden.

Ungesunde Lebens-Mittel sollen teurer werden.

## 6. Gesunde Ernährung in der Pflege

In Kranken-Häusern, Senioren-Heimen und Pflege-Einrichtungen soll eine gute Ernährung sichergestellt werden.

Dafür soll festgelegt werden, welche Qualität das Essen mindestens haben muss.

Und es muss Mitarbeiter geben, die sich mit Ernährung auskennen.

Das Ziel ist, dass Patienten schneller gesund werden.

Und dass es Menschen in Pflege gut geht.



## 7. Zusatz-Betrag für Tierprodukte

Für Tierprodukte wie zum Beispiel Fleisch, Eier und Milch soll man etwas mehr Geld zahlen.

Diese Produkte werden dann also teurer.

Das zusätzliche Geld soll nur für einen einzigen Zweck genutzt werden:

Das Tierwohl soll damit verbessert werden.

Dazu soll das Geld an Betriebe weitergegeben werden.

Die können dafür dann zum Beispiel bessere Ställe bauen.

Je besser es den Tieren geht, desto mehr Geld sollen die Betriebe bekommen.

## 8. Alters-Grenze für Energy-Drinks

Energy-Drinks sind bestimmte Erfrischungs-Getränke.

Sie enthalten Koffein und andere Zusatz-Stoffe.

In bestimmten Fällen können diese Getränke schlecht für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sein.

Sie können sich zum Beispiel auf die Entwicklung des Gehirns auswirken.

Deswegen schlägt der Bürger-Rat vor:

Es soll eine Alters-Grenze für diese Getränke geben.

Sie soll bei 16 Jahren liegen.

Jüngere Personen dürfen die Getränke dann also nicht kaufen.

Außerdem sollen Experten prüfen, ob eine Alters-Grenze von 18 Jahren sinnvoll ist.

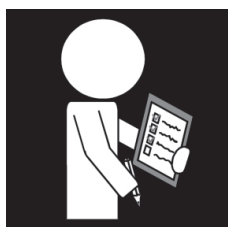


## 9. Bessere Kontrolle von Lebens-Mitteln

Betriebe für Lebens-Mittel müssen regelmäßig kontrolliert werden.

Dabei schaut man zum Beispiel, dass alles sauber ist.

Und dass Tiere gut behandelt werden.



Der Bürger-Rat schlägt vor:  
Die Kontrollen sollen besser werden.  
Dafür sollen mehr Mitarbeiter eingestellt werden.  
Darum soll es leichter werden, in diesem Bereich zu arbeiten.  
Außerdem sollen die Ergebnisse der Kontrollen für alle veröffentlicht werden.

### Wie geht es nun mit den Vorschlägen weiter?



Letzte Woche hat der Bundestag über die Vorschläge gesprochen.  
Danach hat er die Vorschläge an eine Arbeits-Gruppe übergeben.  
Diese Arbeits-Gruppe ist im Bundestag für alles rund um die Ernährung zuständig.  
In dieser Arbeits-Gruppe werden die Vorschläge weiter besprochen.  
Wenn der Bundestag die Vorschläge in die Tat umsetzen will, dann muss er dafür Gesetze machen.  
Nun muss man also schauen, welche der Vorschläge dabei genutzt werden.

### Weitere Bürger-Räte vom Bundestag?

Der Bürger-Rat Ernährung hatte noch eine Aufgabe.  
Es war der erste Bürger-Rat vom Bundestag.  
Darum war er eine Art Experiment.



Der Bundestag wollte damit ausprobieren:

- Funktionieren solche Bürgerräte?
- Lassen sie sich gut durchführen?
- Bringen sie gute Ergebnisse?
- Kann man sie auch für andere Themen einsetzen?

Viele Politiker vom Bundestag haben gesagt: Der Bürger-Rat war ein Erfolg.  
Es ist also gut möglich, dass es in Zukunft weitere Bürger-Räte vom Bundestag gibt.

### Kurz zusammengefasst



Der Bundestag hat einen Bürger-Rat für Ernährung eingesetzt.

Dieser Bürger-Rat hat verschiedene Vorschläge zum Thema Ernährung und Lebens-Mittel gemacht.

Dem Bürger-Rat geht es darum, die Ernährung in Deutschland zu verbessern.

Es sollen mehr gesunde Lebens-Mittel gekauft werden.

Es sollen weniger Lebens-Mittel verschwendet werden.

Tieren soll es besser gehen.

Letzte Woche hat der Bundestag über die Vorschläge gesprochen.

Nun müssen die Politiker vom Bundestag schauen, welche Vorschläge sie in die Tat umsetzen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom  
NachrichtenWerk  
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch  
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)  
Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Bastian Ludwig,  
Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © Deutscher Bundestag / Robert Boden / Mehr Demokratie. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 12/2024  
Die nächste Ausgabe erscheint am 23. März 2024.